

Einzelplan 04

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

Inhalt

	Seite
Vorwort	2
Diagramm Nettoausgaben nach Ausgabearten	5
Kap. 04 01 Ministerium	6
Kap. 04 02 Sport	24
Kap. 04 03 Vermessung und Geoinformation	28
Kap. 04 04 Bundesangelegenheiten, Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund	35
Kap. 04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz	39
Kap. 04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten	55
Kap. 04 10 Polizei	66
Kap. 04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen	88
Anlage zu Kapitel 0416	100
Einnahmen und Ausgaben 2015	102
VE-Abschluss 2015	104
Einnahmen MG/TG 2015	105
Ausgaben MG/TG 2015	106
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 0402	109
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 0403	111
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 0405	121
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 0407 MG 02	123
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 0407 MG 03	126
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 0407 TG 65	127
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 0410	128
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 0416	132
Übersicht der Statistiken des Landes Schleswig-Holstein	136
Inhaltsverzeichnis Stellenpläne und -übersichten	153

Vorwort

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen:

Der Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten umfasst folgende strategische Aufgabenbereiche:

1. Unterstützung der politischen Steuerung

Querschnittsaufgaben der allgemeinen Verwaltung (Kapitel 0401 Ministerium)
Interessenvertretung des Landes Schleswig-Holstein gegenüber den Organen des Bundes (Kapitel 0404 Bundesangelegenheiten, Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund)
Bereitstellung von statistischen Daten (Kapitel 0401 Ministerium)
Bereitstellung von Geodaten und Vermessungswesen (Kapitel 0403 Vermessung und Geoinformation)

2. Verfassungsrecht/Gesetzgebung

Dieser Aufgabenbereich ist im Kapitel Ministerium (0401) veranschlagt, soweit nicht die Koordinierung der Tätigkeit der Ministerinnen und Minister in der Bundesgesetzgebung betroffen ist (Kapitel 0404 Bundesangelegenheiten, Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund).

3. Kommunale Angelegenheiten

Dieser Bereich umfasst im Wesentlichen die Kommunalaufsicht, die im Kapitel Ministerium (0401) veranschlagt ist.

4. Sport

Dieser Aufgabenbereich ist im Kapitel Sport (0402) veranschlagt.

5. Innere Sicherheit

Zum Aufgabenbereich der Inneren Sicherheit zählen die Polizei (0410), der Katastrophen- und Zivilschutz (0405), der Brandschutz (0405) und der Verfassungsschutz (0401).

6. Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Veranschlagt im Kapitel Ausländer- und Integrationsangelegenheiten (0407).

7. Aufgaben im Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Veranschlagt im Kapitel Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen (0416).

Das Ministerium gliedert sich wie folgt:

- Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund
- Allgemeine Abteilung
- Ausländer- und Integrationsangelegenheiten, Stadtentwicklung, Wohnraumförderung, Bauaufsicht und Vermessungswesen
- Kommunalabteilung
- Polizeiabteilung
- Verfassungsschutz

Dem Ministerium sind zugeordnet:

- das Landespolizeiamt (Bildung eines Landespolizeiamtes, GVOBl. Schl.-H. 2004 S. 408, zuletzt geändert durch Gesetz v. 22.10.2013, GVOBl. Schl.-H. S. 404),
- das Landeskriminalamt (Bildung eines Landeskriminalamtes, GVOBl. Schl.-H. 2004 S. 408, zuletzt geändert durch Gesetz v. 22.10.2013, GVOBl. Schl.-H. S. 404),

Dem Ministerium unterstehen folgende Landesbehörden und Einrichtungen:

- das Landesamt für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein als Landesoberbehörde mit Sitz in Kiel und weiteren Standorten in Elmshorn, Flensburg, Husum und Lübeck (GVOBl. Schl.-H. 2010, S. 850),
- das Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein als Landesoberbehörde in Neumünster (Ausländer und Aufnahmeverordnung vom 19. Januar 2000, GVOBl. Schl.-H. S. 101, zuletzt geändert durch Verordnung vom 30. April 2011, GVOBl. Schl.-H. S. 128, Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen ersetzt durch Verordnung vom 4. April 2013, GVOBl. Schl.-H. S. 143),
- die Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei in Eutin und sieben regional zuständige Polizeidirektionen als untere Landesbehörden (Polizeiorganisationsgesetz vom 12. November 2004, GVOBl. Schl.-H. S. 408, zuletzt geändert durch Gesetz v. 22.10.2013, GVOBl. Schl.-H. S. 404),

- die Landesfeuerwehrschule in Harrislee als nicht rechtsfähige Anstalt für die Ausbildung der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren, die Führungsausbildung im Katastrophenschutz sowie die Ausbildung der Nachwuchskräfte für die Laufbahn des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes nach § 18 Brandschutzgesetz (GVOBl. Schl.-H. 1996 S. 200), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2010 (GVOBl. Schl.-H. 2010, S. 789).

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber den Vorjahren:

Durch Änderung der Geschäftsverteilung der Landesregierung wurde aus dem Zuständigkeitsbereich der Staatskanzlei die Aufgabe „Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund“ übernommen. In Folge dessen wurde das Innenministerium in „Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten“ umbenannt.

C. Wesentliche veranschlagungstechnische Veränderungen gegenüber den Vorjahren:

Bislang wurden die Ausgaben für den Verfassungsschutz im Kapitel des Ministeriums 0401 bei Titel 535 01 veranschlagt. Zur Herstellung von Transparenz werden diese nunmehr in der Titelgruppe 64 nach Ausgabearten getrennt ausgewiesen.

Im Rahmen der Änderung der Geschäftsverteilung der Landesregierung wurden die Mittel, Planstellen und Stellen im neu eingerichteten Kapitel 0404 „Bundesangelegenheiten, Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund“ veranschlagt.

D. Leerstellen (ohne kostenwirksame Stellen)

Kapitel	01.02.2014
0401	3
0403	0
0404	0
0405	0
0410	142
Epl. 04	145

Diese Leerstellen sind im Kapitel- und Einzelplanabschluss nicht enthalten.

E. Personalbudget

Personalkostenbudget 2015 (OG 42): 390.263,4 T€

Vollzeitäquivalente im Jahr
 2013: 8.693
 2014: 8.756

Nachrichtlich:

1. Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger

a)	Anzahl	Stand 01.01.2013:	5.247
		<u>davon:</u>	
		Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten ohne Polizei:	461
		Polizei:	4.786
	Anzahl	Stand 01.01.2014:	5.265
		<u>davon:</u>	
		Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten ohne Polizei ohne Polizei:	456
		Polizei:	4.809
b)	Ist	2013 - in T€ - :	139.842,7
		<u>davon:</u>	
		Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten ohne Polizei ohne Polizei:	15.743,5
		Polizei:	124.099,2

Soll	2014 - in T€ - :	145.287,0
	<u>davon:</u>	
	Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten ohne Polizei ohne Polizei:	16.863,2
	Polizei:	128.423,8
Soll	2015 - in T€ - :	148.695,5
	<u>davon:</u>	
	Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten ohne Polizei ohne Polizei:	16.976,3
	Polizei:	131.719,2

2. Vor der regulären Pensionsaltersgrenze vorzeitig in den Ruhestand versetzte Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger

a)	Anzahl:	2013: 14
b)	durchschnittliche Zeitdauer bis zur regulären Pensionsaltersgrenze:	2013: 11 J 8 M

3. Schwerbehinderte Beschäftigte (Jahresdurchschnitt 2013)

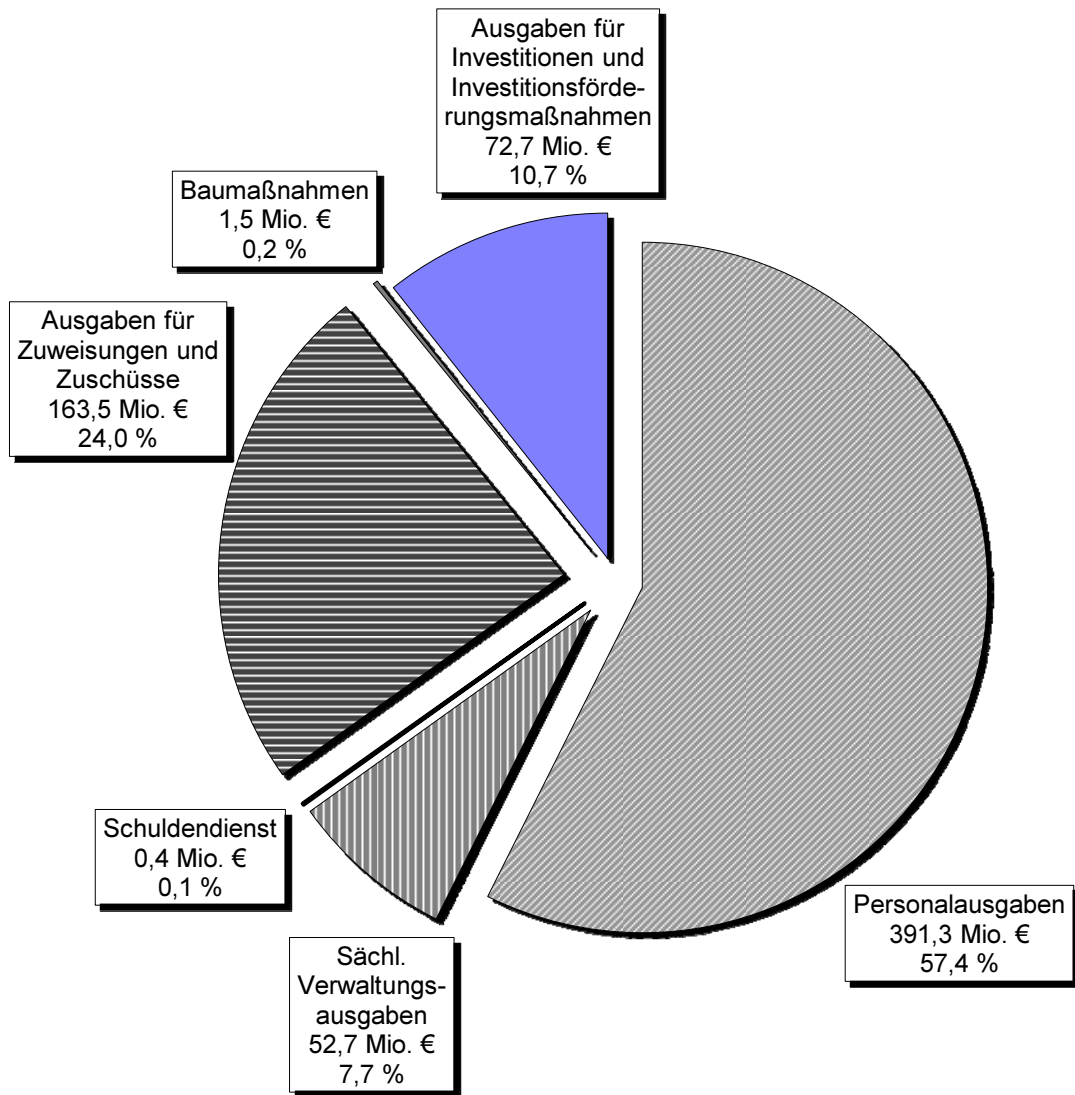
Arbeitsplätze nach dem SGB IX	8.722
Pflichtquote (5 %)	436
durch Schwerbehinderte besetzte Arbeitsplätze	467

4.		2014	2015
		- in T€ -	
	Budget I	420.202,7	443.964,5
	Budget II	189.832,1	238.035,0

F. Sonstiges

--

Einzelplan 04 Nettoausgaben nach Ausgabearten 2015



04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Das Kapitel 04 01 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

63 Zentrale Fahrbereitschaft des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten

Ausgaben

- 07 Statistik
- 61 Modernisierung der Verwaltung
- 62 Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- 63 Zentrale Fahrbereitschaft des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten
- 64 Verfassungsschutz
- 66 Ausgleichsabgabe nach SGB IX
- 70 Outputorientierte Personalkosten (Zentrales IT-Management SH)
- 72 Ausgaben für Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit, Gesundheitsförderung

Einnahmen

111 01	011	Gebühren und tarifliche Entgelte	687,0	199,0
			390,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015
		EUR
1.	Gebühren für Beglaubigungen und baurechtliche Erlaubnisse	135.000
2.	Gebühren aus der Genehmigungskontrolle für glücksspielrechtliche Genehmigungen	50.000
3.	Gebühren aus der Erteilung von Buchmachererlaubnissen	11.000
4.	Gebühren aus dem Bereich Einbürgerungen	3.000
Summe		199.000

111 02	011	Erstattung von Prozesskosten	2,5	2,5
			10,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erstattungen nach dem Zeugen- und Sachverständigen-gesetz (ZSEG) für das gesamte Ressort (einschl. Polizei) wie z. B. Fahrtkosten, Portokosten, Tagegelder bei Gerichtsverfahren usw., die aufgrund von Gerichtsbeschlüssen oder Urteilen von einer Prozesspartei erstattet werden müssen.

112 01	011	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	1,0	1,0
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen aus Geldstrafen für gerichtlich oder sonst anerkannte Strafen, Ordnungsstrafen, Disziplinarstrafen, Sühnegelder und Geldbußen einschließlich damit zusammenhängender Prozesskosten usw.

119 01	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	200,0	200,0
			211,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015
		EUR
1.	Abonnenten- und Einzelverkauf für Verkündungsblätter	160.000
2.	Kostenerstattung für Veröffentlichungen Dritter (nicht Landesbehörden)	40.000
Summe		200.000

Vgl. Titel 531 03.

119 02	011	Einnahmen der Verwaltungsbereiche des Ministeriums	2,0	2,0
			2,0	

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 119 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer und entbehrlicher Gegenstände, Rückzahlungen von in Vorjahren geleisteten Ausgaben und Kostenbeiträge für private Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw. sowie sonstige Verwaltungseinnahmen.

119 03	011	Ablieferungen aus Nebentätigkeiten	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

119 99	011	Vermischte Einnahmen	3,0	3,0
			78,5	

121 02	014	Gewinne aus der Beteiligung des Landes an wirtschaftlichen Unternehmen	0,0	0,0
			0,0	

132 01	011	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	5,0	5,0
			0,0	

231 02	011	Zuweisungen der Kosten der Bundestagswahl durch den Bund	0,0	0,0
			1.900,0	

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 0401 - 541 01 zu verwenden.

Nach § 50 Bundeswahlgesetz (BWG) erstattet der Bund den Ländern zugleich für ihre Gemeinden (Gemeindeverbände) die durch die Wahl veranlassten notwendigen Ausgaben.

Vgl. Titel 541 01.

231 03	011	Zuweisungen der Kosten der Europawahl durch den Bund	2.300,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 0401 - 541 03 zu verwenden.

Nach § 25 Abs. 1 Europawahlgesetz (EuWG) i.V.m. § 50 Bundeswahlgesetz (BWG) erstattet der Bund den Ländern zugleich für ihre Gemeinden (Gemeindeverbände) die durch die Wahl veranlassten notwendigen Ausgaben.

Vgl. Titel 541 03.

231 04	249	Zuweisungen des Bundes nach dem Gräbergesetz	1.053,5	1.053,5
			1.053,5	

Erläuterungen:

Der Bund trägt die Kosten für die in § 10 Abs. 1 des Gesetzes über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft (Gräbergesetz) i.d.F. vom 16. Januar 2012 (BGBl. I S. 98), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586) bezeichneten Maßnahmen für die öffentlich gepflegten Gräber.

Vgl. Titel 633 02.

231 05	249	Zuweisungen des Bundes für die Pflege der verwaisten jüdischen Friedhöfe	12,8	12,8
			12,7	

Erläuterungen:

Der Bund trägt 50 v.H. der Ausgaben für die Instandsetzung und laufende Pflege der verwaisten jüdischen Friedhöfe.

Vgl. Titel 633 03.

281 01	012	Erstattungen von Verwaltungsausgaben in Enteignungsverfahren	3,0	3,0
			143,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Verwaltungsgebühren und zu erstattende Auslagen, die im Zusammenhang mit Enteignungsverfahren entstehen und von den jeweiligen Antragstellern - ausgenommen das Land Schleswig-Holstein - zu tragen sind.

282 01	011	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 0401 - 546 02 zu verwenden.

356 05	851	Entnahme aus der Rücklage "Sabbatjahr"	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vgl. Titel 422 01.

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage Personal	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Vgl. Titel 422 01.		
359 07	851	Entnahme aus der Rücklage "Zensus 2011"	0,0	0,0
			0,0	
		weggefallen		
381 01	891	Anteile der Fachressorts für Statistiken	0,0	0,0
			10.197,1	
		Erläuterungen:		
		Vgl. Titel 685 10 (MG 07).		
		63 Zentrale Fahrbereitschaft des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten		
119 63	011	Erstattung von Leasingkosten	0,0	0,0
(TG 63)			0,0	
		Die Einnahmen sind zweckgebunden bei der TG 63 zu verwenden.		
Summe der Titelgruppe 63			0,0	0,0
			0,0	
Summe der Einnahmen			4.269,8	1.481,8
			13.999,6	

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Ausgaben

421 01	011	Bezüge der Ministerin bzw. des Ministers	142,5 144,0	147,5
5,0 T€ übertragen von 0401 - 422 01.				
422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	6.395,4 9.052,7	1.650,4
Der Ansatz darf bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Titeln 0401 - 356 05 und 0401 - 359 01 überschritten werden.				
Über § 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2015 hinaus einseitig deckungsfähig zugunsten der Titel 0401 - 916 05 und 0401 - 919 01.				
5,0 T€ übertragen nach 0401 - 421 01.				
280,0 T€ übertragen nach 0401 - 422 62 (TG 62).				
50,0 T€ übertragen nach 0401 - 428 63 (TG 63).				
810,0 T€ übertragen nach 0407 - 428 65 (TG 65).				
3.650,0 T€ übertragen nach 0401-422 64 (TG 64),				
50,0 T€ übertragen von Titel 1111-461 01.				
427 01	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	18,2 0,0	18,2
428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.428,7 4.495,5	3.802,3
1.170,0 T€ übertragen nach 0401-428 64 (TG 64).				
143,6 T€ übertragen von 0601-42801 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.				
429 01	011	Ausgaben für Besoldungs- und Tariferhöhungen	36.772,3 0,0	36.772,3
12.658,3 T€ übertragen von 1111-46101.				
Erläuterungen:				
Seit dem Haushaltsjahr 2013 werden die aus dem Einzelplan 11 (vgl. Titel 1111-461 01) in die Ressorteinzelpläne umgesetzten Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen auf einem gesonderten Titel der Gruppe 429 im Kapitel 01 der Einzelpläne ausgewiesen.				
Weitere Mittel werden ggf. bedarfsgerecht im Haushaltsvollzug umgesetzt.				
453 01	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	12,2 2,3	12,2
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				
				2015
				EUR
1. Trennungsgeld				6.100
2. Umzugskostenvergütung				6.100
Summe				12.200
511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	550,0 436,7	490,0

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 511 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015
		EUR
1.	Büromaterial	115.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	57.000
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	1.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunkgebühren, Datenfernübertragung, Geb. Alarmanlage	260.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	35.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	5.000
7.	Unterhaltung von Geräten	15.000
8.	Sonstiges	2.000
Summe		490.000

Zu Position 4:

Veranschlagt sind die Entgelte für Brief- und Frachtdienste für die Staatskanzlei, Ministerien, Landesamt für Denkmalpflege, LLUR, Landesbibliothek sowie Fernmeldeentgelte für Mobiltelefone.

517 01	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	25,0	35,0
			44,1	

518 02	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	50,0	50,0
			56,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mieten und Kosten für vertraglich vereinbarte Wartungen der Fotokopiergeräte.

525 01	011	Ausbildung und Fortbildung	100,0	100,0
			85,0	

Erläuterungen:

Für fachbezogene und fachübergreifende Fortbildung der Beschäftigten des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten (ohne Beschäftigte des Polizeivollzugsdienstes).

526 01	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	40,0	40,0
			114,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für Rechtsstreitigkeiten des Geschäftsbereichs des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten ohne Polizei.

526 02	011	Kosten einer Kontaktstelle zur Bekämpfung der Korruption in Schleswig-Holstein	7,0	7,0
			6,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die monatliche Aufwandsentschädigung, Vortrags-, Reise- und Fortbildungskosten sowie Sachmittelausstattung des Antikorruptionsbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein.

526 03	011	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	28,0	32,5
			34,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der nach dem Königsteiner Schlüssel festgelegte Beitrag Schleswig-Holsteins für einen unabhängigen, länderübergreifenden Fachbeirat Glücksspielsucht und die dazugehörige Geschäftsstelle nach § 10 Abs. 1 Satz 2 Glücksspielstaatsvertrag i.V.m. § 13 Abs. 2 der Verwaltungsvereinbarung Glücksspielstaatsvertrag sowie für die Arbeitsgruppe Evaluation.

526 04	011	Ausgaben in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	53,6	53,1
			40,6	

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 526 04

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten	31.000
2.	Reisekostenvergütung für Reisen in Schwerbehindertenangelegenheiten	7.100
2.	Gebärdensprachdolmetscherkosten	1.500
3.	Sonstige Ausgaben	13.500
Summe		53.100

526 05	011	Ärztliche Untersuchungen	2,5 1,5	2,5
526 06	011	Kosten der Einigungsstelle	0,5 0,0	0,5

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Gewährung einer Pauschalentschädigung an Mitglieder der Einigungsstelle gem. § 53 des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein vom 11. Dezember 1990 (GVObI. Schl.-H. S. 577), zuletzt geändert durch Art. 65 LVO v. 04.04.2013, GVObI. S. 143

526 99	011	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	80,0 82,7	120,0
--------	-----	---	--------------	-------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Gutachten zum Kommunalen Finanzausgleich und des Deutschen Instituts für Bautechnik.

527 01	011	Dienstreisen	75,0 62,1	75,0
--------	-----	---------------------	--------------	------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	70.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	5.000
Summe		75.000

529 02	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers für Kooperationsmaßnahmen im Ostseeraum, insbesondere mit osteuropäischen Ländern	10,0 5,1	10,0
--------	-----	--	-------------	------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für die Intensivierung der Zusammenarbeit mit osteuropäischen Ländern im Ostseeraum, insbesondere Beratung, Ausbildung und Fortbildung von Praktikantinnen und Praktikanten.

529 10	011	Zur Verfügung des Ministeriums für Repräsentationsaufgaben	7,6 4,5	7,6
--------	-----	---	------------	-----

Erläuterungen:

Die Mittel sind nach den "10 Hinweisen zum Umgang mit Verfügungsmitteln" zu verwenden. Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen. Die Bewirtungskosten und die Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen. Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.

531 02	013	Öffentlichkeitsarbeit	0,5 0,1	0,5
--------	-----	------------------------------	------------	-----

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten für Broschüren usw. und Informationsveranstaltungen inkl. aller Nebenkosten.

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 531 02

Im Einzelplan sind außerdem folgende Maßnahmen für Öffentlichkeitsarbeit und Fachinformationen veranschlagt:

				2015
				EUR
1.		Öffentlichkeitsarbeit		
		Titel 0410 - 531 02		13.000
		Titel 0416 - 531 02		25.000
		<i>Summe zu 1.</i>		<i>38.000</i>
2.		Fachinformationen		
				0
		<i>Summe zu 2.</i>		<i>0</i>
Zusammen				38.000
531 03	011	Herausgabe der Verkündungsblätter und anderer Veröffentlichungen	150,0	150,0
			136,0	
		Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 01 geleistet werden.		
533 01	012	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	115,0	115,0
			129,7	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind die Kosten für den Einsatz eines privaten Dienstleistungsunternehmens in der Pförtnerie des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten.		
533 02	681	Kostenerstattung im Rahmen der Marktüberwachung von Bauprodukten	200,0	200,0
			170,0	
		Erläuterungen:		
		Gemäß europäischer Verordnung Nr. 765/2008/EG ist das Land Schleswig-Holstein zur Marktüberwachung von harmonisierten Bauprodukten verpflichtet. Diese Aufgabe wird gegen Kostenerstattung durch die GMSH wahrgenommen.		
533 03	011	Kostenerstattung von Stichprobenkontrollen nach § 26d der Energieeinsparverordnung	0,0	93,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Im Rahmen der Richtlinie 2010/31/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (ABl. L 153 vom 18.6.2010, S. 13, ABl. L 155 vom 22.6.2010, S. 61) sowie der Beschlüsse der Bundesregierung zum Energiekonzept und zur Energiewende wurde die Energieeinsparverordnung (EnEV) geändert. Veranschlagt sind die Kosten der Durchführung von Stichprobenkontrollen von Energieausweisen und Inspektionsberichten von Klimaanlage (§ 26d EnEV).		
534 02	011	Orden und Ehrenzeichen	3,0	3,0
			1,2	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind die Kosten für die Verleihung der Freiherr-vom-Stein-Verdienstnadel.		
534 04	011	Veranstaltungen mit Gesellschaften, kommunalen Spitzenverbänden usw.	2,5	2,5
			2,0	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind die Kosten für den Erfahrungsaustausch mit Gesellschaften und Verbänden. Die Mittel sind analog den "10 Hinweisen zum Umgang mit Verfügungsmitteln" zu verwenden. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen.		
535 01	047	Ausgaben für Zwecke des Verfassungsschutzes	986,1	0,0
			908,4	
		Übertragen nach 0401 - TG 64.		
536 02	012	Beiträge an deutsche Vereine und Gesellschaften	2,2	2,2
			2,0	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind die Beiträge an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Landesverband Schleswig-Holstein, Kiel und Transparency International Deutschland e.V..		
541 01	011	Durchführung der Bundestagswahl	0,0	0,0
			1.900,0	

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 541 01

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 231 02 geleistet werden.

541 02	011	Durchführung der Landtagswahl	0,0	0,0
			0,0	

541 03	011	Durchführung der Europawahl	2.300,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 231 03 geleistet werden.

541 04	011	Durchführung der Kommunalwahl	0,0	0,0
			8,6	

541 05	011	Durchführung des Volksabstimmungsgesetzes	0,0	0,0
			0,0	

546 01	011	Kosten einer Ländertagung und sonstiger länderübergreifender Veranstaltungen	4,5	4,5
			0,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für die Durchführung von länderübergreifenden Sitzungen. Aus dem Ansatz dürfen auch Bewirtungskosten beglichen werden. Die Bewirtungskosten sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen.

546 02	011	Ausgaben für Vorhaben aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 282 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

546 03	011	Ausgaben im Zusammenhang mit der Überwachung der Einhaltung von Genehmigungen nach dem Glücksspielgesetz	10,2	2,2
			0,0	

Erläuterungen:

Nach § 30 Abs. 1 des Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels vom 20. Oktober 2011 kontrolliert die zuständige Aufsichtsbehörde die Einhaltung der Vorschriften des Glücksspielgesetzes sowie die Beachtung der in den Genehmigungen enthaltenen Regelungen einschließlich etwaiger Nebenbestimmungen. Veranschlagt sind Kosten für Spieleinsätze, die für die im Rahmen der Kontrolltätigkeit notwendige Teilnahme an Online-Glücksspielen anfallen.

546 99	011	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbe-träge	18,0	18,0
			16,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015
		EUR
1.	Unfallrenten, sonstige Renten und Entschädigungen an Dritte aufgrund rechtlicher Verpflichtungen	1.000
2.	Nachrufe, Kranzspenden	3.200
3.	Auslagen des Personalrats	300
4.	Veröffentlichungen in Tageszeitungen	13.500
	Summe	18.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen anstelle einer Kranzspende auch Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

613 01	821	Zuweisungen zur Förderung von freiwilligen gemeindlichen Gebietsänderungen	284,0	284,0
			230,8	

Erläuterungen:

Aus Mitteln dieses Ansatzes werden Zuweisungen gemäß § 24 des Gesetzes über den Finanzausgleich in Schleswig-Holstein (Finanzausgleichsgesetz - FAG -) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Dezember 2014 (GVOBl. 2014, S. 473), für freiwillige gemeindliche Gebietsänderungen wie Eingemeindung, Vereinigung und Auflösung gewährt.

632 01	011	Kostenanteil an den Geschäftsstellen der Arbeitsgemeinschaft der Innenministerien der Länder und der Innenministerkonferenz	5,3	5,6
			6,0	

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
632 05	419	Beitrag für den Normenausschuss Bauwesen im Deutschen Institut für Normung e.V., Berlin	33,0 32,5	33,0
Erläuterungen: Veranschlagt ist der nach dem Königsteiner Schlüssel festgelegte Anteil des Landes am Deutschen Institut für Normung e.V. (DIN) gem. Vertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem DIN vom 29. Mai 1997 :				
				2015
				EUR
1. Normenausschuss Bauwesen im DIN				30.000
2. Europäische Normungsarbeit, Fachbereich Vermessungswesen				3.000
Summe				33.000
632 06	419	Beitrag für die Arbeitsgemeinschaft der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Ministerinnen/Minister der Länder - ARGEBAU-	8,8 8,4	9,0
Erläuterungen: Nach der Verwaltungsvereinbarung über die Tätigkeit und Finanzierung der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Ministerinnen/Minister der Länder (ARGEBAU) vom 1. Juli 1991 werden die Personal- und Sachausgaben für die Geschäftsstelle der ARGEBAU von den Ländern gemeinsam getragen. Die auf die Länder entfallenden Anteile werden nach dem Verhältnis ihrer Bevölkerungszahlen errechnet.				
632 07	011	Beiträge für ländereinheitliche Verfahren nach dem Glücksspielstaatsvertrag	0,0 0,0	41,5
Erläuterungen: Veranschlagt sind die Beiträge Schleswig-Holsteins nach dem Königsteiner Schlüssel für ländereinheitliche Verfahren nach § 9a Glücksspielstaatsvertrag in Verbindung mit § 20 Verwaltungsvereinbarung Glücksspielstaatsvertrag.				
633 01	011	Erstattungen an Kreise und kreisfreie Städte für die Durchführung der kommunalen Bürgerbeteiligung	500,0 0,0	500,0
500,0 T€ übertragen von 1111-633 03 (MG 08)				
633 02	249	Zuweisungen an Kreise und Gemeinden nach dem Gräbergesetz	1.053,5 1.054,3	1.053,5
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 231 04 geleistet werden.				
Erläuterungen: Veranschlagt sind die Kosten gem. § 1 der Verordnung über die Pauschale für Anlegung, Instandsetzung und Pflege der Gräber, Verlegung und Identifizierung im Sinne des Gräbergesetzes für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 vom 27. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3755) sowie gem. Anerkennung der Ruherechtsentschädigung für neun Friedhöfe.				
633 03	249	Zuweisungen an Kreise und Gemeinden für die Pflege verwaister jüdischer Friedhöfe	25,5 25,4	25,5
Erläuterungen: Bund und Land tragen auf vertraglicher Grundlage die Kosten für die Instandhaltung und Pflege der verwaisten jüdischen Friedhöfe in Schleswig-Holstein je zur Hälfte. Vgl. Titel 231 05				
681 02	019	Ersatzleistungen für Schäden aus Staatshaftung	2,5 0,0	2,5
Erläuterungen: Veranschlagt sind Zahlungen für Schäden aus Staatshaftung nach dem Gesetz über die Errichtung allgemeiner unterer Landesbehörden in Schleswig-Holstein in der Fassung vom 3. April 1996 (GVObI. Schl.-H. S. 406), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Februar 2011 (GVObI. Schl.-H. S. 50), sowie Zahlungen für sonstige Schäden aus Staatshaftung.				
685 01	249	Pflege der Kriegsgräber aus den Jahren 1848 bis 1851 und 1864	3,0 3,0	3,0
Erläuterungen: Die Pflege der Kriegsgräber aus den Jahren 1848 bis 1851 und 1864 wird vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Landesverband Schleswig-Holstein wahrgenommen. Die dabei entstehenden Kosten werden jährlich abgerechnet.				
685 05	681	Anteil an den Kosten des Deutschen Instituts für Bautechnik, Berlin	180,0 150,4	190,0

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 685 05

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Kostenanteil des Landes am Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt), Berlin, gemäß Gesetz zum 2. DIBt-Änderungsabkommen vom 21. 2. 2013 (GVOBt. Schl.-H. S. 103) nach dem Königsteiner Schlüssel.

685 06	681	Anteil an den Kosten des Forschungsprogramms bei dem Deutschen Institut für Bautechnik, Berlin	37,2	37,0
			33,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Kostenanteil des Landes gemäß Beschluss der Ministerkonferenz der ARGEBAU vom 22. Februar 1973 zur Finanzierung von bautechnischen Untersuchungen auf dem Gebiet der Bauaufsicht über das Deutsche Institut für Bautechnik Berlin nach dem Königsteiner Schlüssel.

812 01	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	21,6	22,0
			13,3	

916 05	851	Zuführung an die Rücklage "Sabbatjahr"	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen beim Titel 422 01 geleistet werden.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage "Personal"	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei den Titeln der OG 42 geleistet werden.

972 02	881	Globale Minderausgaben	0,0	0,0
			0,0	

Die Globalen Minderausgaben können grds. auch durch nicht zweckgebundene Mehreinnahmen gedeckt werden.

07 Statistik

Erläuterungen:

Strategischer Aufgabenbereich: Geo-Informationen und Statistik.

Veranschlagt ist der Zuschuss des Trägerlandes Schleswig-Holstein für das Statistische Amt Hamburg und Schleswig-Holstein gem. Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Errichtung eines gemeinsamen Statischen Amtes als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts vom 27. August 2003.

633 07	014	Erstattung von Ausgaben der Gemeinden für die Durchführung des Zensus 2011	0,0	0,0
(MG 07)			0,0	

weggefallen

685 10	014	Zuschuss an Hamburg für Statistiken der Fachressorts	5.602,8	5.326,0
(MG 07)			16.143,0	

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 381 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vgl. 381 01

Veranschlagt ist nur der Kostenanteil des IM. Die Anteile der anderen Ressorts werden über den Verrechnungstitel 381 01 zur Verfügung gestellt. Zur Erhöhung der Transparenz der Ist-Kosten ist eine Übersicht der derzeitigen Statistiken im Anhang zum Einzelplan hinterlegt. Das IM weist darin alle Statistiken mit den Ist-Kosten der Vorjahre (Zeitreihe) aus. In den Einzelplänen der anderen Ressorts werden nur die Statistiken des jeweiligen Ressorts hinterlegt.

919 07	851	Zuführung an die Rücklage "Zensus 2011"	0,0	0,0
(MG 07)			0,0	

weggefallen

Summe der Maßnahmegruppe 07			5.602,8	5.326,0
			16.143,0	

61 Modernisierung der Verwaltung

Über § 10 Abs. 1 und 2 Haushaltsgesetz 2015 hinaus gegenseitig deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind Ausgaben zur Durchführung und Umsetzung von Modernisierungsprojekten der Landesregierung im Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten (ohne Polizei).				
511 61 (TG 61)	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0 0,0	0,0
525 61 (TG 61)	011	Aus- und Fortbildung	25,3 9,1	25,3
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				
				2015
				EUR
1. Revisionslehrgänge				10.000
2. Ergänzungslehrgänge dMB (Berichtswesen usw.)				10.000
3. KLR-Seminare				5.300
Summe				25.300
534 61 (TG 61)	011	Kosten der Verwaltungsreform und der Modernisierung	2,0 0,8	2,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Ausgaben der Durchführung von Sitzungen incl. Nebenkosten der unterschiedlichen Projektarbeitsgruppen und sonstigen Pilotvorhaben zur Verwaltungsreform und -modernisierung im Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten.				
812 61 (TG 61)	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0,0 0,0	0,0
Summe der Titelgruppe 61			27,3 9,9	27,3
62 Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter				
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Kosten der Ausbildung und Umschulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern inklusive der damit im Zusammenhang stehenden Fortbildungen.				
422 62 (TG 62)	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	1.918,0 1.315,1	2.198,0
280,0 T€ übertragen von 0401 - 422 01.				
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten.				
428 62 (TG 62)	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0 0,0	0,0
Erläuterungen:				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
453 62 (TG 62)	012	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	0,0 0,0	0,0
Erläuterungen:				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
525 62 (TG 62)	012	Aus- und Fortbildung	417,7 395,0	588,3
Erstattungen Dritter können von den Ausgaben abgesetzt werden.				

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 525 62

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2015	
			EUR	
1.		Einstellung:		
1.1		Auswahlverfahren		92.200
1.2		Werbung, Messen		16.600
2.		Kosten für die Ausbildung:		
2.1		Regierungsinspektoranwärter/innen		245.500
2.2		Regierungssekretäranwärter/innen		110.500
2.3		Gebühren zusätzliche Lehrkraft für FHVD		16.500
2.4		Rechtsreferendarinnen und -referendare		74.000
2.5		Reisekosten		6.000
3.		Ressortübergreifende Fortbildung (ohne PE)		27.000
Summe				588.300

526 62	011	Ärztliche Untersuchungen	7,7	8,5
(TG 62)			4,3	

671 62	012	Anteilige Erstattung für die Mitbenutzung der Kantine von Dataport durch die Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung	23,0	23,0
(TG 62)			23,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die jährliche Kostenpauschale des Landes Schleswig-Holstein über die Beteiligung an den Sachkosten für den Betrieb der Küche/Cafeteria Dataport - Standort Altenholz - gemäß vertraglicher Vereinbarung zwischen Dataport und dem Land Schleswig-Holstein vom 8. März 2005/29. März 2005.

685 62	133	Kostenanteil des Landes für das Ausbildungszentrum für Verwaltung	658,6	719,0
(TG 62)			535,7	

Erläuterungen:

			2015	
			EUR	
1.		für die Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung		682.000
2.		für die Verwaltungsakademie		37.000
Summe				719.000

Anteil des Landes für das Ausbildungszentrum für Verwaltung nach § 6 Abs. 2 des Ausbildungszentrums-gesetzes vom vom 27. Januar 2009 (GVObI. Schl.-H. S. 60), zuletzt geändert durch Art. 39 LVO v. 04.04.2013 (GVObI. Schl.-H. S. 143).

Summe der Titelgruppe 62	3.025,0	3.536,8
	2.273,1	

63 Zentrale Fahrbereitschaft des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten

Die tatsächlichen Einnahmen des Titels 119 63 (TG 63) dürfen zweckgebunden für Ausgaben innerhalb der TG 63 verwendet werden.

422 63	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0,0	0,0
(TG 63)			-1,9	

Erläuterungen:

Veranschlagte Personalkosten im Hinblick auf die outputorientierte Budgetierung. Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 63	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.246,8	2.296,8
(TG 63)			2.249,0	

50,0 T€ übertragen von 0401 - 422 01.

511 63	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	12,0	12,0
(TG 63)			16,3	

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 511 63

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Büromaterial	3.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	1.000
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	0
4.	Fernmeldebegühren	4.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	1.000
6.	Ergänzungsbeschaffungen von Geräten	0
7.	Unterhaltung von Geräten	3.000
8.	Sonstiges	0
Summe		12.000

514 63	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	433,0	433,0
(TG 63)			338,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	110.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung	8.000
3.	Verbrauchsmittel	300.000
4.	Kraftfahrzeugsteuer	15.000
Summe		433.000

Der Ministerpräsident bzw. die Ministerpräsidentin, die Landesministerinnen und Landesminister, die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, die Regierungssprecherin bzw. der Regierungssprecher können über Dienstwagen nach Maßgabe der Richtlinie der Landesregierung für die persönliche Benutzung von Dienstkraftwagen im Lande Schleswig - Holstein vom 10. März 1994 verfügen.

Bei der Dienst- und Schutzkleidung ist die Ersatzbeschaffung für 1 Kfz.- Meisterin oder Kfz.- Meister, 34 Kraftfahrerinnen und Kraftfahrer, 1 Vervielfältigerin oder Vervielfältigers sowie die Reinigung der Schutzkleidung berücksichtigt.

Bestand an Kraftfahrzeugen	Soll 2014	Soll 2015	Tatsächlicher Bestand 01.02.2014
Sicherheitsfahrzeuge	1	1	1
PKW mit Fahrer/-innen	32	32	32
Selbstfahrer-Fahrzeuge	47	47	47
Zusammen	80	80	80

518 63	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume, Leasingkosten für Dienstkraftfahrzeuge	221,0	231,0
(TG 63)			246,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Garagenmieten für Dienstkraftfahrzeuge	11.000
2.	Leasingkosten für 67 Dienstkraftfahrzeuge incl. Chefwagen	220.000
Summe		231.000

525 63	011	Aus- und Fortbildung	10,0	10,0
(TG 63)			7,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Fortbildungskosten für die Kraftfahrerinnen und Kraftfahrer für das Sicherheitstraining mit Fahrzeugen

527 63	011	Dienstreisen	55,0	48,0
(TG 63)			36,4	

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 527 63

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	46.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	2.000
Summe		48.000

811 63	011	Erwerb von Dienstfahrzeugen	50,0	50,0
(TG 63)			0,0	

Erläuterungen:

Anschaffung eines Busses mit bis zu 8 Fahrgastplätzen

Summe der Titelgruppe 63			3.027,8	3.080,8
			2.892,7	

64 Verfassungsschutz

Übertragen von 0401 - 535 01.

Über § 10 Abs. 1 und 2 Haushaltsgesetz 2015 hinaus gegenseitig deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe. Die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Verfassungsschutzes wird durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein geprüft.

Erläuterungen:

Das Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein vom 23. März 1991 (GVObI. Schl.-H. S. 203), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Juni 2013 (GVObI. Schl.-H. S. 254), besagt, dass die Aufgaben des Verfassungsschutzes ausschließlich von der Verfassungsschutzbehörde wahrgenommen werden. Verfassungsschutzbehörde ist das Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten.

Strategischer Aufgabenbereich: Innere Sicherheit.

422 64	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0,0	3.650,0
(TG 64)			0,0	

3.650,0 T€ übertragen von 0401-422 01.

428 64	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0	1.170,0
(TG 64)			0,0	

1.170,0 T€ übertragen von 0401-428 01.

511 64	047	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	74,0
(TG 64)			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Büromaterial	9.000
2.	Bücher, Zeitungen etc.	10.000
3.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	45.000
4.	Ersatzbeschaffung von Geräten	6.000
5.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	3.000
6.	Unterhaltung von Geräten	1.000
Summe		74.000

514 64	047	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	0,0	101,0
(TG 64)			0,0	

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 514 64

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	20.000
2.	Verbrauchsmittel	80.000
3.	Dienst- und Schutzkleidung	1.000
Summe		101.000

517 64 (TG 64)	047	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0,0	20,0
			0,0	
518 64 (TG 64)	047	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	0,0	70,0
			0,0	
527 64 (TG 64)	047	Dienstreisen	0,0	141,0
			0,0	
535 64 (TG 64)	047	Nachrichtendienstliche Ausgaben	0,0	382,0
			0,0	
		Erstattungen Dritter können von den Ausgaben abgesetzt werden.		
685 64 (TG 64)	047	Anteil an den Kosten der Akademie für Verfassungsschutz (AfV)	0,0	60,0
			0,0	
811 64 (TG 64)	047	Erwerb von Fahrzeugen	0,0	78,0
			0,0	
812 64 (TG 64)	047	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0,0	28,0
			0,0	
Summe der Titelgruppe 64			0,0	5.774,0
			0,0	

66 Ausgleichsabgabe nach SGB IX

Erläuterungen:

In der TG 66 werden die im Zusammenhang mit der Beschäftigung Schwerbehinderter anfallenden Ausgaben des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten zentral zusammengefasst.

422 66 (TG 66)	291	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 66 (TG 66)	291	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	29,2	29,2
			23,2	

632 66 (TG 66)	291	Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch - (SGB IX)	20,0	20,0
			0,0	

Erläuterungen:

Nach § 77 Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch (SGB IX -) Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2598), sind Arbeitgeber verpflichtet, für jeden unbesetzten Pflichtarbeitsplatz für schwerbehinderte Menschen, abhängig von der jahresdurchschnittlichen Beschäftigungsquote, eine Ausgleichsabgabe in einer Höhe von 115 Euro bis zu 290 Euro monatlich zu zahlen. Die Abrechnung erfolgt für das vorangegangene Kalenderjahr.

Die Beschäftigungsquote für das Land Schleswig-Holstein lag im Jahr 2013 bei 5,80 v.H., sodass eine Ausgleichsabgabe folglich nicht zu zahlen war. Folgende Daten wurden für das Kalenderjahr 2013 zu Grunde gelegt:

Pflichtplätze: 2.810, davon besetzt durch schwerbehinderte Menschen: 3.294, unbesetzte Pflichtplätze: keine.

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 632 66

	Arbeitsplätze nach § 73 Abs. 1- 3 SGB IX	5 v.H. Pflicht- quote	Durch Schwer- behinderte besetzte Arbeits- plätze
Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages	120	6	11
Landesrechnungshof	87	4	8
Ministerpräsident Staatskanzlei	207	10	15
Ministerium für Justiz, Kultur und Europa	5.104	225	339
Ministerium für Bildung und Wissenschaft	33.495	1.675	1.548
Innenministerium	8.722	436	467
Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	2.004	100	221
Finanzministerium	4.781	239	463
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technolo- gie	1.651	83	131
Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung	645	32	91
Zusammen	56.816	2.810	3.294

Summe der Titelgruppe 66

49,2
23,2

49,2

70 Outputorientierte Personalkosten (Zentrales IT-Management SH)

422 70 (TG 70)	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0,0 0,0	0,0
		weggefallen		
428 70 (TG 70)	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0 0,0	0,0
		weggefallen		
Summe der Titelgruppe 70			0,0 0,0	0,0

72 Ausgaben für Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit, Gesundheitsförderung

Erläuterungen:

Umsetzung der Unfallverhütungsvorschrift "Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit" der Unfallkasse Schleswig-Holstein für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten. Die Unfallverhütungsvorschrift wurde aufgrund des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (Arbeitssicherheitsgesetz - ArbSichG /ASiG) vom 12. Dezember 1973 (BGBl. I S.1885), zuletzt geändert durch Artikel 3 Absatz 5 des Gesetzes vom 20. April 2013 (BGBl. I S. 868), erlassen.

427 72 (TG 72)	012	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
511 72 (TG 72)	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	30,7 32,5	30,5
518 72 (TG 72)	012	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	0,0 0,0	0,0

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
525 72 (TG 72)	012	Aus- und Fortbildung	16,0 2,1	8,0
527 72 (TG 72)	012	Dienstreisen	5,0 0,7	5,0
533 72 (TG 72)	012	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen für Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit	50,0 49,2	50,0
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind die Maßnahmen zur Umsetzung der Unfallverhütungsvorschrift "Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit" der Unfallkasse Schleswig-Holstein für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten sowie allgemeine Ausgaben für die arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung.		
534 72 (TG 72)	314	Gesundheitsförderung	158,3 137,5	146,5
546 72 (TG 72)	012	Sonstige Ausgaben für Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit	16,0 21,1	25,0
812 72 (TG 72)	012	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	15,0 2,5	0,0
Summe der Titelgruppe 72			291,0 245,6	265,0
Summe der Ausgaben			66.768,0 41.087,5	64.282,7

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	900,5 692,5	412,5
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	3.369,3 3.110,0	1.069,3
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 10.197,1	0,0
Gesamteinnahmen			4.269,8 13.999,6	1.481,8
41 - 49		Personalausgaben	51.963,3 17.279,9	51.746,9
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	6.280,9 5.545,7	4.025,2
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	8.437,2 18.246,1	8.332,6
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	86,6 15,8	178,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			66.768,0 41.087,5	64.282,7
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-62.498,2 -27.087,9	-62.800,9

04 02 Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Das Kapitel 04 02 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

03 Finanzierung/Förderung des Baus von Sportstätten für den Hochleistungssport aus Bundeszuweisungen

Erläuterungen:

Strategischer Aufgabenbereich: Sport.

Einnahmen

119 02	322	Rückzahlungen aus der Förderung des außerschulischen Sports	0,0	0,0
			3,8	

Erläuterungen:

Die Einnahmen aus der Aufhebung von Zuwendungsbescheiden, Überzahlungen oder Abrechnungen von geförderten Maßnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 686 02 zu verwenden.

331 01	322	Zuweisungen von Bundesmitteln zur Finanzierung/Förderung des Baues von Sportstätten für den Hochleistungssport	80,0	80,0
			63,0	

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben in der MG 03 zu verwenden.

381 01	891	Einnahmen aus dem Zweckertrag nach dem Gesetz zur Ausführung des Ersten Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (Erster GlüÄndStV AG)	6.860,0	7.840,0
			6.860,0	

Erläuterungen:

Nach § 8 Erster GlüÄndStV AG vom 1. Februar 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 64) hat die Nordwestlotto GmbH & Co. KG Zweckabgaben an das Land abzuführen.

Nach Abzug der sich aus § 8 Erster GlüÄndStV AG ergebenden Verpflichtungen sind gem. § 8 Abs. 4 Erster GlüÄndStV AG vom verbleibenden Betrag 8 v.H., mindestens 8 Mio. €, zur Förderung des Sports zu verwenden.

Gem. § 9 Abs. 1 Erster GlüÄndStV AG sind durch das für Sport zuständige Ministerium 90 v.H. dem Landessportverband Schleswig-Holstein e.V. zur Förderung des Sports zuzuwenden (siehe Titel 684 02). Für die allgemeine Förderung des außerschulischen Sports (zuständig ist das Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten, siehe Titel 686 02) stehen 8 v.H. und für die Förderung des außerunterrichtlichen Schulsports (zuständig ist das Ministerium für Schule und Berufsbildung) 2 v.H. zur Verfügung.

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 684 02 und 686 02 zu verwenden.

Summe der Einnahmen			6.940,0	7.920,0
			6.926,8	

04 02 Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
Ausgaben				
422 01	322	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	66,9	66,9
		Erläuterungen: Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten.	37,3	
428 01	322	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0	0,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten. Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.	0,0	
684 02	322	Institutionelle Förderung des Landessportverbandes und seiner Einrichtungen	6.300,0	7.200,0
		Mehrausgaben dürfen bis zu 91,84 v.H. der Mehreinnahmen bei Titel 0402 - 381 01 geleistet werden. Übertragbar einschließlich der nicht verbrauchten Einnahmen. Erläuterungen: Siehe Titel 381 01.	6.300,0	
686 02	322	Förderung des außerschulischen Sports	560,0	640,0
		Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0402 - 119 02 geleistet werden. Übertragbar einschließlich der nicht verbrauchten Einnahmen. Darüber hinaus dürfen Mehrausgaben in Höhe von 8,16 v.H. der tatsächlichen Mehreinnahmen bei Titel 0402 - 381 01 geleistet werden. Erläuterungen: Die Förderung des außerschulischen Sports ist geregelt in der Richtlinie über die Förderung des Sports in Schleswig-Holstein (Sportförderrichtlinie) vom 4. Dezember 2013 (Amtsbl. Schl.-H. 2013, S. 1112).	558,8	
883 01	322	Zuschüsse für die Sanierung kommunaler Sportstätten unter Berücksichtigung der Sanierung von Schwimmsportstätten	0,0	2.000,0
		Erläuterungen: Zuwendung Das Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten wird hierzu eine Richtlinie über die Förderung von kommunalen Sportstätten in Schleswig-Holstein (Sportstättenförderrichtlinie) erlassen.	0,0	
03		Finanzierung/Förderung des Baus von Sportstätten für den Hochleistungssport aus Bundeszuweisungen		
		Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0402 - 331 01 geleistet werden. Übertragbar einschließlich der nicht verbrauchten Einnahmen. Erläuterungen: Der Bund fördert nach den "Förderrichtlinien Stützpunktsystem" (FRS) vom 10. Oktober 2005 Olympiastützpunkte, Bundesleistungszentren und Bundesstützpunkte bei anteiliger Beteiligung des Landes und der Kommunen. Landesmittel sind bei Titel 686 02 veranschlagt.		
883 03	322	Zuweisungen des Bundes für den Bau von Sportstätten für den Hochleistungssport an Kreise und Gemeinden	80,0	80,0
(MG 03)		Erläuterungen: In Schleswig-Holstein werden Olympiastützpunkte/Häuser der Athleten gefördert; z. Zt. Kiel/Segeln und Ratzeburg/Rudern. Siehe Titel 331 01.	103,4	

04 02 Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
893 03 (MG 03)	322	Zuweisungen des Bundes für den Bau von Sportstätten für den Hochleistungssport an Verbände und Vereine Erläuterungen: Siehe Titel 331 01 und 883 03 (MG 03).	0,0 0,0	0,0
Summe der Maßnahmegruppe 03			80,0 103,4	80,0
Summe der Ausgaben			7.006,9 6.999,5	9.986,9

04 02 Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0,0 3,8	0,0
31 - 34		Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	80,0 63,0	80,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	6.860,0 6.860,0	7.840,0
Gesamteinnahmen			6.940,0 6.926,8	7.920,0
41 - 49		Personalausgaben	66,9 37,3	66,9
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	6.860,0 6.858,8	7.840,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	80,0 103,4	2.080,0
Gesamtausgaben			7.006,9 6.999,5	9.986,9
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-66,9 -72,7	-2.066,9

04 03 Vermessung und Geoinformation

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Das Kapitel 04 03 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

69 Outputorientierte Personalkosten

Erläuterungen:

Strategischer Aufgabenbereich: Unterstützung der politischen Steuerung.

Einnahmen

111 01	421	Gebühren und tarifliche Entgelte	9.000,0	9.000,0
			9.182,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Gebühren nach der Landesverordnung über Gebühren des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein (VermGebVO) vom 6. November 2012 (GVObI. Schl.-H. S. 716). Die Einnahmen können für Ausgaben bei Titel 545 01 verwendet werden.

112 01	421	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	0,5	0,0
			0,0	

119 02	421	Einnahmen der Verwaltungsbereiche des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation	1,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Erlöse aus dem Verkauf von Altmaterial, Einnahmen aus Aufträgen Dritter und sonstige Verwaltungseinnahmen. Die Einnahmen können für Ausgaben bei Titel 545 01 verwendet werden.

119 99	421	Vermischte Einnahmen	1,0	1,0
			1,7	

Erläuterungen:

Die Einnahmen können für Ausgaben bei Titel 545 01 verwendet werden.

125 01	421	Einnahmen nach der Entgeltordnung	500,0	800,0
			901,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entgelte nach der Entgeltordnung des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein (VermEgo) vom 1. Januar 2013.

Die Einnahmen können für Ausgaben bei Titel 545 01 verwendet werden.

125 02	421	Einnahmen aus Vermessungsarbeiten und dem Verkauf von Karten und Geobasisdaten	0,0	0,0
			0,8	

Weggefallen

132 01	421	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	10,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Die Einnahmen können für Ausgaben bei Titel 545 01 verwendet werden.

231 01	421	Erstattung des Bundes für amtliche digitale Geobasisdaten	110,0	110,0
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt aufgrund der am 1. Januar 2014 in Kraft getretenen "Verwaltungsvereinbarung über die kontinuierliche Übermittlung amtlicher digitaler Geobasisdaten zur Nutzung im Bundesbereich".

233 01	421	Zuweisungen von Kreisen und Gemeinden	150,0	155,0
			176,1	

Erläuterungen:

Die Einnahmen können für Ausgaben bei Titel 545 01 verwendet werden.

04 03 Vermessung und Geoinformation

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 233 01

Veranschlagt sind:

Erstattung der Sachkosten für die Führung und Unterhaltung der Geschäftsstelle der Gutachterausschüsse

		2015 EUR
1.	Hansestadt Lübeck	45.000
2.	Stadt Flensburg	20.000
3.	Kreis Ostholstein	40.000
4.	Kreis Pinneberg	20.000
5.	Kreis Plön	15.000
6.	Kreis Herzogtum Lauenburg	15.000
Summe		155.000

261 01	421	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben in Flurbereinigungsverfahren u.ä.	10,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erstattungen von Nebenkosten und Auslagen für Schlussvermessungen im Flurbereinigungsverfahren durch die Teilnehmergeellschaften.

Summe der Einnahmen	9.782,5	10.066,0
	10.262,8	

04 03 Vermessung und Geoinformation

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Ausgaben

422 01	421	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	5.042,9	4.365,4
			4.586,2	

1.000,0 T€ übertragen nach 0403 - 428 01.

427 01	421	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	0,0
			0,0	

428 01	421	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	17.537,4	18.537,4
			18.514,2	

1.000,0 T€ übertragen von 0403 - 422 01.

453 01	421	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	10,0	5,0
			1,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Trennungsgeld	5.000
2.	Umzugskostenvergütungen	0
Summe		5.000

511 01	421	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	330,0	360,0
			348,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Büromaterial	70.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u. ä.	20.000
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	10.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	110.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	70.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	10.000
7.	Unterhaltung von Geräten	60.000
8.	Sonstiges	10.000
Summe		360.000

514 01	421	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	320,5	320,0
			295,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	145.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung (einschl. Feldaufwandsentschädigung)	50.000
3.	Verbrauchsmittel	115.000
4.	Sonstiges	10.000
Summe		320.000

04 03 Vermessung und Geoinformation

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 514 01

		Bestand an Kraftfahrzeugen	Soll 2014	Soll 2015	Tatsächlicher Bestand 01.02.2014
		Anhänger	10	8	11
		Selbstfahrer-PKW	7	12	8
		Vermessungswagen	37	34	40
		Zusammen	54	54	59
517 01	421	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume		2,5	3,0
				2,9	
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt sind die Nebenkosten und tlw. Bewirtschaftungskosten für Gebäude, die nicht als Eigentum im Zentralen Grundvermögen zur Behördenunterbringung verzeichnet sind.			
518 02	421	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge		0,0	0,0
				3,8	
		Weggefallen			
525 01	421	Aus- und Fortbildung		67,0	70,0
				63,5	
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt sind die Ausgaben für die Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten:			
					2015 EUR
		1. Ausbildung			
		1.1 Unterbringung der Auszubildenden im Rahmen des Berufsschulunterrichts			18.000
		1.2 Unterrichtsentschädigungen, Prüfungsvergütungen, Lehrgangsgebühren etc.			10.000
		1.3 Reisekostenvergütungen, Fahrkostenerstattungen im Rahmen der Ausbildung			18.000
		<i>Summe zu 1.</i>			<u>46.000</u>
		2. Fortbildung			
		2.1 Fortbildungsmaßnahmen des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation			24.000
		<i>Summe zu 2.</i>			<u>24.000</u>
		Zusammen			<u>70.000</u>
526 03	421	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse		25,0	37,0
				27,0	
		Erläuterungen:			
		An die Mitglieder der Gutachterausschüsse für Grundstückswerte sind Entschädigungen nach § 6 der Landesverordnung über die Bildung von Gutachterausschüssen über die Ermittlung von Grundstückswerten vom 6. Dezember 1989 (GVOBl. Schl.-H. S. 181), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. Dezember 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 850), zu zahlen.			
		Veranschlagt aufgrund der Verträge zur Übertragung der Aufgaben der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in den Kreisen Pinneberg, Plön, Herzogtum Lauenburg und Ostholstein auf die Vermessungsverwaltung.			
526 05	421	Ärztliche Untersuchungen		1,0	1,0
				0,3	
527 01	421	Dienstreisen		140,0	140,0
				119,3	
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt sind die Kosten für die Dienstreisen des vermessungstechnischen Außendienstes und Inlandsdienstreisen.			

04 03 Vermessung und Geoinformation

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 527 01

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	140.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	0
3.	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	0
Summe		140.000

531 01	421	Veröffentlichungen	0,0 0,0	0,0
533 01	421	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	180,0 148,2	180,0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Druck- und kartographische Arbeiten	25.000
3.	Vergabe von Bildflügen	140.000
4.	Sonstige Leistungsentgelte	15.000
Summe		180.000

535 01	421	Kosten aus Entschädigungsansprüchen Dritter	0,5 0,0	0,0
--------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden die Kosten für die Bereinigung von Flurschäden bei örtlichen Vermessungsarbeiten getragen.

545 01	421	Zahlung von Umsatzsteuer an die Finanzämter	0,0 741,4	0,0
--------	-----	--	---------------------	------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 0403 - 111 01, 0403 - 119 02, 0403 - 119 99, 0403 - 125 01, 0403 - 132 01 und 0403 - 233 01 geleistet werden.

546 99	421	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlerträge	8,5 10,5	10,0
--------	-----	---	--------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Unfallrenten, sonstige Renten und Entschädigungen an Dritte aufgrund rechtlicher Verpflichtungen	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen (z.B. Stellenausschreibungen)	5.000
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben	5.000
Summe		10.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

632 01	421	Zuweisungen für gemeinsame Einrichtungen der Vermessungsverwaltungen der Länder	15,0 10,5	15,0
--------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden Beiträge Schleswig-Holsteins für gemeinsame Einrichtungen der Länder, wie z. Bsp. die Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder, getragen.

633 01	011	Erstattung an Kreise und kreisfreie Städte nach der Vereinbarung über den Ausgleich finanzieller Mehrbelastungen aufgrund der Gutachterausschussverordnung	200,0 0,0	200,0
--------	-----	---	---------------------	--------------

04 03 Vermessung und Geoinformation

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 633 01

200,0 T€ übertragen von 1111-633 03 (MG 08).

811 01	421	Erwerb von Dienstfahrzeugen	137,0	105,0
			132,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2015	
			EUR	
1.	Erstmalige Beschaffung			0
2.	Ersatzbeschaffungen			
2.1	2 Vermessungswagen			80.000
2.2	1 Pkw			25.000
Summe				105.000

812 01	421	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	130,0	130,0
			120,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2015	
			EUR	
1.	4 elektrooptische Entfernungsmessgeräte/GPS-Empfänger mit Registriermöglichkeit und Zubehör			130.000
Summe				130.000

69 Outputorientierte Personalkosten

Erläuterungen:

Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten.

422 69	421	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	255,5	255,5
(TG 69)			172,7	

428 69	421	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0	0,0
(TG 69)			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Titelgruppe 69			255,5	255,5
			172,7	

Summe der Ausgaben			24.402,8	24.734,3
			25.299,2	

04 03 Vermessung und Geoinformation

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	9.512,5 10.086,7	9.801,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	270,0 176,1	265,0
Gesamteinnahmen			9.782,5 10.262,8	10.066,0
41 - 49		Personalausgaben	22.845,8 23.275,0	23.163,3
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.075,0 1.760,5	1.121,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	215,0 10,5	215,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	267,0 253,2	235,0
Gesamtausgaben			24.402,8 25.299,2	24.734,3
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-14.620,3 -15.036,4	-14.668,3

04 04 Bundesangelegenheiten, Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Übertragen von 0302 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

Mehreinnahmen bei 0404 - 124 01 und 0404 - 281 01 stehen für Mehrausgaben bei den Titel der HG 5 und HG 6 des Kapitels 0404 zur Verfügung.

Einnahmen

119 99	011	Vermischte Einnahmen	0,0 0,3	0,0
124 01	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	50,0 50,3	50,0
281 01	011	Kostenerstattung für die Bewirtung von Besuchern	0,0 115,4	0,0
Summe der Einnahmen			50,0 166,0	50,0

04 04 Bundesangelegenheiten, Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Ausgaben

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	376,7 306,5	376,7
427 01	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	5,5 2,6	4,0
428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	806,5 856,7	806,5
453 01	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	0,0 0,0	0,0
511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	60,0 71,8	60,0
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind:		2015
				EUR
		1. Büromaterial		10.000
		2. Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.		3.500
		3. Druck- und Buchbindearbeiten		1.000
		4. Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren		18.000
		5. Ersatzbeschaffung von Geräten		9.500
		6. Ergänzungsbeschaffung von Geräten		8.000
		7. Unterhaltung von Geräten		5.000
		8. Sonstiges		5.000
		Summe		60.000
514 01	011	Dienst- und Schutzkleidung	1,0 0,8	1,0
517 01	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	227,0 213,8	227,0
		Erläuterungen:		
		In Betracht kommen:		
		a) 1 verwaltungseigenes Gebäude mit insgesamt rd. 2.265 qm Nutz- und Nebenraumfläche *)		
		b) - gemietete oder gepachtete Gebäude mit insgesamt ca. - qm Nutz- und Nebenraumfläche *)		
		*) ohne Boden- und Kellerraumfläche		
		Veranschlagt sind:		2015
				EUR
		1. Heizung		42.000
		2. Elektrizität und Gas für Beleuchtung, Heizung und sonstigen Energiebedarf		80.000
		3. Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung		74.000
		4. Sonstiges		31.000
		Summe		227.000
518 02	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	9,0 10,2	10,5
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt ist die Miete für 4 Fotokopiergeräte.		
525 02	011	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	9,0 3,3	7,5

04 04 Bundesangelegenheiten, Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
527 01	011	Reisekostenvergütungen	7,0 6,6	7,0
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind:		2015
				EUR
		1. Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen		5.500
		2. Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen		1.000
		3. Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten		500
		Summe		7.000
		Kosten u.a. für die Reisetätigkeit zwischen Bonn, Kiel, Berlin und Brüssel.		
529 02	011	Zur Verfügung für Repräsentation und Veranstaltungen des Landes in Berlin	85,0 171,9	81,5
		Erläuterungen:		
		Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen. Die Bewirtungskosten und die Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen. Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über die Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.		
533 01	011	Werkverträge	58,0 54,0	63,0
		Erläuterungen:		
		Kosten für den Pförtnerdienst in Berlin.		
546 99	011	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	50,0 42,9	50,0
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind:		2015
				EUR
		1. Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen		0
		2. Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen		0
		3. Auslagen für Vorstellungsreisen		0
		4. Arbeitsmedizinische Betreuung		2.000
		5. Inanspruchnahme von Personaldienstleistern		47.000
		6. Sonstige vermischte Ausgaben		1.000
		Summe		50.000
		Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.		
632 01	011	Erstattungen an Niedersachsen für einen Betriebstechniker	28,1 25,3	28,1
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt ist der Kostenanteil Schleswig-Holsteins.		
Summe der Ausgaben			1.722,8 1.766,4	1.722,8

04 04 Bundesangelegenheiten, Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Abschluss

11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	50,0 50,6	50,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0 115,4	0,0
Gesamteinnahmen			50,0 166,0	50,0
41 - 49		Personalausgaben	1.188,7 1.165,8	1.187,2
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	506,0 575,3	507,5
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	28,1 25,3	28,1
Gesamtausgaben			1.722,8 1.766,4	1.722,8
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.672,8 -1.600,4	-1.672,8

04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Das Kapitel 04 05 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

- 03 Maßnahmen im Zusammenhang mit Hochwassereinsätzen und anderen Schadenslagen
- 62 Schiffsbrandbekämpfung
- 63 Katastrophenschutz
- 65 Havariekommando

Ausgaben

- 03 Maßnahmen im Zusammenhang mit Hochwassereinsätzen und anderen Schadenslagen
- 61 Förderung des Feuerwehrwesens
- 62 Schiffsbrandbekämpfung
- 63 Katastrophenschutz
- 65 Havariekommando
- 69 Outputorientierte Personalkosten

Die Ausgaben des Kapitels 0405 - außer MG 03 sowie TG 62, 63, 65 und 69 - werden aus dem Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer und den tatsächlichen Einnahmen des Kapitels 0405 - außer Titel 381 02 sowie MG 03, TG 62, 63 und 65 - finanziert.

Im Kapitel 0405 - außer MG 03 sowie TG 62, 63, 65 und 69 - findet § 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2015 innerhalb des Kapitels Anwendung.

Minderausgaben bei den Titeln 1204 - 519 05, 1204 - 711 05 und 1220 - 517 05 dürfen für Mehrausgaben innerhalb des Kapitels 0405 - außer MG 03 sowie TG 62, 63, 65 und 69 - verwendet werden.

Erläuterungen:

Strategischer Aufgabenbereich: Innere Sicherheit.

2015

	Das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer (Titel 1101 - 059 01) fließt nach § 23 Finanzausgleichsgesetz (FAG) den Kreisen und kreisfreien Städten nach Abzug	
1.	der für den Betrieb, die Unterhaltung und den Ausbau der Landesfeuerwehrschule (LFS) erforderlichen Mittel,	
1.1	Zuschuss LFS	2.163.200
1.2	Bauunterhaltung (Titel 1204 - 519 05 und 711 05)	151.800
1.3	Bewirtschaftung der LFS durch die GMSH (Kapitel 1220)	705.000
2.	eines vom Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten zur Durchführung besonderer Maßnahmen im Bereich des Feuerwehrwesens zur Verfügung stehenden Betrages, der 15 v.H. des Steueraufkommens nicht übersteigen darf, und	592.900
3.	des für die Zuführung an den Kommunalen Investitionsfonds nach § 22 Abs. 2 FAG erforderlichen Betrages (Titel 0405 - 584 61 TG 61)	400.000
	zur Förderung des abwehrenden Brandschutzes und der technischen Hilfe zu (Titel 0405 - 633 61 und 883 61 TG 61)	9.387.100
Zusammen		13.400.000

Einnahmen

111 01	044	Gebühren und tarifliche Entgelte	96,0 153,1	105,0
		Erläuterungen:		
		Einnahmen aus dem Angebot kostenpflichtiger Veranstaltungen und Lehrgangsplätze.		
119 99	044	Vermischte Einnahmen	0,0 0,4	0,0
124 01	044	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	10,0 13,9	10,0

04 05 Feuerwehresen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 124 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Einnahmen aus 1 Dienstwohnung	9.500
2.	Sonstige Einnahmen	500
Summe		10.000

125 01	044	Einnahmen aus der Gewährung von Verpflegung	5,0 22,2	15,0
132 01	044	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0 32,0	4,0
231 01	044	Zuweisungen vom Bund für die Zivilschutzausbildung	90,0 225,3	110,0

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Zuschuss des Bundes für die Ausbildung in Führungs- und Sonderlehrgängen der Feuerwehr, Anteil Zivilschutz.

232 01	045	Erstattungen von Kosten aufgrund von Hilfeinsätzen während des Elbehochwassers in Sachsen-Anhalt	0,0 0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------

Übertragen nach 0405 - 232 03 (MG 03).

381 01	891	Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer	13.000,0 0,0	13.400,0
--------	-----	--	------------------------	-----------------

Erläuterungen:

Das Steueraufkommen wird nach § 23 Finanzausgleichsgesetz vom 10. Dezember 2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 473) zur Förderung des Feuerwehresens und des Brandschutzes verwendet.
Vgl. Titel 1101 - 059 01.

381 02	891	Einnahmen aus der Zweckabgabe zur Förderung des Landesfeuerwehrverbandes	50,0 150,0	288,9
--------	-----	---	----------------------	--------------

Erläuterungen:

Gemäß § 8 Abs. 4 Gesetz zur Ausführung des Ersten Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (Erster GlüÄndStV AG) vom 1. Februar 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 64) bzw. § 34 Abs. 4 Gesetz zur Neuordnung des Glücksspiels (Glücksspielgesetz) vom 20. Oktober 2011 (GVOBl. Schl.-H. S. 280), beide zuletzt geändert durch das Gesetz zur institutionellen Förderung des Landesfeuerwehrverbandes vom 15. Dezember 2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 493) werden aus den Einnahmen aus Lotteriezweckabgaben Mittel zur Finanzierung der institutionellen Förderung des Landesfeuerwehrverbandes bereitgestellt.
Vgl. Titel 1101 - 981 03, Titel 1111 - 981 06 (MG 02) und Titel 0405 - 685 61 (TG 61).

03 Maßnahmen im Zusammenhang mit Hochwassereinsätzen und anderen Schadenslagen

232 03 (MG 03)	045	Erstattungen von Kosten aufgrund von Hilfeinsätzen in anderen Bundesländern	0,0 0,0	0,0
-------------------	-----	--	-------------------	------------

Übertragen von 0405 - 232 01.

Erläuterungen:

Vgl. Titel 633 03 (MG 03).

Summe der Maßnahmegruppe 03			0,0 0,0	0,0
------------------------------------	--	--	-------------------	------------

62 Schiffsbrandbekämpfung

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben der TG 62 zu verwenden.

04 05 Feuerwehrewesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
119 62 (TG 62)	044	Vermischte Einnahmen	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
231 62 (TG 62)	044	Zuweisungen des Bundes	452,9 476,5	433,7
		Erläuterungen: Der Bund trägt 50 v.H. der Ausgaben für die Schiffsbrandbekämpfung. Vgl. Titel 633 62 (TG 62).		
232 62 (TG 62)	044	Zuweisung von Ländern	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
233 62 (TG 62)	044	Zuweisung von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
Summe der Titelgruppe 62			452,9 476,5	433,7
63 Katastrophenschutz				
112 63 (TG 63)	045	Einnahmen der Verwaltungsbereiche Katastrophenschutz	25,0 4,2	15,0
Summe der Titelgruppe 63			25,0 4,2	15,0
65 Havariekommando				
		Erläuterungen: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben der TG 65 zu verwenden.		
232 65 (TG 65)	044	Zuweisung der Länder	499,5 107,1	499,5
		Erläuterungen: Anteil anderer Länder an den Kosten des Havariekommandos. Vgl. Titel 631 65 (TG 65).		
381 65 (TG 65)	891	Erstattung von Kosten für das Havariekommando	121,8 42,1	90,3
		Erläuterungen: Vgl. Titel 0405 - 631 65 (TG 65), 1002 - 981 65 (TG 65) und 1315 - 981 04 (MG 04).		
Summe der Titelgruppe 65			621,3 149,2	589,8
Summe der Einnahmen			14.350,2 1.226,8	14.971,4

04 05 Feuerwehrewesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Ausgaben

422 01	044	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	316,4	316,4
			337,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015
		EUR
1.	Bezüge	309.800
2.	Lehrzulagen	6.600
Summe		316.400

422 03	044	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungs-	31,9	31,9
		dienst	0,0	

427 01	044	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	1,9	1,9
			1,2	

Erläuterungen:

Der Internatsbetrieb der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein erfordert die ständige Vorhaltung des Personals. Bei Erkrankungen ist neben der Anordnung von Mehrarbeitsstunden erforderlich, auch Vertretungs- und Aushilfskräfte einzustellen.

427 02	044	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	10,9	10,9
			55,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für nebenamtliche Lehrkräfte für Sonderthemen, die nicht durch Lehrkräfte der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein abgedeckt werden können (insbesondere für Spezialthemen bei der Ausbildung des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes).

428 01	044	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.036,5	1.036,5
			1.152,5	

453 01	044	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	5,0	5,0
			4,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist das Trennungsgeld für die Anwärterinnen und Anwärter im gehobenen und höheren feuerwehrtechnischen Dienst.

511 01	044	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	65,0	65,0
			44,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015
		EUR
1.	Büromaterial	20.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	10.000
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	1.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	6.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	10.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	7.000
7.	Unterhaltung von Geräten	11.000
8.	Sonstiges	0
Summe		65.000

514 01	044	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	289,0	289,0
			289,4	

Schadenersatzleistungen Dritter und Einnahmen aus der Abgabe von Betriebsstoffen sind von der Ausgabe abzusetzen.

04 05 Feuerwehrewesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 514 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	115.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung	19.000
3.	Verbrauchsmittel	145.000
4.	Sonstiges	10.000
Summe		289.000

Bestand an Kraftfahrzeugen	Soll 2014	Soll 2015	Tatsächlicher Bestand 01.02.2014
Einsatzleitfahrzeuge	1	1	1
Wirtschaftsfahrzeuge	2	2	2
Gefahrgutübungsanlagen	1	1	1
Löschfahrzeuge	7	7	7
Mehrzweckfahrzeuge	5	5	5
Motorgeräte	2	2	2
Rüst- und Gerätewagen	2	1	1
Tragkraftspritzen	5	4	4
Wechselladerfahrzeuge	1	1	1
Abrollbehälter	3	4	4
Zusammen	29	28	28

517 01	044	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	44,5 34,4	44,5
--------	-----	--	--------------	------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Reinigungsmittel für den Küchenbetrieb, Kleinreparaturen	20.000
2.	Wasser, Abwasser, Abfälle	24.500
Summe		44.500

518 99	044	Leasingraten für Kopiergeräte	15,0 15,0	15,0
--------	-----	-------------------------------	--------------	------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Leasing-Kosten für 3 Kopiergeräte der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein.

525 01	044	Aus- und Fortbildung	250,0 236,3	260,0
--------	-----	----------------------	----------------	-------

Erstattungen aufgrund zentraler Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für den Katastrophenschutz/Zivilschutz sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	60.000
2.	Reisekosten und sonstige Nebenkosten	20.000
3.	Lehr- und Lernmittel	140.000
4.	Katastrophenschutzseminare	30.000
5.	Sonstiges	10.000
Summe		260.000

526 04	044	Ausgaben in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	0,5 0,0	0,0
--------	-----	---	------------	-----

04 05 Feuerwehresen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
526 05	044	Ärztliche Untersuchungen	0,5 0,3	0,5
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Kosten für die Untersuchung der Lehrkräfte der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein. Insbesondere nach dem berufsgenossenschaftlichen Grundsatz G 26 muss durch arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen festgestellt werden, ob gegen das Tragen von Atemschutzgeräten gesundheitliche Bedenken bestehen.		
527 01	044	Dienstreisen	5,0 0,7	5,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Kosten für Dienstreisen, insbesondere für die Betreuung der Ausbildung auf der Ebene der Stadt- und Kreisfeuerwehrverbände.		
546 99	044	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbe- träge	2,5 0,7	2,5
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:		
				2015
				EUR
1.		Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen		0
2.		Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen		500
3.		Auslagen für Vorstellungsreisen		0
4.		Sonstige vermischte Ausgaben		2.000
		Summe		2.500
Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommenssteuerrechts verfolgt.				
633 01	045	Erstattungen an Kreise und kreisfreie Städte für Helfereinsätze wäh- rend des Elbehochwassers in Sachsen-Anhalt	0,0 0,0	0,0
		Übertragen nach 0405 - 633 03 (MG 03).		
633 02	045	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Helferein- sätze während des Elbehochwassers in Schleswig-Holstein	0,0 0,0	0,0
		Übertragen nach 0405 - 633 04 (MG 03).		
811 01	044	Erwerb von Fahrzeugen	400,0 0,0	260,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:		
				2015
				EUR
1.		Erstmalige Anschaffungen		
				0
<i>Summe zu 1.</i>				<i>0</i>
2.		Ersatzbeschaffungen		
2.1		Tragkraftspritzenfahrzeug TSF - W		90.000
2.2		Abrollbehälter Rüstwagen		110.000
2.3		Gerätewagen Logistik		60.000
		<i>Summe zu 2.</i>		<i>260.000</i>
		Zusammen		260.000
812 01	044	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	40,0 34,9	60,0

04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 812 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für Geräte für die Ausbildung des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes:

			2015
			EUR
1.	Erstmalige Anschaffungen		
1.1	Geräte für die Ausbildung		20.000
	<i>Summe zu 1.</i>		<i>20.000</i>
2.	Ersatzbeschaffungen		
2.1	Geräte für die Ausbildung		40.000
	<i>Summe zu 2.</i>		<i>40.000</i>
Zusammen			60.000

03 Maßnahmen im Zusammenhang mit Hochwassereinsätzen und anderen Schadenslagen

633 03 (MG 03)	045	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Helfereinsätze in anderen Bundesländern	0,0 243,9	0,0
--------------------------	-----	--	---------------------	------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 232 03 (MG 03) geleistet werden.

Übertragen von 0405 - 633 01.

633 04 (MG 03)	045	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Helfereinsätze in Schleswig-Holstein	350,0 0,0	0,0
--------------------------	-----	---	---------------------	------------

Übertragen von 0405 - 633 02.

Summe der Maßnahmegruppe 03

350,0 243,9	0,0
-----------------------	------------

61 Förderung des Feuerwehrwesens

Erläuterungen:

In der Titelgruppe sind die Zuweisungen an die Träger des Feuerwehrwesens und alle Ausgaben für Maßnahmen zur Förderung des Feuerwehrwesens veranschlagt.

Die Ausgaben der Titelgruppe 61 werden aus dem Aufkommen der Feuerschutzsteuer finanziert und zweckgebunden zur Förderung des Feuerwehrwesens in Schleswig-Holstein verwendet.

526 61 (TG 61)	044	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	0,0 0,0	0,0
--------------------------	-----	---	-------------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 61 (TG 61)	044	Pflege des Informationssystems	0,0 0,0	0,0
--------------------------	-----	---------------------------------------	-------------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

534 61 (TG 61)	044	Kosten der Verwaltungsaufsicht im Feuerwehrwesen und für Aufklärung und Werbung	100,0 62,4	125,0
--------------------------	-----	--	----------------------	--------------

04 05 Feuerweswesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 534 61

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Kosten der Verwaltungsaufsicht	
1.1	Reisekosten, Fachliteratur, Dienstkleidung	12.000
2.	Aufklärung und Werbung in der Feuerwehr	
2.1	allgemein (Brandschutz, Dienstbesprechungen)	1.500
2.2	Herausgabe von Feuerwehr-Dienstvorschriften (FwDV)	10.000
2.3	Herausgabe von Ausbildungsmaterialien	4.500
2.4	Herausgabe der Feuerwehrfachzeitschrift "Feuerwehr"	12.000
2.5	Projekt "kindgerechte Aufklärungsbroschüre" im Rahmen der Brandschutzerziehung/-aufklärung	25.000
3.	Beschaffung von Ehrengaben und Brandschutz-Ehrenzeichen	60.000
Summe		125.000

535 61 (TG 61)	044	Anteilige Kosten für den Digitalfunk	10,0	20,0
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung von BOS-Sicherheitskarten für Digitalfunkgeräte der öffentlichen Feuerwehren. Der Abruf bei der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) erfolgt durch die Autorisierte Stelle Schleswig-Holstein.

584 61 (TG 61)	831	Tilgungsausgaben an Sondervermögen	400,0	400,0
			400,0	

Erläuterungen:

Zuführung der nach § 22 Abs. 2 Finanzausgleichsgesetz vom 10. Dezember 2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 473) aus dem Kommunalen Investitionsfonds in Anspruch genommenen Mittel aus dem "Sondervermögen Landesfeuerwehrschule".

632 61 (TG 61)	044	Beiträge zu den Einrichtungen im Feuerlöschwesen	38,0	38,0
			24,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Beitrag Brandschutzforschung	30.000
2.	Beitrag Normung	6.500
3.	Beitrag Prüfung Einsatzschutzkleidung	1.500
Summe		38.000

633 61 (TG 61)	044	Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte	1.500,0	1.500,0
			1.500,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zuweisungen zu den Kosten der Träger des Feuerwesens für den Besuch von Lehrgängen an der Landesfeuerwehrschule Schleswig-Holstein sowie für Maßnahmen der Aus- und Fortbildung auf Kreisebene gem. § 23 Finanzausgleichsgesetz vom 10. Dezember 2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 473) i.V.m. der Richtlinie zur Förderung des Feuerwesens vom 9. November 2012 (Amtsbl. Schl.-H. S. 1245).

636 61 (TG 61)	044	Beitrag an die Feuerwehr-Unfallkasse Nord	35,0	35,0
			32,9	

Erläuterungen:

Das Land beteiligt sich an den Mehrleistungen der Feuerwehr-Unfallkasse Nord mit einer Zuweisung in Höhe von 50 v.H. aus Mitteln der Feuerschutzsteuer.

684 61 (TG 61)	044	Zuführung an den Landesfeuerwehrverband-Sozialfonds	10,0	10,0
			0,0	

Erläuterungen:

Der Landesfeuerwehrverband Schleswig-Holstein verfügt über einen Sozialfonds, aus dem er freiwillige Zuwendungen bei Feuerwehrunfällen gewährt. Das Land trägt davon 50 v.H. und hat den Fonds mit einem Grundkapital in Höhe von 40,0 T€ ausgestattet.

04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
685 61 (TG 61)	044	Zuschüsse an Körperschaften, Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen	119,9 204,7	357,6
Ausgaben dürfen bis zu einer Höhe von 69,9 T€, darüber hinaus bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 381 02 geleistet werden.				
Erläuterungen:				
Zuwendung				
Veranschlagt sind:				
				2015
				EUR
1.		Institutionelle Förderung des Landesfeuerwehrverbandes		337.600
2.		Feuerwehrtechnische Veranstaltungen der Jugendfeuerwehren		10.000
3.		Landeszentralstelle Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV)		10.000
Summe				357.600
Neben der institutionellen Förderung werden besondere Maßnahmen des Landesfeuerwehrverbandes und der schleswig-holsteinischen Jugendfeuerwehren gefördert, insbesondere Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Feuerwehren. Vgl. Titel 381 02.				
686 61 (TG 61)	044	Zuschüsse an den Landesfeuerwehrverband für den Betrieb der Ausbildungsstätte Rendsburg	185,0 211,2	185,0
Erläuterungen:				
Zuwendung				
Das Jugendfeuerwehrzentrum Schleswig-Holstein in Rendsburg erhält aus Mitteln der Feuerschutzsteuer einen Zuschuss zu den laufenden Betriebskosten (Vertrag vom 26. Oktober 1999).				
812 61 (TG 61)	044	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	10,0 227,1	110,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				
				2015
				EUR
1.		100 Handsprechfunkgeräte mit Handmikrofonen für den BOS-Digitalfunk		75.000
2.		Zubehör für Handsprechfunkgeräte (Akkus, Ladegeräte, Sprechgarnituren und Schutztaschen)		12.500
3.		4 mobile Funkanlagen für den BOS-Digitalfunk		9.000
4.		Zubehör für mobile Funkanlagen (Antennen, Koppler und Stecker für BOS-Sicherheitskarten)		7.500
5.		1 Messgerät zur Ermittlung der Funkversorgungsgüte des BOS-Digitalfunknetzes		6.000
Summe				110.000
883 61 (TG 61)	044	Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte für Investitionen	7.723,1 7.972,1	7.887,1
Erläuterungen:				
Das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer fließt gem. § 23 Finanzausgleichsgesetz vom 10. Dezember 2014 (GVObI. Schl.-H. S. 473) nach der Finanzierung besonderer Maßnahmen den Kreisen und kreisfreien Städten zu.				
Summe der Titelgruppe 61			10.131,0 10.635,2	10.667,7

62 Schiffsbrandbekämpfung

Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen der TG 62 - mit Ausnahme des Titels 231 62 - überschritten werden.

04 05 Feuerwehrewesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Erläuterungen:

In der Titelgruppe sind die Mittel für Aufgaben der Sicherstellung der Schiffsbrandbekämpfung auf der Seewasserstraße Ostsee sowie dem Nord-Ostsee-Kanal veranschlagt, soweit nicht die Zuständigkeit des Bundes gegeben ist.

Des Weiteren sind in der Titelgruppe die Mittel für den Feuer- und Katastrophenschutz auf der Unterelbe im Raum Cuxhaven/ Brunsbüttel veranschlagt. Aufgrund der hierzu in 1990 geschlossenen Vereinbarung erstattet der Bund dem Land 50 v.H. der an die Stadt Brunsbüttel zu zahlenden Leistungen für die laufenden zusätzlichen Personal- und Sachkosten der freiwilligen Feuerwehr (Titel 633 62) und das Land dem Bund 50 v.H. der laufenden Kosten für das Chartern eines Feuerlöschschleppers (Titel 631 62).

511 62 (TG 62)	044	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0 0,0	0,0
--------------------------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

525 62 (TG 62)	044	Aus- und Fortbildung	24,0 9,9	24,0
--------------------------	-----	-----------------------------	--------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Aus- und Fortbildungskosten an der Marinetechnikschule in Neustadt und an der Landesfeuerwehrschule Schleswig-Holstein in Harrislee sowie gegebenenfalls anderen Ausbildungseinrichtungen.

527 62 (TG 62)	044	Dienstreisen	0,0 0,0	0,0
--------------------------	-----	---------------------	-------------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 62 (TG 62)	044	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0 0,0	0,0
--------------------------	-----	---	-------------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

631 62 (TG 62)	044	Landesanteil für die Bereitstellung eines Feuerlöschschleppers	56,5 28,2	56,5
--------------------------	-----	---	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Die Bereitstellung eines Feuerlöschschleppers für den Feuerschutz auf der Unterelbe (einschl. Übungen) erfolgt durch private Gesellschaften. Veranschlagt ist der Kostenanteil des Landes in Höhe von 50 v.H. bei einer Kostenübernahme des Bundes gemäß Vertrag vom 9. Februar/15. Mai/30. Mai 1990.

633 62 (TG 62)	044	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	867,4 953,0	867,4
--------------------------	-----	--	-----------------------	--------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 62 (TG 62) geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2015
			EUR
1.	BF Kiel		135.800
2.	BF Flensburg		135.800
3.	BF Lübeck		135.800
4.	FF Brunsbüttel		460.000
Summe			867.400

Der Bund trägt 50 v.H.; vgl. Titel 231 62 (TG 62).

812 62 (TG 62)	044	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	38,4 0,0	0,0
--------------------------	-----	--	--------------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Titelgruppe 62			986,3 991,1	947,9
---------------------------------	--	--	-----------------------	--------------

04 05 Feuerwehrewesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
63 Katastrophenschutz				
511 63	045	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	9,5	12,0
(TG 63)			14,7	
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				
				2015
				EUR
1.		Büromaterial		500
2.		Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u. ä.		0
3.		Druck- und Buchbindearbeiten		0
4.		Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren		10.000
5.		Ersatzbeschaffung von Geräten		1.000
6.		Ergänzungsbeschaffung von Geräten		0
7.		Unterhaltung von Geräten		500
8.		Sonstiges		0
Summe				12.000
<hr/>				
514 63	045	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	6,0	6,0
(TG 63)			2,5	
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				
				2015
				EUR
1		Haltung von Dienstfahrzeugen		5.500
2		Sonstiges		500
Summe				6.000
<hr/>				
517 63	045	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1,0	1,0
(TG 63)			1,0	
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Kosten für die behelfsmäßige Unterkunft in Lindewitt				
				2015
				EUR
1.		Heizung		100
2.		Elektrizität		700
3.		Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung		100
4.		Sonstiges		100
Summe				1.000
<hr/>				
525 63	045	Aus- und Fortbildung	4,0	3,0
(TG 63)			0,0	
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Kosten für die Aus- und Fortbildung in Fragen des Katastrophenschutzes, Besuche der Landesfeuerweherschule sowie der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz.				
527 63	045	Dienstreisen	5,5	6,5
(TG 63)			7,0	
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				
				2015
				EUR
1.		Reisekosten für Inlandsdienstreisen		5.500
2.		Reisekosten für Auslandsdienstreisen		1.000
Summe				6.500

04 05 Feuerwehrewesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

534 63 045 **Planspiele, Übungen, zentrale Ausbildungsveranstaltungen und Kosten der Führungsstäbe** **110,0** **105,0**
(TG 63) 25,0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für Übungen und Schulungen sowie die Ausstattung für den Katastrophenschutz im Gemeinsamen Lage- und Führungszentrum:

		2015
		EUR
1.	Kosten des Führungsstabes Katastrophenschutz sowie des Interministeriellen Leitungsstabes	5.000
2.	Kosten für Übungen des Führungsstabes Katastrophenschutz im Zusammenwirken mit den Stäben der unteren Katastrophenschutzbehörden sowie den Kräften des Katastrophenschutzdienstes	15.000
3.	Kosten für Übungen, Schulungen sowie Beratung im Zusammenhang mit dem Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen	15.000
4.	Kosten für Übungen, Schulungen sowie Beratung im Zusammenhang mit dem Katastrophenschutz außerhalb kerntechnischer Anlagen	15.000
5.	Kosten für Übungen, Schulungen sowie Beratungen im Zusammenwirken mit den Führungskräften des Führungskräfte-Pools, der Bereitschaftsführungen der Feuerwehrbereitschaften und den Führungskräften der Medizinischen Task Force	10.000
6.	Kosten der Ausstattung des gemeinsamen Lage- und Führungszentrums	20.000
7.	Kosten für die Erstellung externer Notfallpläne, Beratungen, Schulungen und Übungen gemäß Richtlinie 96/82/EG (Seveso-II-Richtlinie) i.V.m. 12. BImSchV	25.000
Summe		105.000

536 63 045 **Vorsorgemaßnahmen für den Katastrophenschutz** **100,0** **50,0**
(TG 63) 42,3

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Fachberatung Strahlenschutz in Notfallsituationen kerntechnischer Anlagen und die Vorkhaltung des Institutes für Strahlenmessung (TÜV-Nord SysTec), sowie für die Beschaffung und Wartung von Geräten und Ausstattungsgegenständen für den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen.

546 63 045 **Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlträge** **1,0** **1,0**
(TG 63) 0,0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015
		EUR
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	900
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0
4.	sonstige vermischte Ausgaben	100
Summe		1.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommenssteuerrechts verfolgt.

633 63 045 **Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte für Zwecke des Katastrophenschutzes** **493,0** **490,0**
(TG 63) 456,7

Erläuterungen:

Zuwendung

04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 633 63

Gemäß § 34 des Gesetzes über den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein (LKatSG) vom 10. Dezember 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 664), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Januar 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 12) und der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes vom 24. November 2014 (Amtsbl. Schl.-H. S. 851) gewährt das Land im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel Zuwendungen an die Kreise und kreisfreien Städte für zentrale Förderungsmaßnahmen und die Durchführung von Schwerpunktaufgaben im Katastrophenschutz. Seit 2010 sind die Unterhaltungskosten anteilig für nunmehr 226 vom Bund übernommene Katastrophenschutzfahrzeuge zusammen mit den Kreisen und kreisfreien Städten zu tragen.

Veranschlagt sind:

		2015
		EUR
1.	Anteil des Landes an den Kosten für die Ausbildung und die Übungen der Helferinnen und Helfer am Standort (grundsätzlich 50 v.H.)	180.000
2.	Anteil des Landes an den Kosten für die Ausbildung der Führungskräfte (100 v.H.)	45.000
3.	Anteil des Landes an den Kosten für die Unterhaltung der Katastrophenschutzfahrzeuge (grundsätzlich 50 v.H.)	265.000
Summe		490.000

684 63	045	Zuschüsse an Hilfsorganisationen für Mitwirkung im Katastrophenschutz	93,5	93,0
(TG 63)			89,5	

Erläuterungen:

Zuwendung

Gemäß § 34 des Gesetzes über den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein (LKatSG) vom 10. Dezember 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 664), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Januar 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 12) und der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes vom 24. November 2014 (Amtsbl. Schl.-H. S. 851) gewährt das Land im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel Zuwendungen an die Träger der privaten Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzdienstes auf Landesebene mit wenigstens 50 Einsatzkräften oder mehr als zwei Einzeleinheiten. Bezuschusst werden die Verwaltungskosten sowie die Kosten für die Ausbildung und Ausrüstung der Helferinnen und Helfer in den örtlichen Gliederungen, soweit diese nicht vom Bund oder den Kreisen und kreisfreien Städten finanziert werden.

Zuwendungen erhalten:

1. Arbeiter-Samariter-Bund
2. Deutsches Rotes Kreuz
3. Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft
4. Johanniter-Unfall-Hilfe
5. Malteser Hilfsdienst

Für die Vorhaltung des Einsatz- und Logistikzentrums erhält das Deutsche Rote Kreuz zusätzlich einen Betrag von 5.000 €.

811 63	045	Erwerb von Fahrzeugen	0,0	0,0
(TG 63)			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

883 63	045	Zuweisungen für Investitionen an Kreise und kreisfreie Städte	784,0	980,0
(TG 63)			777,9	

Erläuterungen:

Zuwendung

04 05 Feuerwehrewesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 883 63

Gemäß § 34 des Gesetzes über den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein (LKatSG) vom 10. Dezember 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 664), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Januar 2008 (GVOBl. Schl.-H- S. 12) und der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes vom 24. November 2014 (Amtsbl. Schl.-H. S. 851) gewährt das Land im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel Zuwendungen an die Kreise und kreisfreien Städte für zentrale Förderungsmaßnahmen und für die Durchführung von Schwerpunktaufgaben im Katastrophenschutz.

1975 wurde ein langfristiges Investitions- und Ersatzbeschaffungsprogramm zur Komplettierung der Ausstattung der Einheiten und Einrichtungen des friedensmäßigen Katastrophenschutzes aufgelegt. Aus diesem Programm werden neben den Ersatzbeschaffungen für die vom Land bezuschussten Einsatzfahrzeuge auch die zukünftigen Ergänzungsbeschaffungen zur Aktualisierung der Katastrophenschutzausstattung in Schleswig-Holstein mitfinanziert.

In den Jahren 1995 und 2010 wurden vom Bund Katastrophenschutzfahrzeuge übernommen, von denen zur Zeit noch 226 Fahrzeuge im Einsatz sind. Diese Fahrzeuge, die zum Teil älter als 25 Jahre sind, müssen in den nächsten Jahren ersetzt werden, um weiterhin einen funktionsfähigen Katastrophenschutz gewährleisten zu können.

In Schleswig-Holstein sind ca. 630 Katastrophenschutzfahrzeuge vorhanden. Diese sollen in den Jahren 2015 bis 2019 mit Digitalfunkgeräten ausgerüstet werden. Eine zeitnahe Umrüstung dieser Fahrzeuge auf den Digitalfunk ist für einen funktionierenden Katastrophenschutz unerlässlich.

Die Kosten werden grundsätzlich zu zwei Dritteln vom Land getragen. Maßnahmen mit besonderer einsatztaktischer Bedeutung werden im Einzelfall bis zu 100 v.H. gefördert.

Folgende Beschaffungen sind erforderlich:

			2015
			EUR
1.	Ersatzbeschaffungen ehemaliger Bundeskatastrophenschutzfahrzeuge		
1.1	Gerätewagen Logistik/Betreuung - 3 Kfz		135.000
1.2	Löschgruppenfahrzeug Katastrophenschutz 1 Kfz		150.000
1.3	Gerätewagen Sanität - 2 Kfz		180.000
	<i>Summe zu 1.</i>		<u>465.000</u>
2.	Katastrophenschutzfahrzeuge Land		
2.1	Führungskraftwagen/Einsatzleitwagen - 1 Kfz		40.000
2.2	Mannschaftstransportwagen - 2 Kfz		60.000
	<i>Summe zu 2.</i>		<u>100.000</u>
3.	Fachdienstausrüstung, Funkgeräte, persönliche Schutzausrüstung		
3.1	Digitale Funkgeräte		350.000
3.2	Messausstattung chemische Stoffe für die Reaktorerkundungstruppkraftwagen - 4 Geräte		40.000
3.3	Stabsunterstützungssystem		25.000
	<i>Summe zu 3.</i>		<u>415.000</u>
Zusammen			<u>980.000</u>

Mehr durch erhöhten Ersatzbeschaffungsbedarf aufgrund des Alters der Katastrophenschutzfahrzeuge.

Summe der Titelgruppe 63		1.607,5	1.747,5
		1.416,6	
65	Havariekommando		
631 65	044 Anteil an den Kosten für das Havariekommando (Brandschutz)	713,5	682,0
(TG 65)		208,7	

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 381 65 (TG 65) und der Mehreinnahmen bei Titel 232 65 (TG 65) geleistet werden.

04 05 Feuerwehrewesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 631 65

Erläuterungen:

Die Kosten der Länder für das Havariekommando werden vom Land Schleswig-Holstein als Abrechnungsstelle gegenüber dem Bund getragen. Die Länder erstatten dem Land Schleswig-Holstein die von ihnen zu tragenden Anteile. Vgl. Titel 232 65 (TG 65).

Auf Schleswig-Holstein entfallen nach dem Verteilungsschlüssel des Schadstoffbekämpfungsabkommens 30 v.H. der Gesamtkosten für das Havariekommando.

Summe der Titelgruppe 65	713,5	682,0
	208,7	

69 Outputorientierte Personalkosten

Erläuterungen:

Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten.

422 69	044	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	445,1	345,1
(TG 69)			393,7	

100,0 T€ übertragen nach 0405 - 428 69 (TG 69).

428 69	044	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	456,8	556,8
(TG 69)			481,7	

100,0 T€ übertragen von 0405 - 422 69 (TG 69).

Summe der Titelgruppe 69	901,9	901,9
	875,4	

Summe der Ausgaben	17.204,8	17.351,1
	16.578,0	

04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	136,0 225,8	149,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	1.042,4 808,9	1.043,2
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	13.171,8 192,1	13.779,2
Gesamteinnahmen			14.350,2 1.226,8	14.971,4
41 - 49		Personalausgaben	2.304,5 2.426,4	2.304,5
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.043,0 786,0	1.035,0
56 - 59		Schuldendienst	400,0 400,0	400,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	4.461,8 3.953,6	4.314,5
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	8.995,5 9.012,0	9.297,1
Gesamtausgaben			17.204,8 16.578,0	17.351,1
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-2.854,6 -15.351,2	-2.379,7

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Das Kapitel 04 07 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

- 02 Integration von Migrantinnen und Migranten
- 03 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten
- 65 Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein

Ausgaben

- 02 Integration von Migrantinnen und Migranten
- 03 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten
- 65 Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein
- 69 Outputorientierte Personalkosten

Erläuterungen:

Strategischer Aufgabenbereich: Ausländer- und Migrationsangelegenheiten.

Das Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein wurde zum 1. April 1993 als Landesoberbehörde errichtet. Die Aufgaben bestimmen sich nach dem Landesaufnahmegesetz (LAufnG) vom 23. November 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 391), zuletzt geändert durch Landesverordnung vom 4. April 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 143) und der Ausländer- und Aufnahmeverordnung (AuslAufnVO) vom 19. Januar 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 101), zuletzt geändert durch Verordnung vom 4. April 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 143).

Einnahmen

02 Integration von Migrantinnen und Migranten

119 06	291	Einnahmen aus zurückzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen	10,0	20,0
(MG 02)			56,9	

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben in der MG 02 zu verwenden.

Summe der Maßnahmegruppe 02	10,0	20,0
	56,9	

03 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten

119 02	235	Erstattungen im Rahmen von Asylverfahren	250,0	300,0
(MG 03)			437,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erstattungen von Ausländerbehörden im Rahmen des Asylverfahrens (Erstattung der Abschiebungskosten) und der abgerechneten Sicherheitsleistungen von Asylbegehrenden und sonstigen Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Kosten der Ab- oder Zurückschiebung).

119 99	235	Vermischte Einnahmen	0,0	0,0
(MG 03)			0,0	

231 01	235	Einnahmen von Fördermitteln der EU für die Neuansiedlung von Flüchtlingen in Schleswig-Holstein	0,0	0,0
(MG 03)			37,6	

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 633 02 (MG 03) zu verwenden.

Summe der Maßnahmegruppe 03	250,0	300,0
	475,4	

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
		65 Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein		
		119 65 235 Vermischte Einnahmen	2,0	0,0
		(TG 65)	0,0	
Summe der Titelgruppe 65			2,0	0,0
			0,0	
Summe der Einnahmen			262,0	320,0
			532,3	

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
Ausgaben				
546 01	291	Integrationsministerkonferenz	27,5 0,0	45,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Kosten im Zusammenhang mit der 10. Integrationsministerkonferenz (IntMK). Schleswig-Holstein hat den Vorsitz und die Geschäftsführung der IntMK vom 1. Oktober 2014 bis zum 30. September 2015.		
02 Integration von Migrantinnen und Migranten				
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen der MG 02 überschritten werden. Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe und mit der MG 03.		
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Mittel für Zuschüsse • zur personenbezogenen Beratung von Migrantinnen und Migranten sowie • zur Steigerung der Teilhabe von Migrantinnen und Migranten		
526 01 (MG 02)	291	Informationsveranstaltungen	0,0 0,0	0,0
		weggefallen		
526 03 (MG 02)	291	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	0,0 0,0	1,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Kosten für die Durchführung von Workshops und Veranstaltungen zur Begleitung der Umsetzung der Migrations- und Integrationsstrategie des Landes Schleswig-Holstein sowie Fahrtkosten und Aufwandsentschädigungen für Sachverständige und für Vor-Ort-Termine der Mitglieder des Landesbeirats für Migration und Integration.		
533 02 (MG 02)	291	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Auftragsformen	0,0 2,4	3,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die anteiligen Kosten für die Erstellung des Länder-Integrationsmonitoring-Berichts, der seit dem Jahr 2011 im Rhythmus von zwei Jahren erstellt wird.		
535 01 (MG 02)	291	Informationsveranstaltungen	2,0 4,4	2,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Kosten für integrationspolitische Koordinierungsrunden sowie für die Durchführung von Informationsveranstaltungen, Kampagnen und für Informationsmaterial.		
633 03 (MG 02)	291	Erstattungen für die Betreuung dezentral untergebrachter Asylbewerberinnen und Asylbewerber	0,0 0,0	3.200,0
		2 Mio.€ übertragen von Kap. 0407 - 633 01 (MG 03). § 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2015 findet keine Anwendung.		
		Erläuterungen: Mit der Gewährung einer Betreuungskostenpauschale an die Kreise und kreisfreien Städte soll eine adäquate Betreuung der in den Kommunen aufhaltigen, dezentral untergebrachten Asylbewerberinnen und Asylbewerbern unterstützt werden. Daneben soll mit 200.000 Euro das ehrenamtliche Engagement im Rahmen der Betreuung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern gefördert werden.		
681 02 (MG 02)	291	Integrationspreis	15,0 7,4	0,0
		Erläuterungen: Die Verleihung eines Integrationspreises zur Würdigung der Arbeit von Initiativen und Verbänden im Integrationsbereich erfolgt im Zweijahresrhythmus.		
684 01 (MG 02)	291	Institutionelle Förderung von Migrantenorganisationen	240,0 240,0	240,0
		Erläuterungen: Zuwendung		

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 684 01

Veranschlagt sind die institutionellen Förderungen folgender Organisationen:

			2015	
			EUR	
1.	Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.			120.000
2.	Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein e.V.			120.000
Summe				240.000

684 02 (MG 02)	291	Förderung von Sprache und Erstorientierung	150,0	2.000,0
			50,0	

Erläuterungen:

Zuwendung

Veranschlagt sind die Kosten für die Durchführung von sprachlichen und Erstorientierungsmaßnahmen für Flüchtlinge. Mehr wegen steigender Teilnehmerzahlen sowie des Aufbaus der Sprachförderung in der Erstaufnahme des Landes.

684 03 (MG 02)	291	Etablierung einer Willkommenskultur in Kommunen	0,0	100,0
			0,0	

Übertragen von 0407 - 684 06 (MG 02).

Erläuterungen:

Zuwendung

Veranschlagt sind die Kosten für die Durchführung von Projekten in vier schleswig-holsteinischen Kreisen und kreisfreien Städten zum Thema Etablierung einer Willkommenskultur als Strukturwandelprozess im ländlichen Raum im Vergleich zu kreisfreien Städten.

684 04 (MG 02)	291	Stärkung der strukturellen Partizipation von Migrantinnen und Migranten	0,0	20,0
			0,0	

Übertragen von 0407 - 684 06 (MG 02).

Erläuterungen:

Zuwendung

Veranschlagt sind die Kosten zur Stärkung der strukturellen Partizipation von Migrantinnen und Migranten u.a. über die regionalen und landesweit tätigen Partizipationsgremien in Schleswig-Holstein.

684 05 (MG 02)	291	Integrationsmanagement auf Landes- und Kommunalebene	0,0	50,0
			0,0	

Übertragen von 0407 - 684 06 (MG 02).

Erläuterungen:

Zuwendung

Veranschlagt sind die Kosten zur Sicherstellung eines Integrationsmanagements auf Landes- und Kommunalebene, das alle Akteure im Sinne eines ganzheitlich agierenden Standorts mit einbezieht.

684 06 (MG 02)	291	Projekte zum Aktionsplan Integration	215,0	70,0
			146,5	

80,0 T€ übertragen nach 0407 - 684 03 (MG 02).
20,0 T€ übertragen nach 0407 - 684 04 (MG 02).
50,0 T€ übertragen nach 0407 - 684 05 (MG 02).

Erläuterungen:

Zuwendung

Der Aktionsplan Integration Schleswig-Holstein "Vielfalt macht stark" hat die neue Integrationspolitik auf die Verwirklichung von Chancengerechtigkeit in den staatlichen und nichtstaatlichen Strukturen sowie auf den Aufbau einer Willkommens- und Anerkennungskultur ausgerichtet. Veranschlagt sind Zuschüsse für zwei auslaufende Teilhabeprojekte.

684 15 (MG 02)	291	Migrationssozialberatung	1.580,0	1.640,0
			1.560,7	

Erläuterungen:

Zuwendung

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 684 15

Veranschlagt sind Zuschüsse für die Personal- und Sachkosten zur Sicherstellung der landesweiten wohnortnahen migrations-spezifischen Beratung von Migrantinnen und Migranten (Zuwanderer-Integrations-Management und zur Unterstützung in migra-tionsspezifischen Bedarfslagen) inkl. 60.000 Euro zur Förderung der Zentralen Bildungs- und Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein e.V. (ZBBS).

Es handelt sich um eine Maßnahme des Landes nach § 45 Aufenthaltsgesetz vom 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. September 2013 (BGBl. I S. 3556), und ergänzt die nicht flächendeckenden und nicht für alle Migrantinnen und Migranten geöffneten bundesfinanzierten Angebote.

684 16	291	Maßnahmen der Beratung von traumatisierten Flüchtlingen	0,0	100,0
	(MG 02)		0,0	

Die Ausgaben sind gesperrt. Die Leistung der Ausgaben bedarf der Einwilligung des Finanzausschusses.

Erläuterungen:

Zuwendung

Veranschlagt sind Zuschüsse zur landesweiten Beratung von traumatisierten Flüchtlingen.

Summe der Maßnahmegruppe 02	2.202,0	7.426,0
	2.011,4	

03 Aufnahme und Verteilung von Migran-tinnen und Migranten

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe und mit der MG 02.

Erläuterungen:

Das Land Schleswig-Holstein nimmt folgende Migrantengruppen auf: Asylbegehrende, Spätaussiedler, jüdische Zuwanderer, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge, Personen im Rahmen bundesweiter humanitärer Aufnahmeaktionen sowie unerlaubt eingereiste Ausländer.

Asylbegehrende werden in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes aufgenommen und von dort auf eine zugeordnete Gemein-schaftsunterkunft (ZGU) oder auf die Kreise und kreisfreien Städte verteilt.

Das Land erstattet den Gemeinden und Gemeindeverbänden Aufwendungen, die ihnen durch die Aufnahme und Unter-bringung von Asylbegehrenden und weiteren nach dem Asylbewerberleistungsgesetz leistungsberechtigten Personen ent- stehen. Rechtsgrundlage hierfür ist das Asylbewerberleistungsgesetz vom 5. August 1997 (BGBl. I S. 2022), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 22. November 2011 (BGBl. I S. 2258), in Verbindung mit § 2 Satz 3 des Gesetzes zur Ausfüh-rung des Asylbewerberleistungsgesetzes vom 11. Oktober 1993 (GVOBl. Schl.-H. S. 498), zuletzt geändert durch Landesver- ordnung vom 4. April 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 143), sowie der Landesverordnung über die Erstattung von Aufwendungen für leistungsberechtigte Personen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Erstattungsverordnung) vom 5. Dezember 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 725), zuletzt geändert durch Landesverordnung vom 4. April 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 143), sowie dazu erlassene Verwaltungsvorschriften.

Spätaussiedler, jüdische Zuwanderer, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge sowie unerlaubt eingereiste Ausländer werden in einer Aufnahmeeinrichtung des Landes aufgenommen und von dort auf die Kreise und kreisfreien Städte verteilt. Für die Dauer ihres Aufenthalts in der Landesunterkunft trägt das Land für diese Personen, wie auch für die untergebrachten Asylbegeh- renden, nach § 4 Abs. 1 Satz 1 des Landesaufnahmegesetzes vom 23. November 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 391), zuletzt geändert durch Landesverordnung vom 4. April 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 143), die Kosten. Die Landesunterkunft wird vom Landesamt für Ausländerangelegenheiten betrieben.

Personen im Rahmen bundesweiter humanitärer Aufnahmeaktionen werden in aller Regel unmittelbar auf die Kreise und kreis- freien Städte verteilt.

526 02	235	Dolmetscherkosten	25,0	25,0
	(MG 03)		14,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die für die Durchführung der Asylverfahren notwendigen Dolmetscherkosten.

533 01	235	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	3.105,5	10.460,0
	(MG 03)		3.392,7	

14,5 T€ übertragen nach 1220 - 517 91.

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 533 01

Erläuterungen:

Das Land betreibt in Neumünster eine Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer, (Bürger-) Kriegsflüchtlinge, Personen im Rahmen bundesweiter, humanitärer Aufnahmeaktionen sowie unerlaubt eingereiste Ausländer und in Boostedt eine weitere Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende.

Veranschlagt sind folgende durch Werkverträge vergebene Leistungen:

		2015
		EUR
1.	Kosten für die ärztliche Versorgung	4.530.000
2.	Kosten für den Küchenbetrieb	2.466.100
3.	Kosten für die Unterbringung, Betreuung und Beratung	2.348.900
4.	Kosten für den Wachdienst	805.000
5.	Kosten für Willkommenskurse für Asylsuchende	160.000
6.	Kosten für Shuttle-Transfer	150.000
Summe		10.460.000

Mehr wegen der Erweiterung der Aufnahmekapazitäten des Landes sowie der Anpassung an die Ausgabenentwicklung als Folge des starken Anstiegs der Zugangszahlen bei den Asylsuchenden.

534 01	235	Kosten der Rückführung	400,0	450,0
(MG 03)			416,9	

Erläuterungen:

Neben den Abschiebungen und Zurückschiebungen in eigener Zuständigkeit führt das Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein im Wege der Amtshilfe auch die Abschiebungen und Zurückschiebungen für Ausländerbehörden in Schleswig-Holstein sowie anderer Bundesländer gegen Kostenerstattung durch.

Veranschlagt sind auch die Kosten für die Inanspruchnahme von Haftplätzen in der Abschiebehafteinrichtung Eisenhüttenstadt gem. Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern Schleswig-Holstein und Brandenburg über die Unterbringung von Abschiebungshaftgefangenen vom 20. Juli 2010.

Mehr wegen Anpassung an die Ausgabenentwicklung als Folge des starken Anstiegs der Zugangszahlen bei den Asylsuchenden.

534 02	235	Kosten des Transports und der Verteilung	60,0	140,0
(MG 03)			73,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Transportkosten im Rahmen der Erstverteilung (in andere Bundesländer) und der Zweitverteilung innerhalb Schleswig-Holsteins (Verteilung auf die Kreise und kreisfreien Städte).

Mehr wegen der Erweiterung der Aufnahmekapazitäten des Landes sowie der Anpassung an die Ausgabenentwicklung als Folge des starken Anstiegs der Zugangszahlen bei den Asylsuchenden.

546 99	235	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	0,0	0,0
(MG 03)			13,4	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

633 01	287	Erstattungen von Leistungen im Rahmen der Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten	42.780,0	71.734,0
(MG 03)			32.294,6	

2 Mio.€ übertragen nach Kap. 0407 - 633 03 (MG 02).
§ 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2015 findet keine Anwendung.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015
		EUR
1.	Erstattungen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	69.850.000
2.	Gewährung von Taschengeld nach § 3 Asylbewerberleistungsgesetz	1.784.000
3.	Förderung der freiwilligen Rückkehr im Rahmen der Bund-/Länderprogramme REAG und GARP	100.000
Summe		71.734.000

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 633 01

Zu Position 1:

Die den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Rahmen der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz leistungsberechtigten Personen entstehenden Aufwendungen werden gemäß der Erstattungsverordnung vom 5. Dezember 1996 (GVObI. Schl.-H. S. 725), zuletzt geändert durch Landesverordnung vom 4. April 2013 (GVObI. Schl.-H. S. 143), in Verbindung mit dem Erstattungserlass vom 25. Februar 2004, zuletzt geändert durch Erlass vom 24. Februar 2014 -IV 218 - 483.0223.31-, vom Land zu 70 v.H. erstattet. Die Erstattungsregelung sieht vor, dass die Kommunen vierteljährliche Abschlagszahlungen erhalten, die im jeweiligen Folgejahr von den Kommunen abschließend abgerechnet werden.

Zu Position 2:

Das Landesamt für Ausländerangelegenheiten ist Leistungsbehörde für Leistungen nach § 3 Asylbewerberleistungsgesetz für die in den Landesaufnahmeeinrichtungen untergebrachten Asylsuchenden. In diesem Zusammenhang erhalten die untergebrachten Personen einen Geldbetrag zur Deckung des soziokulturellen Existenzminimums (Taschengeld).

Zu Position 3:

Darüber hinaus beteiligt sich das Land zu 35 v.H. an den Aufwendungen der vom Bund geförderten Rückkehrprogramme "REAG" und "GARP" für Flüchtlinge, die aus Schleswig-Holstein freiwillig in ihre Heimat zurückkehren. Der Bund trägt 50 v.H. der Kosten, die Kommunen übernehmen 15 v.H.

Mehr wegen des starken Anstiegs der Zugänge an Asylbegehrenden, der gestiegenen Grundleistungen nach § 3 Asylbewerberleistungsgesetz sowie der gestiegenen Regelsätze nach der Regelbedarfsstufen-Fortschreibungsverordnung 2015.

633 02	235	Fördermitteln der EU für die Neuansiedlung von Flüchtlingen in Schleswig-Holstein	0,0	0,0
(MG 03)			33,2	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 231 01 (MG 03) geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Fördermittel der EU für die Neuansiedlung von Flüchtlingen in Schleswig-Holstein werden an die Kommunen für die Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen humanitärer Aufnahmeaktionen bzw. Resettlement weitergeleitet.

883 01	235	Zuweisungen an kommunale Gebietskörperschaften für die Herrichtung von Unterkünften	2.000,0	3.000,0
(MG 03)			0,0	

Erläuterungen:

Nach der Erstattungsverordnung vom 5. Dezember 1996 (GVObI. Schl.-H. S. 725), zuletzt geändert durch Landesverordnung vom 4. April 2013 (GVObI. Schl.-H. S. 143), in Verbindung mit dem Erstattungserlass vom 25. Februar 2004 -IV 613 - 483.0223.31-, zuletzt geändert durch Erlass vom 24. Februar 2014 -IV 218 - 483.0223.31- erstattet das Land 70 v.H. der Kosten für die Herrichtung von Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende.

Veranschlagt sind je 1.500.000 Euro für dezentrale Unterkünfte der Ämter und amtsfreien Gemeinden sowie für anerkannte Gemeinschaftsunterkünfte der Kreise und kreisfreien Städte.

Summe der Maßnahmegruppe 03			48.370,5	85.809,0
			36.238,9	

65 Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe mit Ausnahme der Titel der Obergruppe 42.

Erläuterungen:

In der Titelgruppe 65 sind die Ausgaben für das Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein in Neumünster zentral veranschlagt.

422 65	235	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	390,0	390,0
(TG 65)			344,8	

427 65	235	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	0,0
(TG 65)			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 65	235	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	890,0	1.700,0
(TG 65)			938,2	

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 428 65

810,0 T€ übertragen von 0401 - 422 01.

453 65 (TG 65)	235	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	0,0 0,0	0,0
--------------------------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

511 65 (TG 65)	235	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	34,5 30,5	71,6
--------------------------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2015	
			EUR	
1.	Büromaterial			12.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.			11.000
3.	Druck- und Buchbindearbeiten			1.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren			12.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten			2.500
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten			31.600
7.	Unterhaltung von Geräten			1.500
Summe				71.600

Mehr wegen der Erweiterung der Erstaufnahmekapazitäten des Landes.

514 65 (TG 65)	235	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	30,0 21,6	40,0
--------------------------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2015	
			EUR	
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen			20.000
2.	Verbrauchsmittel			20.000
Summe				40.000

Bestand an Kraftfahrzeugen

	Soll 2014	Soll 2015	Tatsächlicher Bestand 01.02.2014
Personenkraftwagen	2	3	2
Transporter	2	3	2
Zusammen	4	6	4

518 65 (TG 65)	235	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	5,0 2,9	5,0
--------------------------	-----	---	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Gerätemieten und Kosten für die Wartungen von Kopiergeräten.

525 65 (TG 65)	235	Aus- und Fortbildung	14,0 12,7	14,0
--------------------------	-----	-----------------------------	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Schulungskosten für Fortbildungsmaßnahmen im Rahmen des Asylverfahrens und ausländerrechtlicher Angelegenheiten sowie für Aufgaben der allgemeinen Verwaltung (Haushalt, Personal, Reisekosten, Qualifizierungsangebot für Angestellte usw.).

526 65 (TG 65)	235	Gerichts- und ähnliche Kosten	3,0 0,5	3,0
--------------------------	-----	--------------------------------------	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Gerichtskosten im Rahmen der Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten.

527 65 (TG 65)	235	Dienstreisen	4,0 1,0	4,0
--------------------------	-----	---------------------	-------------------	------------

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 527 65

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für Dienstreisen zur Aufgabenwahrnehmung im Rahmen der Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten.

531 65	235	Veröffentlichungen	0,0	0,0
(TG 65)			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 65	235	Untersuchungen und Schutzimpfungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	0,0	0,0
(TG 65)			0,2	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

539 65	235	Ärztliche Untersuchungen	1,0	1,0
(TG 65)			0,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie von Bewerberinnen und Bewerbern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte. Vgl. Titel 533 65 (TG 65).

546 65	235	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	2,0	2,0
(TG 65)			3,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2015
			EUR
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte	0	
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	0	
3.	Sonstige vermischte Ausgaben	2.000	
Summe			2.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

811 65	235	Erwerb von Fahrzeugen	0,0	80,0
(TG 65)			39,0	

Erläuterungen:

			2015
			EUR
1.	Erstmalige Anschaffungen		
1.1	1 Transporter	40.000	
1.2	1 Pkw - Typ VW Golf	20.000	
	<i>Summe zu 1.</i>	<i>60.000</i>	
2.	Ersatzbeschaffungen		
2.1	1 Pkw - Typ VW Golf	20.000	
	<i>Summe zu 2.</i>	<i>20.000</i>	
Zusammen			80.000

812 65	235	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0,0	750,0
(TG 65)			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Ersteinrichtung der Landesunterkunft in Boostedt sowie für die Ersteinrichtung der Containerhäuser bei der Landesunterkunft in Neumünster.

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
Summe der Titelgruppe 65			1.373,5	3.060,6
			1.394,9	
69 Outputorientierte Personalkosten				
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten.				
422 69	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	680,0	580,0
(TG 69)			554,7	
100,0 T€ übertragen nach 0407 - 428 69 (TG 69).				
428 69	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	136,0	236,0
(TG 69)			213,6	
100,0 T€ übertragen von 0407 - 422 69 (TG 69).				
Summe der Titelgruppe 69			816,0	816,0
			768,3	
Summe der Ausgaben			52.789,5	97.156,6
			40.413,5	

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	262,0 494,7	320,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0 37,6	0,0
Gesamteinnahmen			262,0 532,3	320,0
41 - 49		Personalausgaben	2.096,0 2.051,3	2.906,0
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	3.713,5 3.990,8	11.266,6
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	44.980,0 34.332,4	79.154,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	2.000,0 39,0	3.830,0
Gesamtausgaben			52.789,5 40.413,5	97.156,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-52.527,5 -39.881,2	-96.836,6

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Das Kapitel 04 10 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

- 63 Digitalfunk
- 68 Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition
- 71 Kriminaltechnik

Ausgaben

- 62 Polizei-Bigband
- 63 Digitalfunk
- 64 Fahndung, Ermittlung, Einsatz
- 66 Rat für Kriminalitätsverhütung
- 68 Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition
- 69 Outputorientierte Personalkosten (Polizei - ministerieller Bereich)
- 71 Kriminaltechnik

Die Mehreinnahmen der Titel 111 71, 124 02, 125 01, 125 04, 271 01 und 272 01 dürfen für Mehrausgaben bei den Titeln der Hauptgruppen 5 bis 8 verwendet werden.

Erläuterungen:

Strategischer Aufgabenbereich: Innere Sicherheit.

Einnahmen

111 01	042	Gebühren und tarifliche Entgelte	2.200,0	2.200,0
			2.391,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen nach der Vollzugs- und Vollstreckungskostenverordnung, der Landesverordnung über Verwaltungsgebühren und der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr.

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Einnahmen nach der Vollzugs- und Vollstreckungskostenverordnung	725.000
2.	Verwaltungsgebühren und verauslagte Verwaltungskosten	1.475.000
Summe		2.200.000

112 01	042	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	10.900,0	10.900,0
			10.781,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Einnahmen aus Verwarnungsgeldern, die von der Polizei festgelegt werden	10.898.000
2.	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	2.000
Summe		10.900.000

119 02	042	Einnahmen der Verwaltungsbereiche der Polizei	75,0	75,0
			201,9	

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 119 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Einnahmen aus Schadensersatz gegen Dritte	70.000
2.	Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände	4.000
3.	Sonstiges	1.000
Summe		75.000

119 99 042 **Vermischte Einnahmen** 20,0 270,0
23,2

122 01 042 **Einnahmen aus Konzessionsabgaben** 65,0 65,0
61,3

Erläuterungen:

Veranschlagt ist das Aufkommen aus Konzessionsverträgen über den Anschluss von Überfall- und Einbruchmeldeanlagen bei den Polizeidienststellen.

124 01 042 **Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung** 45,0 60,0
69,4

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Entgelte für Nutzung von Raumschießanlagen	30.000
2.	Sonstige Einnahmen	30.000
Summe		60.000

Die Sportanlagen in Eutin-Hubertushöhe (PDAFB) dürfen in Abweichung von § 52 LHO Sportvereinen außerhalb der für die Landespolizei festgesetzten Dienststunden unentgeltlich überlassen werden.

124 02 042 **Einnahmen aus der Verpachtung von Kantinenbetrieben** 12,0 10,0
16,1

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen aus der Verpachtung der Kantinen der Landespolizei in Eutin, Kiel und Lübeck.

125 01 042 **Einnahmen aus der Gewährung von Verpflegung** 280,0 280,0
278,4

Erläuterungen:

Die Einzahlungen richten sich nach der Vorschrift über die Verpflegung am Standort der in Gemeinschaftsunterkünften untergebrachten Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten des Landes Schleswig-Holstein (Polizeiverpflegungsvorschrift - PVerpfIV) vom 2. Mai 2005 - IV 435-60.00 - in der derzeit gültigen Fassung.

Bei der Berechnung der Verpflegungsgelder werden die für die Beschaffung der Lebensmittel entstehenden Ausgaben zugrunde gelegt. Freiwillige Teilnehmer/-innen an der Mittagsverpflegung zahlen daneben erhöhte anteilige Herstellungskosten. Die Kosten für die Zubereitung der Gemeinschaftsverpflegung sowie die Bewirtschaftung der Küchen sind bei den entsprechenden Sachtiteln veranschlagt.

125 02 042 **Einnahmen aus der Tätigkeit der Polizei Bigband** 25,0 10,0
22,9

Erläuterungen:

Siehe TG 62.

125 03 042 **Einnahmen der Kraftfahrzeugwerkstätten der Landespolizei** 50,0 50,0
51,9

125 04 042 **Einnahmen aus der Aus- und Fortbildung von Bediensteten** 10,0 10,0
165,9

132 01 042 **Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen** 1.202,0 1.202,0
543,2

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 132 01

Historische Polizeifahrzeuge aus dem Bestand der Landespolizei dürfen der "Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf" kostenlos zur Nutzung überlassen werden.

231 02	042	Zuweisungen im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit" Erläuterungen: Vgl. Titel 0410 - 671 66 (TG 66).	0,0 280,0	0,0
231 03	042	Erstattung des Bundes im Rahmen der Durchführung von Kontrollen zur Gefahrenabwehr im Seeverkehr Erläuterungen: Veranschlagt aufgrund der " Vereinbarung über die Kostenerstattung durch den Bund für die Durchführung von Kontrollen gemäß Regel 9 von Kapitel XI-2 der Anlage des SOLAS-Übereinkommens durch die Wasserschutzpolizei des Landes Schleswig-Holstein", unterzeichnet am 11. September 2007/15. Januar 2008.	12,0 13,3	12,0
232 01	042	Zuweisungen von Mehrkosten aus Anlass des Einsatzes von Polizeikräften in anderen Ländern	1.800,0 1.179,5	1.800,0
271 01	532	Erstattung der EU für die Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereireisourcen Erläuterungen: Anteilige Erstattung der Kosten für die Wahrnehmung der Fischereiaufsicht gemäß der Entscheidung der EU-Ratsverordnung 861/2006/EG v. 22. Mai 2006 und der Kommission Umsetzungsverordnung 391/2007/EG v. 11. April 2007	1,0 0,0	1,0
272 01	042	Zuschüsse der EU für Projekte der Landespolizei Schleswig-Holstein und im Rahmen internationaler polizeilicher Zusammenarbeit	0,0 0,0	0,0
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr Erläuterungen: Vgl. Titel 422 01.	0,0 0,0	0,0
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage Polizeidienstkleidung Erläuterungen: Vgl. Titel 514 02.	0,0 0,0	0,0
63 Digitalfunk				
119 63 (TG 63)	042	Vermischte Einnahmen	5,0 0,0	5,0
231 63 (TG 63)	042	Kostenerstattungen für den Betrieb eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems in Schleswig-Holstein Erläuterungen: Einnahmen aus der Nutzung des digitalen Sprech- und Datenfunksystems durch den Bund.	1.960,0 0,0	3.342,0
233 63 (TG 63)	042	Kostenerstattungen für den Betrieb eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems und der kooperativen Regionalleitstelle Erläuterungen: Veranschlagt sind Erstattungen des Kreises Pinneberg.	505,0 339,0	401,3
237 63 (TG 63)	042	Kostenerstattungen für den Betrieb eines digitalen Sprech- und Datenfunkverkehrs und für die kooperative Regionalleitstelle Erläuterungen: Veranschlagt sind Erstattungen des Leitstellenzweckverbands Nord.	505,0 0,0	302,7
331 63 (TG 63)	042	Kostenerstattungen des Bundes für den Aufbau eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems Erläuterungen: Der Bund beteiligt sich mit dem Berechnungsschlüssel 59 von 166 an den Kosten (entspricht 35,54 %).	2.585,0 13.137,7	470,0
333 63 (TG 63)	042	Kostenerstattungen für das digitale Sprech- und Datenfunksystem und die kooperative Regionalleitstelle	539,0 232,0	70,0

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 333 63

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erstattungen des Kreises Pinneberg.

337 63 (TG 63)	042	Kostenerstattung für das digitale Sprech- und Datenfunksystem und die kooperative Leitstelle	1.130,0 0,0	470,0
--------------------------	-----	---	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erstattungen des Leitstellenzweckverbands Nord.

359 63 (TG 63)	851	Entnahme aus der Rücklage "Digitalfunk"	0,0 0,0	0,0
--------------------------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Siehe Ausgaben-TG 63.

Summe der Titelgruppe 63

7.229,0
13.708,7

5.061,0

68 Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition

111 68 (TG 68)	045	Einnahmen nach der Kampfmittelverordnung und sonstige Entgelte	280,0 765,2	280,0
--------------------------	-----	---	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Vgl. TG 68 Ausgaben

119 68 (TG 68)	045	Vermischte Einnahmen	0,0 0,6	0,0
--------------------------	-----	-----------------------------	-------------------	------------

132 68 (TG 68)	045	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0 0,0	7,0
--------------------------	-----	---	-------------------	------------

231 68 (TG 68)	045	Sonstige Zuweisungen vom Bund	400,0 0,0	400,0
--------------------------	-----	--------------------------------------	---------------------	--------------

Erläuterungen:

Anteil des Bundes an den Kosten der Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition.

Summe der Titelgruppe 68

680,0
765,8

687,0

71 Kriminaltechnik

Erläuterungen:

Aufgrund eines Rahmenbeschlusses des Rates der Europäischen Union (2009/905 /JI) vom 30. November 2009 sollen die kriminaltechnischen Kernbereiche DNA-Analysen und daktyloskopische Daten akkreditiert werden.

111 71 (TG 71)	042	Einnahmen aus der Durchführung von kriminaltechnischen Untersuchungen	5,0 4,6	5,0
--------------------------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Vgl. Ausgabe-TG 71.

Summe der Titelgruppe 71

5,0
4,6

5,0

Summe der Einnahmen

24.611,0
30.559,3

22.698,0

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Ausgaben

422 01	042	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	262.379,2	263.758,7
			273.801,0	

Der Ansatz darf bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0410 - 356 05 überschritten werden.

Über § 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2015 hinaus einseitig deckungsfähig zugunsten 916 05.

Die tatsächliche Inanspruchnahme des Mehrbetrages i.H.v. 1 Mio.€ für die Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten erfolgt nach Inkrafttreten der geänderten Erschwerniszulagenverordnung.

322,5 T€ übertragen von 1111 - 461 01.

57,0 T€ übertragen von 0410 - 422 62 (TG 62).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2015	
			EUR	
1.	Bezüge			243.517.500
2.	Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten			6.470.000
3.	Entschädigung für nicht gewährte Dienstbefreiung			500.000
4.	Polizeizulage			13.238.700
5.	Besondere Zulagen für Taucher, verdeckte Ermittler; sonstige Erschwerniszulagen			32.500
Summe				263.758.700

422 03	042	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungs-	7.984,7	7.984,7
		dienst	6.814,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2015	
			EUR	
1.	Bezüge			7.434.400
2.	Polizeizulage			415.300
3.	Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten			135.000
Summe				7.984.700

427 01	042	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	0,0
			20,9	

428 01	042	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	33.135,5	33.390,8
			37.568,7	

255,3 T€ übertragen von 0410 - 428 62 (TG 62).

453 01	042	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	440,0	440,0
			437,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2015	
			EUR	
1.	Trennungsgeld			310.000
2.	Umzugskostenvergütung			130.000
Summe				440.000

453 03	042	Umzugskosten, Trennungsgeld, Reisebeihilfen in Angelegenheiten der Aus- und Fortbildung	570,0	510,0
			434,9	

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 453 03

Erläuterungen:

Veranschlagt sind persönliche Gebühren für alle in der Ausbildung, Umschulung und Fortbildung befindlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

			2015
			EUR
1.	Ausbildung		205.000
2.	Fortbildung		305.000
	Summe		510.000

459 03	042	Pauschalabfindungen	22,0	13,0
			12,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Abfindungen der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten der Schutzpolizei für besondere Aufwendungen im Dienst aufgrund der vom Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten im Einvernehmen mit dem Finanzministerium herausgegebenen Bestimmungen (Pauschalvergütungsbestimmungen).

511 01	042	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	5.148,0	4.982,0
			4.725,5	

Einnahmen aus dem Verkauf ungeeigneter Junghunde sind von der Ausgabe abzusetzen.

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 511 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2015
			EUR
1.	Büromaterial, Druck- und Buchbindearbeiten		550.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.		160.000
3.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren		1.460.000
4.	Gebühren für Notrufleinrichtungen		189.000
5.	Beschaffung und Unterhaltung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen		
5.1	Ersatzbeschaffung		980.000
5.2	Ergänzungsbeschaffung		175.000
5.3	Unterhaltung		350.000
6.	Beschaffung und Unterhaltung von Sportgeräten		
6.1	Ersatzbeschaffung		11.000
6.2	Ergänzungsbeschaffung		3.000
6.3	Unterhaltung		4.000
7.	Beschaffung und Unterhaltung von Verkehrs- und Umweltschutzgeräten		
7.1	Ersatzbeschaffung		110.000
7.2	Ergänzungsbeschaffung		26.000
7.3	Unterhaltung		45.000
8.	Beschaffung und Unterhaltung von Waffen und waffentechnischen Geräten		
8.1	Ersatzbeschaffung		212.000
8.2	Ergänzungsbeschaffung		37.000
8.3	Unterhaltung		64.000
9.	Unterhaltung und Betrieb von Fernmeldeeinrichtungen der Polizei		
9.1	Ersatzbeschaffung		111.000
9.2	Ergänzungsbeschaffung		25.000
9.3	Unterhaltung		40.000
10.	Ausgaben für Polizeidiensthunde		
10.1	Ersatzbeschaffung		38.000
10.2	Ergänzungsbeschaffung		0
10.3	Unterhaltung des Diensthundewesens		172.000
11.	Beschaffung und Unterhaltung von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen für das LKA		
11.1	Ersatzbeschaffung		141.000
11.2	Ergänzungsbeschaffung		22.000
11.3	Unterhaltung		57.000
Summe			4.982.000

514 01	042	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	10.564,0	10.255,0
			10.009,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2015
			EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen		7.085.000
2.	Betrieb und Unterhaltung von Wasserfahrzeugen		1.484.000
3.	Unterhaltung von Dienstfahrzeugen		20.000
4.	Verbrauchsmittel		
4.1	Verpflegungskosten		621.000
4.2	Munition und Verbrauchsmaterial waffentechnische Bedarfe		1.045.000
4.3	Sonstiges		0
Summe			10.255.000

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 514 01

Bestand an Dienstfahrzeugen der Landespolizei	Soll 2014	Soll 2015	tatsächlicher Bestand am 01.02.2014
1. Kraftfahrzeuge für			
1.1 Personenbeförderung			
1.1.1 PKW mit Fahrerinnen/Fahrern			
1.1.2 PKW für Selbstfahrer/-innen	1.124	1.124	1.126
1.1.3 sonstige	7	7	7
1.2 Lastenbeförderung	8	8	8
2. Spezialfahrzeuge	82	82	82
3. Anhänger	44	44	44
4. Krafträder, Mopeds	41	41	41
5. Wasserfahrzeuge			
5.1 Küstenboote	5	5	5
5.2 Streckenboote	2	2	2
5.3 Streifenboote	11	11	11
5.4 Mobile Streifenboote	15	15	15
5.5 sonstige	11	11	11
Zusammen	1.350	1.350	1.352

Bestand an Dienstfahrzeugen des Bundes bei der PD AFB in Eutin	Soll 2014	Soll 2015	tatsächlicher Bestand am 01.02.2014
1. Kraftfahrzeuge für			
1.1 Personenbeförderung			
1.1.1 PKW mit Fahrerinnen/ Fahrern			
1.1.2 PKW für Selbstfahrer/-innen	72	72	70
1.1.3 sonstige	20	20	20
1.2 Lastenbeförderung	13	13	13
2. Spezialfahrzeuge	27	27	27
3. Anhänger	8	8	8
4. Krafträder, Mopeds	9	9	9
5. Wasserfahrzeuge			
5.1 Küstenboot			
5.2 Streckenboot			
5.3 Streifenboot			
5.4 Mobile Streifenboote			
5.5 sonstige	3	3	3
Zusammen	152	152	150

514 02 042 **Dienst- und Schutzkleidung** **2.384,0**
2.248,4 **2.384,0**

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0410 - 359 01 geleistet werden.

Über § 10 Abs. 1 und 2 Haushaltsgesetz 2015 hinaus einseitig deckungsfähig zugunsten des Titels 0410 - 919 01.

Einnahmen aus dem Bekleidungswesen sind von der Ausgabe abzusetzen.

517 01 042 **Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume** **567,1**
568,2 **668,0**

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 517 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Nebenkosten für Drittanmietungen	50.000
2.	Nebenkosten und Abgaben für landeseigene Liegenschaften	0
3.	Reinigung Unterkunftswäsche	50.000
4.	Ausgaben für Leuchtmittel u. a.	80.000
5.	Wiederkehrende Prüfung ortsveränderlicher Betriebsmittel	80.000
6.	Sonstiges (z. B. HB Bau -K 26 Ziff. 4-)	408.000
Summe		668.000

Veranschlagt sind die Bewirtschaftungs- und Nebenkosten für nicht dauerhafte Drittanmietungen. Die Veranschlagung für dauerhafte Drittanmietungen und deren Folgekosten erfolgt seit 2009 durch das Finanzministerium.

518 01	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	164,0 199,3	200,0
--------	-----	--	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für nicht dauerhafte Anmietungen.

518 02	042	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	44,0 175,9	200,0
--------	-----	---	----------------------	--------------

518 03	042	Anmietung von Objekten für Zwecke der Ausbildung bei der PD für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei und dem Landeskriminalamt	52,0 44,5	52,0
--------	-----	--	---------------------	-------------

518 99	042	Leasingraten für Dienstkraftfahrzeuge	87,5 81,9	87,5
--------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Leasingkosten für 19 Fahrzeuge.

525 01	042	Aus- und Fortbildung	1.800,0 1.715,1	1.950,0
--------	-----	-----------------------------	---------------------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Lehr- und Lernmittel in Angelegenheiten der Aus- und Fortbildung	50.000
2.	Schulgeld, Unterrichtsentschädigungen, Honorare und Prüfungsgebühren	1.720.000
3.	Kosten der Sportausbildung	50.000
4.	Kosten aus Anlass von Übungseinsätzen	80.000
5.	Sonstiges	50.000
Summe		1.950.000

526 01	042	Gerichts- und ähnliche Kosten	90,0 63,8	90,0
--------	-----	--------------------------------------	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Im Ansatz enthalten sind auch Kosten, die im Rahmen des Rechtsschutzes für Polizeibeamtinnen und -beamte entstehen.

526 04	042	Ausgaben in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	70,0 59,2	70,0
--------	-----	--	---------------------	-------------

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 526 04

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Ausgaben in Personalvertretungsangelegenheiten	67.400
2.	Ausgaben in Schwerbehindertenangelegenheiten	2.600
Summe		70.000

Veranschlagt sind Ausgaben für Reisen, Schulungs- und Bildungsveranstaltungen und sonstige Ausgaben des Hauptpersonalrates der Polizei, der Jugend- und Ausbildungsvertretung und Hauptjugend- und Ausbildungsvertretung, der örtlichen Personalräte der Behörden und Ämter der Landespolizei und der Vertrauenspersonen und Hauptvertrauenspersonen der Schwerbehinderten in der Landespolizei. Aus dem Ansatz dürfen auch Entschädigungen für die Benutzung von Fahrzeugen (§ 5 Bundesreisekostengesetz) gezahlt werden.

526 05	042	Ärztliche Untersuchungen	1,0 0,6	1,0
526 06	042	Feststellung von Alkohol im Blut sowie von Drogenmissbrauch bei Personen, die einer Straftat verdächtigt werden	335,0 307,0	335,0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Arzthonorar	150.000
2.	Laborkosten	130.000
3.	Beschaffung von Alcoteströhrchen, Mundstücken für Atemalkoholmessgeräte, Venülen und sonstigem Spezialbedarf	25.000
4.	Beschaffung von Drogenschnelltests	30.000
Summe		335.000

526 07	042	Feststellung von Alkohol im Blut sowie von Drogenmissbrauch bei Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern	1.100,0 1.056,9	1.100,0
--------	-----	--	--------------------	---------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Arzthonorar	500.000
2.	Laborkosten	400.000
3.	Beschaffung von Alcoteströhrchen, Mundstücken für Atemalkoholmessgeräte, Venülen und sonstigem Spezialbedarf	100.000
4.	Beschaffung von Drogenschnelltests	100.000
Summe		1.100.000

526 08	042	Zeugenentschädigungen	22,0 28,3	30,0
--------	-----	------------------------------	--------------	------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Aufwendungen nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586), für Personen, die von der Polizei im Ermittlungsverfahren als Zeugen herangezogen werden.

526 09	042	Kosten der Einigungsstelle	1,0 0,1	1,0
--------	-----	-----------------------------------	------------	-----

526 99	042	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	410,0 0,0	10,0
--------	-----	---	--------------	------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Gutachten und Stellungnahmen von Sachverständigen außerhalb der Landesverwaltung, insbesondere für die Bereiche Kriminalitätsbekämpfung, Verkehrssicherheitsarbeit und Gefahrenabwehr sowie für evtl. erforderlich werdende Gutachten in Personalvertretungsangelegenheiten.

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
527 01	042	Dienstreisen	359,0 342,0	400,0
		Erläuterungen:		2015
				EUR
		1. Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen		370.000
		2. Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen		30.000
		Summe		400.000
531 01	042	Nachwuchswerbung der Polizei	40,0 33,8	40,0
531 02	042	Öffentlichkeitsarbeit	5,0 11,0	13,0
534 01	042	Ausgaben für Kantinenzwecke	0,0 0,0	4,0
535 01	042	Entschädigungsansprüche Dritter	60,0 38,6	40,0
536 01	042	Prüfung und Untersuchung von Bewerberinnen und Bewerbern	0,0 0,0	0,0
		weggefallen		
536 02	042	Umzüge von Polizeidienststellen	0,0 0,0	0,0
		weggefallen		
536 03	042	Beiträge an deutsche Vereine und Gesellschaften	2,0 7,7	6,9
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind die Mitgliedsbeiträge des Landespolizeiamtes für die Wasserschutzpolizei als korporatives Mitglied im Deutschen Nautischen Verein, das Deutsche Sportkuratorium, den Lehrbereich "Fahrschule" der PD AFB für den Fahrlehrerverband Schleswig-Holstein, sowie die Kosten für die Mitgliedschaft der PD Ratzeburg bei der Stiftung für Familie und Beruf in Bad Oldesloe - Notfallbetreuung für Kinder von Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten (Pilotprojekt).		
538 01	011	Vorbeugende Verbrechensbekämpfung	32,0 29,3	32,0
		Erläuterungen:		
		Anschauungsmaterial für die kriminalpolizeilichen Beratungsstellen sowie Plakataktionen, Merkblätter u.a.		
539 01	042	Unterbringung und Verpflegung von Personen im Polizeigewahrsam	332,0 367,1	380,0
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind auch die Kosten für ärztliche Untersuchungen von im Gewahrsam der Polizei befindlichen Personen.		
539 02	042	Auslagen nach der Vollzugs- und Vollstreckungskostenverordnung, ausgenommen Kosten des Polizeigewahrsams	266,0 238,0	240,0
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind Auslagen nach der Vollzugs- und Vollstreckungskostenverordnung vom 11. September 2007 (GVOBl. Schl.-H. S. 443), zuletzt geändert durch Verordnung vom 22. August 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 627). Im Wesentlichen handelt es sich um Auslagen für das Abschleppen verkehrsbehindernd parkender Fahrzeuge. Die Einnahmen werden bei Tit. 0410 - 111 01 nachgewiesen.		
541 01	042	Verkehrserziehung	2,5 0,3	2,5
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind Kosten für Anschauungs- und Lehrmaterial.		
546 99	042	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	51,5 52,2	51,5

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 546 99

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Unfallrenten, sonstige Renten und Entschädigungen aufgrund rechtlicher Verpflichtungen	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	12.000
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0
4.	Schadensersatzleistungen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Schäden im Zusammenhang mit dem Beschäftigungsverhältnis	8.000
5.	Sonstige vermischte Ausgaben	31.500
Summe		51.500

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

631 01	042	Erstattung einsatzbedingter Mehrausgaben an die Bundespolizei	75,0 20,3	50,0
632 01	042	Länderübergreifende Einrichtungen und Programme	1.436,0 1.455,5	1.471,2

Erläuterungen:

Veranschlagt sind nachfolgende Kostenanteile des Landes Schleswig-Holstein:

		2015 EUR
1.	Deutsche Hochschule der Polizei in Westfalen	327.000
2.	Wasserschutzpolizei-Schule in Hamburg	246.000
3.	Unternelbeabkommen mit Hamburg	713.850
4.	Mittelbeabkommen mit Niedersachsen	141.350
5.	Bund-Länder-Programm zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung	40.000
6.	Maritimes Sicherheitszentrum des Bundes und der Küstenländer	3.000
Summe		1.471.200

632 08	042	Erstattung einsatzbedingter Mehrausgaben an andere Länder	47,1 48,9	200,0
633 01	042	Zuweisungen von Verwaltungsausgaben an Kreise für die Überwachung des fließenden Verkehrs	1.870,0 2.081,0	1.900,0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die anteiligen Kosten der zwischen dem Land und einzelnen Kreisen vereinbarten Projekte der gemeinsamen Überwachung des fließenden Verkehrs, wie sie sich durch die jeweiligen Aufwendungen im Verhältnis zu den Gesamteinnahmen aus Verwarnungsgeld und Geldbußen ergeben:

		2015 EUR
1.	PD Bad Segeberg - Kreis Segeberg	800.000
2.	PD Ratzeburg - Kreis Stormarn	100.000
3.	PD Lübeck - Kreis Ostholstein	100.000
4.	PD Itzehoe - Kreis Steinburg	10.000
5.	PD Bad Segeberg - Kreis Pinneberg	800.000
6.	PD Husum - Kreis Nordfriesland	80.000
7.	PD Neumünster - Kreis Rendsburg-Eckernförde	10.000
Summe		1.900.000

811 01	042	Erwerb von Dienstfahrzeugen	9.000,0 7.428,9	9.000,0
--------	-----	------------------------------------	---------------------------	----------------

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 811 01

Erläuterungen:

Die Belastung des Haushaltsjahres 2015 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2014 stellt sich wie folgt dar:

		2015 EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre	9.000.000
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2014	0
Summe		9.000.000

811 02	042	Erwerb von Wasserschutzpolizeibooten	6.684,0	0,0
			2.969,3	
812 01	042	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	4.807,4	5.437,8
			5.360,9	

Verpflichtungsermächtigung (in T€)		2015
	Neuverpflichtung insgesamt	700
	Davon fällig Haushaltsjahr 2016	700
	Davon fällig Haushaltsjahr 2017	
	Davon fällig Haushaltsjahr 2018	
	Davon fällig Haushaltsjahr 2019 ff	

Erläuterungen:

Die Belastung des Haushaltsjahres 2015 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2014 stellt sich wie folgt dar:

		2015 EUR
1.	In Anspruch genommene VE aus Vorjahren	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2014	700.000
Summe		700.000

		2015 EUR
1.	Ersatzbeschaffung Mobiliar	726.800
2.	Erwerb von Geräten und Maschinen für Werkstätten	57.000
3.	Erwerb von Geräten für die Verkehrsüberwachung	688.000
4.	Erwerb von Waffen und waffentechnischen Geräten, Optik	421.000
5.	Umsetzung Konzept "Neue Polizeidienstpistole"	500.000
6.	Schutzausrüstung	1.179.500
7.	Fernmeldetechnisches Gerät	254.200
8.	Ausstattung Vernehmungszimmer sensible Zeugen	117.300
9.	Erwerb von Geräten für das SEK	246.000
10.	Erwerb von Geräten für das MEK	411.000
11.	Geräte für strafprozessuale Maßnahmen der Kriminalpolizei	709.000
12.	Sonstiges	128.000
Summe		5.437.800

916 05	851	Zuführung an die Rücklage "Sabbatjahr"	0,0	0,0
			40,5	

Einseitig deckungsfähig zu Lasten des Titels 0410 - 422 01.

919 01	042	Zuführung an die Rücklage "Polizeidienstkleidung"	0,0	0,0
			0,0	

Einseitig deckungsfähig zu Lasten des Titels 0410 - 514 02.

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

62 Polizei-Bigband

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe mit Ausnahme der Titel 422 62 und 428 62.
Ausgaben bei den Titeln 429 62 und 547 62 dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 125 02 geleistet werden.

Erläuterungen:

Zwecks Schließung der strategischen Lücke ist die Auflösung der Polizei-Bigband geplant.

422 62 (TG 62)	042	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	170,0 176,0	113,0
			57,0 T€ übertragen nach 0410 - 422 01.	
428 62 (TG 62)	042	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	765,9 848,9	510,6
			255,3 T€ übertragen nach 0410 - 428 01.	
429 62 (TG 62)	042	Nicht aufteilbare Personalausgaben	13,8 5,3	5,0
			Erläuterungen: Veranschlagt sind besondere Personalausgaben sowie Pauschalabfindungen für den Leiter der Polizei-Bigband.	
547 62 (TG 62)	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	11,2 17,0	5,0
			Erläuterungen: Veranschlagt sind die Kosten für Reisen, Musikveranstaltungen, Noten, Instrumente, Geräte, Instandhaltung und Instandsetzung von dienstlichen und privaten Instrumenten (soweit dienstlich genutzt) sowie sonstige mit der Musiktaetigkeit zusammenhängende Sachkosten.	
Summe der Titelgruppe 62			960,9 1.047,2	633,6

63 Digitalfunk

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei 359 63 und bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 331 63, 333 63 und 337 63 geleistet werden.

511 63 (TG 63)	042	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte, Ausstattung und Ausrüstung	148,0 69,5	92,0
514 63 (TG 63)	042	Unterhaltungs- und Betriebskosten für die Leitstellen und das digitale Sprech- und Datenfunksystem	2.378,0 5.718,4	4.200,0
			Erläuterungen: Zur Notstromversorgung der Basisstationen für den Digitalfunk wurden fünf mobile Notstromspeiseanlagen (NEA) beschafft, die im Bedarfsfall zu den Einsatzorten transportiert werden müssen. Dafür sind ausreichend dimensionierte Anhänger mit einer LKW-Zugvorrichtung erforderlich, auf denen die NEA montiert sind und das nötige Zubehör vorhanden ist, z. B. Anschlusskabel, Diesel-Ersatzkanister und Werkzeug.	
			Bestand an Dienstfahrzeugen	
			Soll 2014	Soll 2015
			tatsächlicher Bestand am 01.02.2014	
Anhänger für NEA			5	5
Zusammen			5	5
526 63 (TG 63)	042	Kosten für externe Beratung	40,0 29,6	540,0
527 63 (TG 63)	042	Dienstreisen	25,0 52,5	35,0

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 527 63

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	30.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	5.000
Summe		35.000

547 63 (TG 63)	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	75,0 0,9	10,0
634 63 (TG 63)	042	Erstattungen an die Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS)	1.813,0 1.801,4	1.917,6
711 63 (TG 63)	042	Bauliche Maßnahmen für den Aufbau eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems	0,0 1.098,2	1.455,0
812 63 (TG 63)	042	Einführung eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems	4.699,6 8.331,1	960,5
Erstattungen der nichtpolizeilichen BOS für den Abruf von Leistungen bei der BDBOS durch die "Autorisierte Stelle SH" können von den Ausgaben abgesetzt werden.				
919 63 (TG 63)	851	Zuführung an die Rücklage "Digitalfunk"	0,0 1.000,0	0,0

Summe der Titelgruppe 63	9.178,6 18.101,6	9.210,1
---------------------------------	----------------------------	----------------

64 Fahndung, Ermittlung, Einsatz

459 64 (TG 64)	042	Bewegungsgeld	22,0 13,7	22,0
--------------------------	-----	----------------------	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten der Beamtinnen und Beamte im Rahmen von Ermittlungen.

511 64 (TG 64)	042	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.583,5 1.299,3	1.450,0
--------------------------	-----	--	---------------------------	----------------

Der letzte Satz der Erläuterungen ist verbindlich gem. § 17 Abs. 1 LHO.

Erläuterungen:

		2015 EUR
1.	Büromaterial	58.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u. ä.	0
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	0
4.	Telekommunikationsüberwachung	
4.1	Gebühren und Leitungskosten	1.007.000
4.2	Wartung und Unterhaltung	275.000
5.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	98.000
6.	Ersatzbeschaffung von Geräten	0
7.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	0
8.	Unterhaltung von Geräten	0
9.	Sonstiges	12.000
Summe		1.450.000

In Fällen verdeckter Fahndung kann bei der Erteilung von Zahlungsanordnungen auf die Begründung und Beifügung begründender Unterlagen verzichtet werden.

527 64 (TG 64)	042	Dienstreisen	239,0 147,8	239,0
--------------------------	-----	---------------------	-----------------------	--------------

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 527 64

Erläuterungen:

		2015 EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	195.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	44.000
Summe		239.000

534 64	042	Personen- und Zeugenschutz, Fahndung	237,5	250,0
(TG 64)			245,9	

Der letzte Satz der Erläuterungen ist verbindlich gem. § 17 Abs. 1 LHO.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zeugenschutzmaßnahmen im Rahmen des Zeugenschutzharmonisierungsgesetzes (ZSHG) vom 11. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3510), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Februar 2007 (BGBl. I S 122).

		2015 EUR
1.	Personenschutzmaßnahmen	35.000
2.	Zeugenschutzmaßnahmen	25.000
3.	Fahndung	190.000
Summe		250.000

Die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landeskriminalamtes im Rahmen von Personen- und Zeugenschutzmaßnahmen sowie verdeckten Ermittlungen wird durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein geprüft.

In Fällen verdeckter Fahndung kann bei der Erteilung von Zahlungsanordnungen auf die Begründung und Beifügung begründeter Unterlagen verzichtet werden.

547 64	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	835,0	1.335,0
(TG 64)			803,4	

Es dürfen zur Gewährung von Geldbelohnungen an Privatpersonen, durch deren Mitwirkung eine strafbare Handlung schneller aufgeklärt bzw. aufgedeckt wird und bei der Wiederergreifung entwichener Gefangener bis zu 40.903 € ausgelobt werden. Das Finanzministerium ist über die ausgelobten Beträge zu unterrichten.

Der letzte Satz der Erläuterungen ist verbindlich gem. § 17 Abs. 1 LHO.

Erläuterungen:

		2015 EUR
1.	Kosten und Gebühren	460.000
2.	Kosten aus Anlass von Einsätzen	749.000
3.	Kaufgeld	38.000
4.	Geldzuwendungen an Dritte	35.000
5.	Sonstige Fahndungskosten	53.000
Summe		1.335.000

Veranschlagt sind Kosten u.a. für Mieten, Sicherstellung von KFZ, Gutachten im Ermittlungsdienst, Dolmetscher, Leichensachen, Auslobungen, Einsatzkosten für Hubschrauber und für den Schiffsmeldedienst.

In Fällen verdeckter Fahndung kann bei der Erteilung von Zahlungsanordnungen auf die Begründung und Beifügung begründender Unterlagen verzichtet werden.

Summe der Titelgruppe 64	2.917,0	3.296,0
	2.510,1	

66 Rat für Kriminalitätsverhütung

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Erläuterungen:

Der Rat für Kriminalitätsverhütung hat die Aufgabe, die Entwicklung der Kriminalität und ihre Bedingungen zu analysieren und zu erörtern, die Landesregierung in kriminalpolitischen Fragen zu beraten und ihr entsprechende wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische Erfahrungen zu vermitteln. Er soll Initiativen zur Kriminalitätsprävention anregen, unterstützen und auswerten.

Um diese umfassenden Aufgaben erfüllen zu können, führt er alle diejenigen Fachleute und Akteure zusammen, deren Erkenntnisse und Erfahrungen für die Erarbeitung von Präventionskonzepten nutzbar zu machen sind bzw. die zu deren Umsetzung beitragen können. Den organisatorischen Rahmen dazu bilden die Kommission, die Geschäftsführung und die Arbeitsgruppen. Bis auf die Geschäftsführung ist die Tätigkeit der Ratsmitglieder ehrenamtlich.

Durch den Rat für Kriminalitätsverhütung werden Kriminalitätsphänomene aufgegriffen und analysiert mit dem Ziel, kriminalpräventive Konzepte für Gebietskörperschaften, Institutionen und Einrichtungen zu erstellen. Darüber hinaus initiiert und unterstützt er die Gründung kriminalpräventiver Räte auf kommunaler Ebene. Eine fachliche Begleitung der bisher gegründeten lokalen Räte (über 90) findet statt. Die Initiierung weiterer lokaler Räte und Projekte ist beabsichtigt.

511 66 (TG 66)	042	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2,5 0,5	2,5
-------------------	-----	--	------------	-----

525 66 (TG 66)	011	Aus- und Fortbildung	2,5 6,5	2,5
-------------------	-----	-----------------------------	------------	-----

526 66 (TG 66)	042	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	5,0 9,1	30,0
-------------------	-----	---	------------	------

Erläuterungen:

Durchführung von Regionalanalysen zum Aufkommen von rechtsextremistischen Einstellungen.

527 66 (TG 66)	042	Dienstreisen für die Mitglieder des Rates	3,0 3,2	3,0
-------------------	-----	--	------------	-----

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Reisekosten für die Mitglieder des Rates und der Geschäftsstelle.

531 66 (TG 66)	042	Öffentlichkeitsarbeit	27,0 33,1	10,0
-------------------	-----	------------------------------	--------------	------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Organisation und Durchführung von Pressekonferenzen, öffentlichen Diskussionsveranstaltungen sowie Veröffentlichungen über Aufgaben und Ziele des Rates. Ferner sind Veranstaltungen und die Erstellung von Broschüren zur Gründung neuer und Unterstützung bestehender örtlicher Räte geplant. Dies gilt besonders für die Fortführung der erstellten Dokumentationsreihe, wie auch für die Informationen aus der Geschäftsführung und die Veröffentlichung von Konzepten. Die Mittel sind analog den "10 Hinweisen zum Umgang mit Verfügungsmitteln" zu verwenden. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen.

533 66 (TG 66)	042	Kostenerstattung an soziale Einrichtungen im Rahmen der Umsetzung der Landesprogramme "Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung" und "Salafismusprävention"	300,0 76,9	450,0
-------------------	-----	---	---------------	-------

Erläuterungen:

Der Gesamtbetrag teilt sich wie folgt auf:
 Landesprogramm "Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung" 300.000 €
 Landesprogramm "Salafismusprävention" 150.000 €

534 66 (TG 66)	042	Veranstaltungen mit Verbänden und Vereinen	10,0 0,0	2,0
-------------------	-----	---	-------------	-----

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für den Erfahrungsaustausch der Kommission, Arbeitsgruppen und lokalen Räte. Die Mittel sind analog den "10 Hinweisen zum Umgang mit Verfügungsmitteln" zu verwenden. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen.

671 66 (TG 66)	042	Erstattungen im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit"	0,0 280,0	0,0
-------------------	-----	---	--------------	-----

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 231 02 geleistet werden.

684 66 (TG 66)	042	Zuschüsse für die Förderung von Präventionsprojekten sowie von Maßnahmen zur Aufklärung gegen Rechtsextremismus durch freie Träger	0,0 12,1	13,6
-------------------	-----	---	-------------	------

685 66 (TG 66)	042	Zuschüsse für die Förderung von Präventionsprojekten sowie von Maßnahmen zur Aufklärung gegen Rechtsextremismus.	13,6 39,3	0,0
-------------------	-----	---	--------------	-----

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 685 66

Erläuterungen:

Bezuschussung von Präventionsprojekten, die der Verhütung von Straftaten dienen und entweder vom Landesrat oder von kommunalen Räten für die Kriminalitätsverhütung durchgeführt werden. Gefördert werden daneben Maßnahmen und Projekte zur Aufklärung gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Summe der Titelgruppe 66	363,6	513,6
	460,7	

68 Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 68 (TG 68) überschritten werden.

Erläuterungen:

In der Titelgruppe 68 werden die Ausgaben für die Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition sowie von unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV) zentral veranschlagt.

Gemäß § 1004 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) i. V. m. § 19 Abs. 2 Nr. 1 des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes (AKG) vom 05. November 1957 (BGBl. I, S. 1747) und den VV Nr. 3 und 3.5 zur Durchführung des AKG erstattet der Bund den Ländern anteilig die Kosten für die Beseitigung der ehemals reichseigenen Kampfmittel. (vgl. Tit. 231 68 (TG 68)).

453 68	045	Umzugskosten, Trennungsgeld, Reisebeihilfen Aus- und Fortbildung	14,0	10,0
(TG 68)			7,0	
511 68	045	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	106,7	140,0
(TG 68)			131,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Büromaterial	10.500
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	4.800
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	1.500
4.	Post- Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	6.800
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	49.800
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	47.100
7.	Unterhaltung von Geräten	16.800
8.	Sonstiges	2.700
Summe		140.000

514 68	045	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	135,0	90,0
(TG 68)			90,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	79.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung	5.000
3.	Verbrauchsmittel	5.000
4.	Sonstiges	1.000
Summe		90.000

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 514 68

Bestand an Dienstfahrzeugen	Soll 2014	Soll 2015	Tatsächlicher Bestand am 01.02.2014
1. Kraftfahrzeuge für			
1.1 Personenbeförderung			
1.1.1 PKW mit Fahrerinnen/ Fahrern	6	6	6
1.1.3 sonstige	2	2	2
1.2 Lastenbeförderung			
2. Spezialfahrzeuge	13	13	13
3. Anhänger	8	8	8
4. Krafträder, Mopeds			
5. Wasserfahrzeuge			
5.1 Küstenboot			
5.2 Streckenboot			
5.3 Streifenboot			
5.4 Mobiles Streifenboot			
5.5 sonstige	0	0	0
Zusammen	29	29	29

Daneben werden vom Kampfmittelräumdienst noch diverse andere durch Verbrennungsmotoren betriebene Maschinen verwendet.

517 68 045 **Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume** **68,9** **35,0**
(TG 68) 137,1

143,8 T€ übertragen nach 1220 - 517 91.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Bewirtschaftung außerhalb des Bewirtschaftungsvertrages mit der GMSH für den Munitionserlegebetrieb (MZB) in Groß Nordsee:

	2015 EUR
1. Pflege der Außenanlagen, Winterdienst	24.000
2. BGV A 3 Prüfungen	7.000
3. Helgoland	4.000
Summe	35.000

518 68 045 **Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge** **1,5** **1,5**
(TG 68) 1,4

525 68 045 **Aus- und Fortbildung** **29,0** **25,0**
(TG 68) 19,1

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten der Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kampfmittelräumdienstes an der Sprengschule in Dresden und anderen Ausbildungsstätten.

527 68 045 **Dienstreisen** **42,0** **42,0**
(TG 68) -11,2

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2015 EUR
1. Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	37.000
2. Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	5.000
Summe	42.000

534 68 045 **Beseitigung und Vernichtung von Kampfmitteln sowie von unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV)** **321,7** **321,7**
(TG 68) 263,1

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 534 68

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Beseitigung von Fundmunition und Waffen einschl. NATO-Kampfmitteln durch den Kampfmittelräumdienst in Schleswig-Holstein und in den Küstengewässern, sowie für die Entwicklung und Beschaffung technischer Hilfsmittel und Ausrüstungsgegenstände.

Veranschlagt sind:

		2015 EUR
1.	Vernichtung von Kampfmitteln und USBV	220.000
2.	Kampfmittelbergung und -beseitigung	45.000
3.	Bergung und Beseitigung von USBV	22.000
4.	Luftbildauswertung	34.700
Summe		321.700

535 68 (TG 68)	045	Entschädigungsansprüche Dritter	5,0	16,0
			15,7	
536 68 (TG 68)	045	Prämien für die Gruppen-Unfallversicherung	7,0	7,0
			7,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Jahresprämie für die tariflichvertraglich geregelte Gruppenunfallversicherung der Beschäftigten des Kampfmittelräumdienstes.

547 68 (TG 68)	045	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	3,8	2,0
			0,0	
811 68 (TG 68)	045	Erwerb von Fahrzeugen	50,0	160,0
			221,3	

Erläuterungen:

		2015 EUR
1.	Ersatzbeschaffung eines Sonder-KFZ MB Vario inkl. Innenausbau	160.000
Summe		160.000

812 68 (TG 68)	045	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	500,0	53,0
			266,9	

Summe der Titelgruppe 68			1.284,6	903,2
			1.149,5	

69 Outputorientierte Personalkosten (Polizei - ministerieller Bereich)

Erläuterungen:

Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten.

422 69 (TG 69)	042	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	1.516,7	1.516,7
			1.480,5	
428 69 (TG 69)	042	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	194,6	194,6
			226,5	

Summe der Titelgruppe 69			1.711,3	1.711,3
			1.707,0	

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
71 Kriminaltechnik				
Erläuterungen:				
Aufgrund eines Rahmenbeschlusses des Rates der Europäischen Union (2009/905 /JI) vom 30. November 2009 sollen die kriminaltechnischen Kernbereiche DNA-Analysen und daktyloskopische Daten akkreditiert werden. Aufgrund der absehbaren Akkreditierung weiterer Felder der Kriminaltechnik werden die Ausgaben zu einer Titelgruppe zusammengefasst.				
453 71 (TG 71)	042	Umzugskosten, Trennungsgeld, Reisebeihilfen Aus- und Fortbildung	20,0 21,4	25,0
511 71 (TG 71)	042	Beschaffung und Unterhaltung von kriminal- und fototechnischen Geräten	352,0 329,6	352,0
Erläuterungen:				
				2015
				EUR
1. Ersatzbeschaffung von Geräten				70.000
2. Ergänzungsbeschaffung von Geräten				52.000
3. Unterhaltung von Geräten				230.000
4. Sonstiges				0
Summe				352.000
514 71 (TG 71)	042	Ausgaben für kriminal- und fototechnische Geräte (KT-Verbrauch)	727,5 599,3	700,0
525 71 (TG 71)	042	Aus- und Fortbildung	8,6 1,9	8,0
526 71 (TG 71)	042	Kosten für externe Beratung	30,0 0,0	10,0
Erläuterungen:				
Externe Beratung im Rahmen der laufenden Akkreditierungsverfahren im Bereich DNA-Analysen und Daktyloskopie sowie zukünftig vorgesehener Fachgebiete.				
527 71 (TG 71)	042	Dienstreisen	24,0 9,7	15,0
Erläuterungen:				
				2015
				EUR
1. Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen				14.000
2. Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen				1.000
Summe				15.000
533 71 (TG 71)	042	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen für die Durchführung von molekulargenetischen Untersuchungen	625,0 300,9	500,0
535 71 (TG 71)	042	Kosten und Gebühren für das Akkreditierungsverfahren	20,0 5,1	10,0
546 71 (TG 71)	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten	3,5 0,0	2,0
812 71 (TG 71)	042	Erwerb von kriminaltechnischen Geräten, Labor- und Büroausstattung	703,0 827,8	940,0
Summe der Titelgruppe 71			2.513,6 2.095,7	2.562,0
Summe der Ausgaben			371.370,1 387.971,1	366.611,4

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	15.174,0 15.377,8	15.429,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	5.183,0 1.811,8	6.259,0
31 - 34		Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	4.254,0 13.369,7	1.010,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			24.611,0 30.559,3	22.698,0
41 - 49		Personalausgaben	307.248,4 321.869,6	308.494,1
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	32.423,0 32.818,1	34.558,6
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	5.254,7 5.738,5	5.552,4
71 - 79		Baumaßnahmen	0,0 1.098,2	1.455,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	26.444,0 25.406,2	16.551,3
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 1.040,5	0,0
Gesamtausgaben			371.370,1 387.971,1	366.611,4
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-346.759,1 -357.411,8	-343.913,4

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Das Kapitel 04 16 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

03 Wohnraumförderung

04 Städtebauförderung

Ausgaben

03 Wohnraumförderung

04 Städtebauförderung

Erläuterungen:

Strategischer Aufgabenbereich: Aufgaben im Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen.

Bewilligung und Auszahlung der Darlehen und Zuschüsse für die Wohnraum- und Städtebauförderung erfolgen durch die Investitionsbank Schleswig-Holstein, der die Mittel zur Auszahlung zugeführt werden.

Einnahmen

119 02	411	Rückzahlung überzahlter Beträge aus Landesmitteln einschl. Zweckentfremdungszinsen	5,0 0,1	1,0
		Erläuterungen: Zweckentfremdet eingesetzte Landesmittel sind unter Berechnung von Zinsen zurückzufordern und an das Land abzuführen.		
119 03	411	Rückzahlung überzahlter Beträge aus Bundesmitteln einschl. Zweckentfremdungszinsen	0,0 0,0	0,0
		Übertragen nach 04 16 - 119 04		
119 04	411	Rückzahlung überzahlter Beträge aus Bundesmitteln einschl. Zweckentfremdungszinsen	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: vgl. Titel 631 01.		
161 01	411	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Derzeit erhält das Land keine Zinsen aus dem von der Investitionsbank Schleswig-Holstein geführten Bankkonto für Treuhandmittel.		
162 01	411	Zinseinnahmen aus Wohnungsbaudarlehen des Bundes	0,2 0,2	0,2
		Erläuterungen: Vgl. Titel 182 01.		
162 02	411	Zinseinnahmen aus Wohnungsbaudarlehen des Landes	0,8 1,6	0,4
		Erläuterungen: Vgl. Titel 182 02.		
162 03	411	Zinseinnahmen aus Darlehen in sozial dringlichen Fällen	8,6 12,9	8,0
		Erläuterungen: Vgl. Titel 182 03.		
162 04	411	Zinseinnahmen aus der Baufinanzierung der Siedlerschule Neumünster	0,1 0,0	0,1
		Erläuterungen: Vgl. Titel 182 04.		
182 01	411	Rückflüsse aus Wohnungsbaudarlehen des Bundes	13,9 13,5	13,8
		Erläuterungen: Am 31.12.2013 betrug die zugrunde liegende Darlehensforderung 358.045,21 €		

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
182 02	411	Rückflüsse aus Wohnungsbaudarlehen des Landes	39,8 70,9	24,6
		Erläuterungen: Am 31.12.2013 betrug die zugrunde liegende Darlehensforderung 141.676,30 €		
182 03	411	Rückflüsse aus Darlehen in sozial dringlichen Fällen	5,6 19,2	5,3
		Erläuterungen: Am 31.12.2013 betrug die zugrunde liegende Darlehensforderung 287.946,88 €		
182 04	411	Rückflüsse aus Darlehen zur Baufinanzierung der Siedlerschule Neumünster	0,5 0,5	0,5
		Erläuterungen: Am 31.12.2013 betrug die zugrunde liegende Darlehensforderung 960,05 €		
231 01	233	Erstattung des Anteils des Bundes am Wohngeld	23.500,0 22.793,6	29.000,0
		Erläuterungen: Vgl. Titel 681 02.		
231 02	233	Erstattung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger durch den Bund	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Titel 681 01.		
03 Wohnraumförderung				
331 30 (MG 03)	411	Kompensationsleistungen des Bundes für die soziale Wohnraumförderung	12.620,0 12.620,0	12.620,0
		Erläuterungen: Vgl. Titel 884 30 (MG 03).		
Summe der Maßnahmegruppe 03			12.620,0 12.620,0	12.620,0
04 Städtebauförderung				
233 01 (MG 04)	423	Rückzahlung von Bundesmitteln für Städtebauförderungsprogramme durch die Kommunen einschl. Zweckentfremdungszinsen	0,0 2.290,0	0,0
		Erläuterungen: Rückzahlung vorausgezahlter Fördermittel für die Städtebauförderungsprogramme durch die Kommunen aufgrund von Zwischen- und Schlussabrechnungen einschließlich z.B. Rückziehungen von Fördermitteln und Einnahmen aus Grundstücksveräußerungen und Ausgleichsbeträgen sowie Zinsen für nicht fristgerechten oder nicht zweckentsprechenden Mitteleinsatz (Zweckentfremdungszinsen). Vgl. Titel 883 15 (MG 04).		
233 02 (MG 04)	423	Rückzahlung von Landesmitteln für Städtebauförderungsprogramme durch die Kommunen einschl. Zweckentfremdungszinsen	0,0 2.367,3	0,0
		Erläuterungen: Siehe Titel 233 01 (MG 04). Vgl. Titel 883 16 (MG 04).		
331 15 (MG 04)	423	Finanzhilfen des Bundes für Städtebauförderungsprogramme	11.410,0 11.973,0	12.601,0
		Erläuterungen: Vgl. Titel 883 15 (MG 04).		
331 20 (MG 04)	423	Zuweisungen für Forschungsvorhaben zur Weiterentwicklung des Wohnungs- und Städtebaues aus Finanzhilfen des Bundes	0,0 0,0	0,0

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 331 20

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.
Vgl. Titel 883 20 (MG 04).

Summe der Maßnahmegruppe 04	11.410,0	12.601,0
	16.630,3	

Summe der Einnahmen	47.604,5	54.274,9
	52.162,8	

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

Ausgaben

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	766,7	766,7
		Erläuterungen: Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten.	791,1	
428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	670,0	670,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten.	649,0	
526 99	011	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	50,0	120,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Kosten für folgende Gutachten im Rahmen der Wohnraum- und Städtebauförderung, insbesondere im Bereich Klimaschutz und nachhaltige Stadtentwicklung: 1. Strategieentwicklung zu einer Landesinitiative Nationale Stadtentwicklungspolitik 2. Strategieentwicklung zu einer Landesinitiative Baukultur Erhöhung des Ansatzes für die Aktualisierung der Wohnungsmarktprognose.	65,0	
531 02	013	Öffentlichkeitsarbeit	25,0	25,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Mittel für die eigene Öffentlichkeitsarbeit in Form von Veranstaltungen, Veröffentlichungen und Ausstellungen.	8,9	
631 01	411	Erstattung an den Bund aus zurückgezahlten Beträgen einschl. Zweckentfremdungszinsen	0,0	0,0
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 119 04 geleistet werden. Erläuterungen: Zweckentfremdet eingesetzte Bundesfinanzhilfen sind unter Berechnung von Zinsen zurückzufordern und an den Bund abzuführen.	0,0	
671 01	233	Erstattung von Verwaltungskosten an die Datenstelle der Deutschen Rentenversicherung	4,0	0,0
			0,0	
671 02	419	Erstattung von Verwaltungskosten an die Investitionsbank Schleswig-Holstein	51,0	51,0
		Erläuterungen: Die Abwicklung der Wohngelderstattung wurde per Vertrag an die Investitionsbank Schleswig-Holstein übertragen. Dazu gehören die Erstattungen an die Wohngeldbehörden und die hälftigen Erstattungsabrechnungen mit dem Bund.	51,0	
681 01	233	Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger	0,0	0,0
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 231 02 geleistet werden. Erläuterungen: Im Rahmen der Umsetzung des am 14. Juli 2005 in Kraft getretenen Neunten Gesetzes zur Änderung des WoGG vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 2026) ist eine Überprüfung der Ansprüche von Heimbewohnern auf Heizkostenzuschuss erforderlich geworden. Der Bund übernimmt die nachzuzahlenden Heizkostenzuschüsse.	0,0	
681 02	233	Erstattung von Wohngeld an die Bewilligungsstellen	47.000,0	58.000,0
		§ 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2015 findet keine Anwendung.	45.587,2	

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 681 02

Erläuterungen:

Das Wohngeld wird aufgrund des Wohngeldgesetzes (WoGG) vom 24. September 2008 (BGBl. I S. 1856), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. April 2013 (BGBl. I S. 610), geleistet. Das Land führt die mit dem Wohngeld zusammenhängenden Aufgaben im Auftrage des Bundes durch (Art. 104 a Abs. 3, Art. 85 GG, § 32 Wohngeldgesetz - WoGG). Die Aufgaben hat das Land durch das Gesetz zur Durchführung des Wohngeldgesetzes vom 14. Dezember 2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 484), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. April 2011 (GVOBl. Schl.-H. S. 126), auf die kommunalen Wohngeldbehörden übertragen, die auch das Wohngeld an die Leistungsempfänger und Leistungsempfängerinnen auszahlen. Das von den Wohngeldbehörden verauslagte Wohngeld wird vom Land erstattet. Die Hälfte der auf das Land Schleswig-Holstein entfallenden Wohngeldleistungen wird nach § 32 WoGG durch den Bund erstattet (vgl. Titel 231 01).

03 Wohnraumförderung

Erläuterungen:

Die soziale Wohnraumförderung in Schleswig-Holstein wird durch ein- oder mehrjährige Wohnraumförderungsprogramme gewährleistet und erfolgt durch die Vergabe von Zuwendungen, die von der Investitionsbank Schleswig-Holstein an die Empfänger ausgezahlt werden. Die Bereitstellung der Zuwendungsmittel, Zinsen und Geldbeschaffungskosten zur Mitfinanzierung der Landeswohnraumförderungsprogramme erfolgt aus dem Zweckvermögen Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung.

Den Ländern stehen nach Art. 143 c GG i. V. m. § 1 Entflechtungsgesetz (Art. 13 des Föderalismusreform-Begleitgesetzes vom 5. September 2006, BGBl. I S. 2098), zuletzt geändert durch Art. 4 des Aufbauhilfegesetzes vom 15. Juli 2013 (BGBl. I S. 2401) von 2014 bis 2019 Kompensationsleistungen des Bundes zu, die für die Ausfinanzierung der Altverpflichtungen des Bundes nach dem Zweites Wohnungsbauengesetz und dem Wohnraumförderungsgesetz sowie zur Finanzierung von investiven Maßnahmen der Wohnraumförderung einzusetzen sind (siehe Titel 884 30).

661 30	411	Erstattung von Zinsen und Geldbeschaffungskosten für Darlehen zur Mitfinanzierung der Landeswohnraumförderungsprogramme	0,0	0,0
(MG 03)			0,0	

Erläuterungen:

Die bei der Refinanzierung von Wohnraumförderungsprogrammen entstehenden Zinsverbindlichkeiten werden aus dem Zweckvermögen Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung getragen. Das Land zahlt daher zurzeit für ein Programmvolumen von 90 Mio. € keine Zinszuschüsse an die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB).

Nach der Ertragsrechnung der Zweckrücklage des Zweckvermögens Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung der IB kann die Tilgung wie bisher aus der Zweckrücklage erbracht werden.

884 30	411	Zuweisung an das Zweckvermögen Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein aus Kompensationsleistungen des Bundes	12.620,0	12.620,0
(MG 03)			12.620,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 331 30 (MG 03) geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Mittel werden gemäß § 10 Abs. 1 Investitionsbankgesetz vom 7. Mai 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 206), zuletzt geändert durch Verordnung vom 4. April 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 143), in die Zweckrücklage des Zweckvermögens Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein übertragen.

Summe der Maßnahmegruppe 03

12.620,0

12.620,0

12.620,0

04 Städtebauförderung

Erläuterungen:

Die Förderung städtebaulicher Maßnahmen hat folgende Ziele:

1. Funktionsstärkung und Aufwertung von Innenstädten und Ortsteilzentren
2. Soziale und wirtschaftliche Stabilisierung sowie städtebauliche Entwicklung in Problemgebieten
3. Zukunftssichernder Stadtumbau insbesondere durch die Entwicklung und Wiedernutzung innerstädtischer Flächen
4. Sicherung und Erhaltung historischer Stadtkerne mit denkmalwerter Bausubstanz
5. Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge in Städten und Gemeinden in dünn besiedelten ländlichen Räumen.

Die Förderung erfolgt im Rahmen von Bund-Länder-Programmen, Landesprogrammen und EU-Programmen (EFRE).

Die Gemeinschaftsfinanzierung der Bund-Länder-Programme (je ein Drittel Bundes-, Landes- und kommunaler Anteil) beruht auf Verwaltungsvereinbarungen über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 b des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen. Die veranschlagten Haushaltsmittel enthalten die finanzielle Abwicklung der Städtebauförderungsprogramme mit den Fälligkeiten 2015.

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
633 41 (MG 04)	692	Zuweisungen an Gemeinden aus Mitteln des Zukunftsprogramms Wirtschaft weggefallen	0,0 0,0	0,0
685 41 (MG 04)	692	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen aus Mitteln des Zukunftsprogramms Wirtschaft weggefallen	0,0 0,0	0,0
883 15 (MG 04)	423	Zuweisungen aus Finanzhilfen des Bundes für Städtebauförderungsprogramme Verpflichtungsermächtigung (in T€)	11.410,0 14.263,0	12.601,0
		2015		
		Neuverpflichtung insgesamt	15.580	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2016	4.100	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2017	4.920	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2018	4.100	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2019 ff	2.460	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 331 15 (MG 04), darüber hinaus bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 233 01 (MG 04) geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Belastung des Haushaltsjahres 2015 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2014 stellt sich wie folgt dar:

		2015 EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre	7.750.000
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2014	4.041.000
Summe		11.791.000

Die finanzielle Abwicklung der einzelnen Programme über mehrere Programmjahre ist in den folgenden Tabellen dargestellt. Die erste Tabelle ist eine Zusammenfassung aller Programme. Aus ihr ergeben sich der Gesamtansatz und die Verpflichtungsermächtigungen.

Programmjahr	2015	2016	2017	2018 ff	Summe
2011	1.981.000	0	0	0	1.981.000
2012	2.561.000	1.535.000	0	0	4.096.000
2013	3.208.000	2.672.000	1.604.000	0	7.484.000
2014	4.041.000	4.876.000	4.083.000	2.448.000	15.448.000
2015	810.000	4.100.000	4.900.000	6.490.000	16.300.000
2016		820.000	4.100.000	11.480.000	16.400.000
2017			830.000	15.670.000	16.500.000
2018				16.600.000	16.600.000
	12.601.000	14.003.000	15.517.000	52.688.000	94.809.000

Die Programme im Einzelnen:

Sanierung und Entwicklung

Programmjahr	2015	2016	2017	2018 ff	Summe
2011	315.000	0	0	0	315.000
2012	174.000	81.000	0	0	255.000
	489.000	81.000	0	0	570.000

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 883 15

Soziale Stadt

Programmjahr	2015	2016	2017	2018 ff	Summe
2011	142.000	0	0	0	142.000
2012	317.000	214.000	0	0	531.000
2013	401.000	333.000	200.000	0	934.000
2014	619.000	752.000	631.000	378.000	2.380.000
2015	370.000	1.310.000	1.550.000	1.770.000	5.000.000
2016		250.000	1.200.000	3.550.000	5.000.000
2017			250.000	4.750.000	5.000.000
2018				5.000.000	5.000.000
	1.849.000	2.859.000	3.831.000	15.448.000	23.987.000

Stadtumbau West

Programmjahr	2015	2016	2017	2018 ff	Summe
2011	879.000	0	0	0	879.000
2012	711.000	427.000	0	0	1.138.000
2013	995.000	829.000	497.000	0	2.321.000
2014	813.000	982.000	823.000	493.000	3.111.000
2015	100.000	1.000.000	1.200.000	1.700.000	4.000.000
2016		230.000	1.110.000	2.660.000	4.000.000
2017			240.000	3.760.000	4.000.000
2018				4.000.000	4.000.000
	3.498.000	3.468.000	3.870.000	12.613.000	23.449.000

Aktive Stadt- und Ortsteilzentren

Programmjahr	2015	2016	2017	2018 ff	Summe
2011	338.000	0	0	0	338.000
2012	583.000	348.000	0	0	931.000
2013	921.000	768.000	461.000	0	2.150.000
2014	694.000	839.000	705.000	421.000	2.659.000
2015	170.000	860.000	1.040.000	1.430.000	3.500.000
2016		170.000	860.000	2.570.000	3.600.000
2017			170.000	3.530.000	3.700.000
2018				3.700.000	3.700.000
	2.706.000	2.985.000	3.236.000	11.651.000	20.578.000

Städtebaulicher Denkmalschutz West

Programmjahr	2015	2016	2017	2018 ff	Summe
2011	145.000	0	0	0	145.000
2012	504.000	302.000	0	0	806.000
2013	386.000	321.000	193.000	0	900.000
2014	1.493.000	1.793.000	1.497.000	900.000	5.683.000
2015	70.000	400.000	470.000	660.000	1.600.000
2016		70.000	400.000	1.130.000	1.600.000
2017			70.000	1.530.000	1.600.000
2018				1.700.000	1.700.000
	2.598.000	2.886.000	2.630.000	5.920.000	14.034.000

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 883 15

Kleinere Städte und Gemeinden

Programmjahr	2015	2016	2017	2018 ff	Summe
2011	162.000	0	0		162.000
2012	272.000	163.000	0		435.000
2013	505.000	421.000	253.000		1.179.000
2014	422.000	510.000	427.000	256.000	1.615.000
2015	100.000	530.000	640.000	930.000	2.200.000
2016		100000	530.000	1.570.000	2.200.000
2017			100.000	2.100.000	2.200.000
2018				2.200.000	2.200.000
	1.461.000	1.724.000	1.950.000	7.056.000	12.191.000

883 16	423	Zuweisungen des Landes für Städtebauförderungsprogramme	10.812,4	15.300,0
(MG 04)			13.179,7	

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2015
Neuverpflichtung insgesamt	16.471
Davon fällig Haushaltsjahr 2016	3.988
Davon fällig Haushaltsjahr 2017	5.850
Davon fällig Haushaltsjahr 2018	3.500
Davon fällig Haushaltsjahr 2019 ff	3.133

Der Ansatz darf bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 233 02 (MG 04) überschritten werden.

Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 883 17 (MG 04).

Erläuterungen:

Zuwendung

Die Belastung des Haushaltsjahres 2015 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2014 stellt sich wie folgt dar:

	2015 EUR
1. In Anspruch genommene VE aus Vorjahren	7.318.300
2. Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2014	3.051.200
Summe	10.369.500

Die finanzielle Abwicklung der einzelnen Programme über mehrere Programmjahre ist in den folgenden Tabellen dargestellt. Die erste Tabelle ist eine Zusammenfassung aller Programme. Aus ihr ergeben sich der Gesamtansatz und die Verpflichtungsermächtigungen.

Programmjahr (alle Programme)	2015	2016	2017	2018 ff	Summe
2011	2.200.000	0	0	0	2.200.000
2012	2.200.000	2.200.000	0	0	4.400.000
2013	2.918.300	2.600.000	2.600.000	0	8.118.300
2014	3.051.200	4.512.500	1.850.500	1.000.000	10.414.200
2014 Mehrbedarf	2.063.000	987.500	1.349.500	700.000	5.100.000
2015	2.867.500	3.000.000	4.500.000	5.932.500	16.300.000
2016		2.000.000	3.000.000	11.400.000	16.400.000
2017			2.000.000	14.500.000	16.500.000
2018				16.600.000	16.600.000
	15.300.000	15.300.000	15.300.000	50.132.500	96.032.500

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	

noch zu 883 16

Die Programme im Einzelnen:

Sanierung und Entwicklung

Programmjahr	2015	2016	2017	2018 ff	Summe
2011	310.000	0	0	0	310.000
2012	350.000	300.000	0	0	650.000
	660.000	300.000	0	0	960.000

Soziale Stadt

Programmjahr	2015	2016	2017	2018 ff	Summe
2011	142.000	0	0	0	142.000
2012	300.000	200.000	0	0	500.000
2013	623.000	152.000	156.000	0	931.000
2014	700.000	1.243.500	323.500	113.000	2.380.000
2015	500.000	500.000	1.500.000	2.500.000	5.000.000
2016		500.000	1.000.000	3.500.000	5.000.000
2017			500.000	4.500.000	5.000.000
2018				5.000.000	5.000.000
	2.265.000	2.595.500	3.479.500	15.613.000	23.953.000

Stadtumbau West

Programmjahr	2015	2016	2017	2018 ff	Summe
2011	933.790	0	0	0	933.790
2012	400.000	800.000	0	0	1.200.000
2013	800.000	855.000	854.000	0	2.509.000
2014	420.200	344.000	447.500	306.000	1.517.700
Mehrbedarf aus 2014	305.800	87.500	500.000	700.000	1.593.300
2015	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	4.000.000
2016		500.000	1.000.000	2.500.000	4.000.000
2017			500.000	3.500.000	4.000.000
2018				4.000.000	4.000.000
	3.859.790	3.586.500	4.301.500	12.006.000	23.753.790

Aktive Stadt- und Ortsteilzentren

Programmjahr	2015	2016	2017	2018 ff	Summe
2011	240.210	0	0	0	240.210
2012	500.000	550.000	0	0	1.050.000
2013	666.000	950.000	950.000	0	2.566.000
2014	694.000	839.000	152.500	421.000	2.106.500
2014 Mehrbedarf	0	0	552.500	0	552.500
2015	500.000	500.000	1.000.000	1.500.000	3.500.000
2016		500.000	500.000	2.600.000	3.600.000
2017			500.000	3.200.000	3.700.000
2018				3.700.000	3.700.000
	2.600.210	3.339.000	3.655.000	11.421.000	21.015.210

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	

T€

noch zu 883 16

Städtebaulicher Denkmalschutz West

Programmjahr	2015	2016	2017	2018 ff	Summe
2011	412.000	0	0	0	412.000
2012	300.000	150.000	0	0	450.000
2013	300.000	343.000	340.000	0	983.000
2014	600.000	1.695.000	500.000	0	2.795.000
2014 Mehrbedarf	1.757.200	900.000	297.000	0	2.954.200
2015	600.000	500.000	500.000	0	1.600.000
2016		200.000	200.000	1.200.000	1.600.000
2017			200.000	1.400.000	1.600.000
2018				1.700.000	1.700.000
	3.969.200	3.788.000	2.037.000	4.300.000	14.094.200

Kleinere Städte und Gemeinden

Programmjahr	2015	2016	2017	2018 ff	Summe
2011	162.000	0	0	0	162.000
2012	350.000	200.000	0	0	550.000
2013	529.300	300.000	300.000	0	1.129.300
2014	637.000	391.000	427.000	160.000	1.615.000
2015	267.500	500.000	500.000	932.500	2.200.000
2016		300.000	300.000	1.600.000	2.200.000
2017			300.000	1.900.000	2.200.000
2018				2.200.000	2.200.000
	1.945.800	1.691.000	1.827.000	6.792.500	12.256.300

883 17	062	Zuweisungen an Gemeinden für Maßnahmen der Nachhaltigen Stadtentwicklung im Rahmen des Programms OP EFRE 2014 - 2020	0,0	0,0
(MG 04)			0,0	

Einseitig deckungsfähig zu Lasten 883 16 (MG 04).

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen als Teil der nationalen Kofinanzierung für Maßnahmen der Nachhaltigen Stadtentwicklung im Operationellen Programm EFRE des Landes Schleswig-Holstein.

883 20	423	Zuweisungen für Forschungsvorhaben zur Weiterentwicklung des Wohnungs- und Städtebaues aus Finanzhilfen des Bundes	0,0	0,0
(MG 04)			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 331 20 (MG 04) geleistet werden.

Erläuterungen:

Der Bund fördert die Durchführung von Forschungsmaßnahmen, mit denen an konkreten Projekten neue, durch praktische Anwendung abgesicherte Erkenntnisse für Bundesaufgaben auf dem Gebiet des Wohnungswesens und des Städtebaus gewonnen oder vorhandene Erkenntnisse auf Handlungsbedarfe des Bundes überprüft werden sollen. Der Einsatz der Mittel erfolgt nach Richtlinien des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt).

883 41	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden aus Mitteln des Zukunftsprogramms Wirtschaft	0,0	0,0
(MG 04)			0,0	

weggefallen

891 41	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen aus Mitteln des Zukunftsprogramms Wirtschaft	0,0	0,0
(MG 04)			0,0	

weggefallen

894 41	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen aus Mitteln des Zukunftsprogramms Wirtschaft	0,0	0,0
(MG 04)			0,0	

weggefallen

Summe der Maßnahmegruppe 04

22.222,4

27.901,0

27.442,7

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	

T€

Summe der Ausgaben

83.409,1
87.214,9

100.153,7

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2014	Soll 2015
			Ist 2013	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	74,5 118,9	53,9
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	23.500,0 27.450,9	29.000,0
31 - 34		Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	24.030,0 24.593,0	25.221,0
Gesamteinnahmen			47.604,5 52.162,8	54.274,9
41 - 49		Personalausgaben	1.436,7 1.440,1	1.436,7
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	75,0 73,9	145,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	47.055,0 45.638,2	58.051,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	34.842,4 40.062,7	40.521,0
Gesamtausgaben			83.409,1 87.214,9	100.153,7
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-35.804,6 -35.052,1	-45.878,8

Anlage zu Kap. 0416 (nachrichtlich)

Zweckrücklage Wohnraumförderung der Investitionsbank Schleswig-Holstein:

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein, Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, wurde gemäß § 1 des Investitionsbankgesetzes (IBG)¹ aus dem Vermögen der Landesbank abgespalten und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts unter dem Namen "Investitionsbank Schleswig-Holstein" errichtet.

Das der abgespaltenen Investitionsbank Schleswig-Holstein zugeordnete Vermögen ist im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die Investitionsbank übergegangen. Die Zweckrücklage Wohnraumförderung, die hierauf entfallende Gewinnrücklage und der Bilanzgewinn wurden Bestandteil des Zweckvermögens Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung.

	EURO
Darlehensforderung 31.12.12	2.329.168.888,49
Zugänge 2013	87.060.229,84
Abgänge 2013	-136.370.972,23
Darlehensforderung 31.12.13	<u>2.279.858.146,10</u>
Bankguthaben (Liquidität) 31.12.13	39.368.628,58
in ersteigerten Grundstücken gebundene Mittel	303.290,00
Abgrenzungsposten, sonstiges	78.898,14
Bankguthaben und sonstige Vermögensgegenstände zum 31.12.13	<u>39.750.816,72</u>

Lfd. Haushaltsplan Nr.	Ist 2013 Mio. €	Ansatz 2014 Mio. €	Ansatz 2015 Mio. €	Ansatz 2016 Mio. €
EINNAHMEN				
ERTRÄGE				
1. Zinsen aus Baudarlehen und Aufwendungsdarlehen	17,469	16,776	18,087	18,207
2. Bankzinsen	0,000	0,065	0,010	0,034
3. Zuschüsse vom Land				
a) aus dem Haushalt	0,000	0,000	0,000	0,000
b) aus der Ausgleichsabgabe	0,000	0,000	0,000	1,700
4. Sonstige Erträge	0,203	1,000	1,000	1,000
SONSTIGE EINNAHMEN				
5. Tilgung				
- planmäßig aus Baudarlehen, Aufwendungsdarlehen	41,910	45,057	44,922	44,723
- außerplanmäßig aus Bau- und Aufwendungsdarlehen	82,041	50,000	50,000	50,000
- Tilgung aus Darlehen zur Krankenhausfinanzierung	7,615	9,900	10,600	11,400
6. Kompensationszahlung (Titel 0416.03.88430)	12,620	12,620	12,620	12,620
7. Verkauf ersteigter Grundstücke	0,148	0,300	0,000	0,000
8. Refinanzierungsdarlehen	0,000	150,000	105,000	70,000
9. Entnahme aus dem Konto		5,181		
Gesamteinnahmen	162,006	290,900	242,239	209,684
AUSGABEN				
AUFWENDUNGEN				
1. Zinsen an den Bund	-2,577	-2,000	-1,806	-2,118
2. Refinanzierungszinsen tatsächlich	-3,043	-1,200	-1,500	-1,200
Refinanzierungszinsen geplant für zukünftige Programme		-1,400	-4,638	-7,700
3. Zuschussförderung	-0,757	-5,000	-5,000	-5,000
SONSTIGE AUSGABEN				
4. Ersteigerung von Eigenheimen	0,000	0,000	0,000	0,000
5. Tilgung an den Bund	-32,451	-19,500	-15,000	-15,000
6. Auszahlung Baudarlehen und Aufwendungsdarlehen	-47,377	-109,800	-121,900	-112,800
7. Auszahlung Darlehen zur Krankenhausfinanzierung	-40,000	-40,000	-40,000	-40,000
8. Auszahlung Sonderkontingent	0,000	-25,000	-50,000	-25,000
9. Refinanzierungstilgung tatsächlich	0,000	-87,000	0,000	0,000
10. Refinanzierungstilgung geplant		0,000	0,000	0,000
11. Zuführung an das Konto	-35,801		-2,395	-0,866
Gesamtausgaben	-162,006	-290,900	-242,239	-209,684

¹ Gesetz vom 7. Mai 2003 (GVBl. Schl.-H. S. 206), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Verordnung vom 12. Oktober 2005 (GVBl. Schl.-H. S. 487 ber. 2006 S. 241) und geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 (GVBl. Schl.-H. S. 789)

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

Abschluss Einnahmen und Ausgaben 2015

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamteinnahmen	
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- einnahmen		
- T€ -									
04 01	Ministerium	2015		412,5	1.069,3			1.481,8	
		2014		900,5	3.369,3			4.269,8	
04 02	Sport	2015				80,0	7.840,0	7.920,0	
		2014				80,0	6.860,0	6.940,0	
04 03	Vermessung und Geoinforma- tion	2015		9.801,0	265,0			10.066,0	
		2014		9.512,5	270,0			9.782,5	
04 04	Bundesangelegenheiten, Ver- tretung des Landes Schleswig- Holstein beim Bund	2015		50,0				50,0	
		2014		50,0				50,0	
04 05	Feuerwehrwesen, Katastro- phen- und Zivilschutz	2015		149,0	1.043,2		13.779,2	14.971,4	
		2014		136,0	1.042,4		13.171,8	14.350,2	
04 07	Ausländer- und Integra- tionsangelegenheiten	2015		320,0				320,0	
		2014		262,0				262,0	
04 10	Polizei	2015		15.429,0	6.259,0	1.010,0		22.698,0	
		2014		15.174,0	5.183,0	4.254,0		24.611,0	
04 16	Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen	2015		53,9	29.000,0	25.221,0		54.274,9	
		2014		74,5	23.500,0	24.030,0		47.604,5	
	Summe Haushalt	2015		26.215,4	37.636,5	26.311,0	21.619,2	111.782,1	
	Summe Haushalt	2014		26.109,5	33.364,7	28.364,0	20.031,8	107.870,0	
	mehr(+) / weniger(-)			0,0	+105,9	+4.271,8	-2.053,0	+1.587,4	+3.912,1

Ausgaben								Jahr	Kapitel
41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben		
- T€ -									
51.746,9	4.025,2		8.332,6		178,0		64.282,7	2015	04 01
51.963,3	6.280,9		8.437,2		86,6		66.768,0	2014	
66,9			7.840,0		2.080,0		9.986,9	2015	04 02
66,9			6.860,0		80,0		7.006,9	2014	
23.163,3	1.121,0		215,0		235,0		24.734,3	2015	04 03
22.845,8	1.075,0		215,0		267,0		24.402,8	2014	
1.187,2	507,5		28,1				1.722,8	2015	04 04
1.188,7	506,0		28,1				1.722,8	2014	
2.304,5	1.035,0	400,0	4.314,5		9.297,1		17.351,1	2015	04 05
2.304,5	1.043,0	400,0	4.461,8		8.995,5		17.204,8	2014	
2.906,0	11.266,6		79.154,0		3.830,0		97.156,6	2015	04 07
2.096,0	3.713,5		44.980,0		2.000,0		52.789,5	2014	
308.494,1	34.558,6		5.552,4	1.455,0	16.551,3		366.611,4	2015	04 10
307.248,4	32.423,0		5.254,7		26.444,0		371.370,1	2014	
1.436,7	145,0		58.051,0		40.521,0		100.153,7	2015	04 16
1.436,7	75,0		47.055,0		34.842,4		83.409,1	2014	
391.305,6	52.658,9	400,0	163.487,6	1.455,0	72.692,4		681.999,5	2015	
389.150,3	45.116,4	400,0	117.291,8		72.715,5		624.674,0	2014	
+2.155,3	+7.542,5	0,0	+46.195,8	+1.455,0	-23,1	0,0	+57.325,5		

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2015

-570.217,4

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2014

-516.804,0

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

Abschluss Verpflichtungsermächtigungen 2015

Kapitel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigung	Von dem Gesamtbetrag entfallen auf				
			2015	2016	2017	2018	2019 ff.
T€							
04 10	Polizei	700,0	700,0				
04 16	Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen	32.051,0	8.088,0	10.770,0	7.600,0	5.593,0	
	Summe des Einzelplans	32.751,0	8.788,0	10.770,0	7.600,0	5.593,0	

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

Einnahmen der Maßnahme- / Titelgruppen 2015

Kapitel MG/TG	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamt- einnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- verfahren	
- T€ -								
04 01	Ministerium							
63	Zentrale Fahrbereitschaft des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten	2015 2014		0,0 0,0				0,0 0,0
04 05	Feuerwehrwesen, Katastro- phen- und Zivilschutz							
03	Maßnahmen im Zusammenhang mit Hochwas- sereinsätzen und anderen Schadenslagen	2015 2014			0,0 0,0			0,0 0,0
62	Schiffsbrandbekämpfung	2015 2014		0,0 0,0	433,7 452,9			433,7 452,9
63	Katastrophenschutz	2015 2014		15,0 25,0				15,0 25,0
65	Havariekommando	2015 2014			499,5 499,5		90,3 121,8	589,8 621,3
04 07	Ausländer- und Integra- tionsangelegenheiten							
02	Integration von Migrantinnen und Migranten	2015 2014		20,0 10,0				20,0 10,0
03	Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten	2015 2014		300,0 250,0	0,0 0,0			300,0 250,0
65	Landesamt für Aus- länderangelegenheiten Schles- wig-Holstein	2015 2014		0,0 2,0				0,0 2,0
04 10	Polizei							
63	Digitalfunk	2015 2014		5,0 5,0	4.046,0 2.970,0	1.010,0 4.254,0	0,0 0,0	5.061,0 7.229,0
68	Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition	2015 2014		287,0 280,0	400,0 400,0			687,0 680,0
71	Kriminaltechnik	2015 2014		5,0 5,0				5,0 5,0
04 16	Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen							
03	Wohnraumförderung	2015 2014				12.620,0 12.620,0		12.620,0 12.620,0
04	Städtebauförderung	2015 2014			0,0 0,0	12.601,0 11.410,0		12.601,0 11.410,0
	Summe Haushalt	2015		632,0	5.379,2	26.231,0	90,3	32.332,5
	Summe Haushalt	2014		577,0	4.322,4	28.284,0	121,8	33.305,2

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2015

Kapitel MG/TG Bezeichnung	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
- T€ -									

04 01 Ministerium

07 Statistik

2015								5.326,0	5.326,0
2014								5.602,8	5.602,8

61 Modernisierung der Verwaltung

2015		27,3				0,0			27,3
2014		27,3							27,3

62 Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

2015	2.198,0	596,8		742,0					3.536,8
2014	1.918,0	425,4		681,6					3.025,0

63 Zentrale Fahrbereitschaft des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten

2015	2.296,8	734,0				50,0			3.080,8
2014	2.246,8	731,0				50,0			3.027,8

64 Verfassungsschutz

2015	4.820,0	788,0		60,0		106,0			5.774,0
2014									

66 Ausgleichsabgabe nach SGB IX

2015	29,2			20,0					49,2
2014	29,2			20,0					49,2

72 Ausgaben für Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit, Gesundheitsförderung

2015	0,0	265,0				0,0			265,0
2014	0,0	276,0				15,0			291,0

04 02 Sport

03 Finanzierung/Förderung des Baus von Sportstätten für den Hochleistungssport aus Bundeszuweisungen

2015						80,0			80,0
2014						80,0			80,0

04 03 Vermessung und Geoinformation

69 Outputorientierte Personalkosten

2015	255,5								255,5
2014	255,5								255,5

04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz

03 Maßnahmen im Zusammenhang mit Hochwassereinsätzen und anderen Schadenslagen

2015				0,0					0,0
2014				350,0					350,0

61 Förderung des Feuerwehrwesens

2015		145,0	400,0	2.125,6		7.997,1			10.667,7
2014		110,0	400,0	1.887,9		7.733,1			10.131,0

62 Schiffsbrandbekämpfung

2015		24,0		923,9		0,0			947,9
2014		24,0		923,9		38,4			986,3

63 Katastrophenschutz

2015		184,5		583,0		980,0			1.747,5
2014		237,0		586,5		784,0			1.607,5

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2015

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung	- T€ -							
65	Havariekommando								
	2015				682,0				682,0
	2014				713,5				713,5
69	Outputorientierte Personalkosten								
	2015	901,9							901,9
	2014	901,9							901,9
04 07	Ausländer- und Integrationsangelegenheiten								
02	Integration von Migrantinnen und Migranten								
	2015		6,0		7.420,0				7.426,0
	2014		2,0		2.200,0				2.202,0
03	Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten								
	2015		11.075,0		71.734,0		3.000,0		85.809,0
	2014		3.590,5		42.780,0		2.000,0		48.370,5
65	Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein								
	2015	2.090,0	140,6				830,0		3.060,6
	2014	1.280,0	93,5				0,0		1.373,5
69	Outputorientierte Personalkosten								
	2015	816,0							816,0
	2014	816,0							816,0
04 10	Polizei								
62	Polizei-Bigband								
	2015	628,6	5,0						633,6
	2014	949,7	11,2						960,9
63	Digitalfunk								
	2015		4.877,0		1.917,6	1.455,0	960,5	0,0	9.210,1
	2014		2.666,0		1.813,0	0,0	4.699,6	0,0	9.178,6
64	Fahndung, Ermittlung, Einsatz								
	2015	22,0	3.274,0						3.296,0
	2014	22,0	2.895,0						2.917,0
66	Rat für Kriminalitätsverhütung								
	2015		500,0		13,6				513,6
	2014		350,0		13,6				363,6
68	Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition								
	2015	10,0	680,2				213,0		903,2
	2014	14,0	720,6				550,0		1.284,6
69	Outputorientierte Personalkosten (Polizei - ministerieller Bereich)								
	2015	1.711,3							1.711,3
	2014	1.711,3							1.711,3
71	Kriminaltechnik								
	2015	25,0	1.597,0				940,0		2.562,0
	2014	20,0	1.790,6				703,0		2.513,6
04 16	Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen								
03	Wohnraumförderung								
	2015				0,0		12.620,0		12.620,0
	2014				0,0		12.620,0		12.620,0

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2015

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung								
- T€ -									

04 Städtebauförderung

	2015						27.901,0		27.901,0
	2014						22.222,4		22.222,4
Summe	2015	15.804,3	24.919,4	400,0	91.547,7	1.455,0	55.677,6	0,0	189.804,0
Summe	2014	10.164,4	13.950,1	400,0	57.572,8	0,0	51.495,5	0,0	133.582,8

Zusätzliche Erläuterungen

für den

Aufgabenbereich: Förderung des außerschulischen Sports

Globale Zielbeschreibung und Unterziele	<p>Aufgrund des Gesetzes zur Ausführung des Ersten Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland vom 1. Februar 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 64), geändert durch das Gesetz zur institutionellen Förderung des Landesfeuerwehrverbandes vom 15. Dezember 2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 493/494), sind von den Zweckabgaben, nach Erfüllung der anderen sich aus dem Gesetz ergebenden Verpflichtungen, acht Prozent, mindestens 8 Mio. Euro für die Förderung des Sports zu verwenden. Davon sind 90 Prozent für den Landessportverband, acht Prozent für die allgemeine Förderung des außerschulischen Sports und zwei Prozent für die Förderung des außerunterrichtlichen Schulsports bestimmt. Über die Verwendung dieser Mittel befinden die zuständigen Ministerien. Das Innenministerium hat die Richtlinie „Förderung des Sports in Schleswig-Holstein“ (Sportförderrichtlinie) vom 4. Dezember 2013 (Amtsblatt Schl.-H. S. 1112) erlassen. Diese Richtlinie regelt die Vergabe der Fördermittel für die allgemeine Förderung des außerschulischen Sports durch das Innenministerium, soweit sie nicht für strategisch konzeptionelle Ziele der Sportentwicklung in Schleswig-Holstein durch das IM selbst eingesetzt werden. Durch die Zuwendungen des Innenministeriums sollen Einrichtungen, Maßnahmen und Projekte zur Unterstützung und Weiterentwicklung eines landesweiten, vielfältigen und sozialverträglichen Sportangebotes gefördert werden.</p> <p>Insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> • der Breitensport (vorrangig Kinder und Jugendliche), • Sportmaßnahmen für Menschen mit Behinderungen, • Einrichtungen des Leistungssports (Baumaßnahmen und Betriebskosten von Bundesstützpunkten und Leistungssportzentren der Landesfachverbände und Häuser der Athleten) insbesondere bei anteiliger Förderung des Bundes, • Sportveranstaltungen mit überregionaler Bedeutung, z.B. Meisterschaften, • Erstellung von kommunalen Sport(stätten)entwicklungsplänen, • Umsetzung von Maßnahmen für Bewegung im öffentlichen Raum auf Grundlage einer Sportentwicklungsplanung, • Maßnahmen zur Integration durch Sport, • Maßnahmen gegen Doping im Sport, • Maßnahmen zur Unterstützung der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am Vereinssport, insbesondere wenn die Berechtigung nach dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung vorliegt, • Partnerschulen des Leistungssports, • Fußball Fan-Projekte.
--	---

Kennzahlen/Indikatoren für				
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Mengen (Anzahl Bescheide)			Qualitäten/ Bürgerorientierung
	2013 (Ist)	2014 (Plan)	2015 (Plan)	
• Förderung des Landessportverbandes Schleswig-Holstein und seiner Einrichtungen	1	1	1	Antragsabwicklung
• Mitgliederzahl im LSV	793.780			
Davon:				
Erwachsene	513.429			
Jugendliche (bis 18J.)	280.351			
• Anzahl der Vereine im LSV	2.697			

Kennzahlen/Indikatoren für				
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Mengen (Anzahl Bescheide)			Qualitäten/ Bürgerorientierung
	2013 (Ist)	2014 (Plan)	2015 (Plan)	
Anzahl der Zuwendungsbescheide				
• Sportprojekte/ Veranstaltungen	22	20	20	
• Leistungssport einschl. Baumaßnahmen	7	6	6	
• Sportmaßnahmen für Menschen mit Behin- derungen	15	15	15	
• Anti Doping Maßnah- men	1	1	1	
• Integration durch Sport	5	3	3	
• Sportstättenentwick- lungsplanung	5	3	3	
• Stärkung des Ehren- amtes/Ehrungen	35	30	25	
• Strategisch konzeptio- nelle Ziele der Sport- entwicklung in SH	1	1	1	
• Breitensport (vorrangig Kinder und Jugendli- che) s.o. Sportprojek- te/Veranstaltungen	--	--	--	
• Unterstützung der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am Vereinssport	1	3	3	
• Fußball-Fan-Projekte	2	2	2	
• Partnerschulen des Leistungssports	2	2	3	
Externe Zielgruppen	Schleswig-holsteinische Kommunen, gemeinnützige Vereine und Ver- bände, sowie deutsche Sportvereine in Nordschleswig, wenn sie gleich- zeitig auch Träger der Maßnahme sind.			
Vereinbarungszeitraum	2015			
Position der Zielverein- barung im Landeshaus- halt	Einzelplan: 04 Kapitel: 0402			
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	Gesetz zur Ausführung des Ersten Staatsvertrages zum Glücksspielwe- sen in Deutschland vom 1. Februar 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 64); Sport- förderrichtlinie in der Fassung vom 4.12.2013 (Amtsbl. Schl.-H. S.1112).			
Zeitplan / Meilensteine	Die Bewilligungen erfolgen für die Projekte aus den jährlich vorhandenen Haushaltsmitteln			
Berichtswesen	Nicht vorgesehen			

Zusätzliche Erläuterungen

für den

Aufgabenbereich:

Vermessung und Geoinformation

Globale Zielbeschreibung und Unterziele

Nach dem Vermessungs- und Katastergesetz (VermKatG) ist es die Aufgabe der Landesvermessung die geodätischen Grundlagen für eine allgemeine Landesaufnahme, für das Liegenschaftskataster und für andere Vermessungen zu schaffen und zu erhalten, das gesamte Landesgebiet aufzunehmen und die Ergebnisse in Karten und digitalen Modellen darzustellen. Die digitalen Modelle müssen als Basis für geographische Informationssysteme geeignet sein. Die Landesvermessung hat insbesondere die Belange von Planung, Rechtsverkehr, Verteidigung, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft sowie des Umwelt- und Naturschutzes zu berücksichtigen.

Nach dem o. g. Gesetz sind im Liegenschaftskataster die Flurstücke und Gebäude (Liegenschaften) für das Landesgebiet nachzuweisen, wie es die Belange der Planung einschließlich der Bauleitplanung, des Rechtsverkehrs, der Verwaltung und der Wirtschaft an ein grundstücksbezogenes Basisinformationssystem erfordern. Das Liegenschaftskataster muss geeignet sein, als amtliches Verzeichnis der Grundstücke im Sinne des § 2 Absatz 2 der Grundbuchordnung (GBO) zu dienen, es muss die Ergebnisse der amtlichen Bodenschätzung nachweisen.

Auf der Grundlage des Geodateninfrastrukturgesetzes für das Land Schleswig-Holstein (GDIG) nimmt die Koordinierungsstelle Geodateninfrastruktur Schleswig-Holstein (Kst. GDI-SH) Aufgaben im Bereich Geoinformation wahr. Dazu zählen die Koordinierung der Ausführung der Beschlüsse des Lenkungsgremiums Geodateninfrastruktur Schleswig-Holstein (LG GDI-SH) und die operativen Aufgaben beim Ausbau und Betrieb der Geodateninfrastruktur Schleswig-Holstein (GDI-SH).

Zuständig für die Landesvermessung, Einrichtung, Fortführung und Erneuerung des Liegenschaftskatasters sowie Geoinformation ist das **Landesamt für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein (LVermGeo SH)**.

Es ist 2011 auf der Grundlage des Konzeptes „Zentrale Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung auf Landesebene“ aus den 8 Katasterämtern und dem Landesvermessungsamt Schleswig-Holstein hervorgegangen. Die abschließenden Maßnahmen zur Reorganisation der Vermessungs- und Katasterverwaltung sollen 2017 erfolgen.

Landesvermessung

1. Die geodätischen Grundlagen umfassen die Herstellung, Erhaltung und Erneuerung des Lage-, Höhen- und Schwerefestpunktfeldes sowie die Einrichtung und Unterhaltung von Referenzstationen eines Satellitenpositionierungsdienstes zur Realisierung des Raumbezuges.
2. Die Landesaufnahme umfasst die regelmäßige Aufnahme aller topographischen Veränderungen sowie die Bereitstellung des Amtlichen Topographisch-Kartographischen Informationssystems (ATKIS®).
3. Das Landesgebiet in Karten und digitalen Modellen darzustellen bedeutet die Bearbeitung und Herausgabe von topographischen Landeskartenwerken sowie die Bereitstellung von Produkten auf der Basis von ATKIS®.
4. In einer IT-Leitstelle werden alle IT-Belange der Vermessungs- und Katasterverwaltung betreut. Das umfasst die Beschaffung, Installation und Pflege der Hardware und Netze sowie die Beschaffung, Entwicklung, Pflege und Schulung von Anwendersoftware.

Liegenschaftskataster

1. Als Grundlage für die Fortführung des Liegenschaftskatasters werden auf Grund von Anträgen Vermessungen (Teilungen, Gebäudeeinmessungen, Grenzerstellungen, etc.) durchgeführt, deren Ergebnisse dann in das Liegenschaftskataster übernommen werden.
2. Das L VermGeo SH hat die Nachweise des Liegenschaftskatasters vorzuhalten, um jedem daraus Auskünfte und analoge oder digitale Auszüge erteilen zu können.
3. Für die Fortführung des Liegenschaftskatasters müssen auch die Ergebnisse der Vermessungen der anderen Vermessungsstellen (beigebrachte Vermessungen) in die Nachweise des Liegenschaftskatasters übernommen werden.
4. Nach Abschluss von Flurbereinigungen ist das Liegenschaftskataster neu aufzustellen, da der Flurbereinigungsplan, sobald er rechtskräftig geworden ist, das Liegenschaftskataster als amtliches Verzeichnis der Grundstücke ersetzt.
5. Um den Anforderungen der Nutzer an ein Geobasisinformationssystem gerecht zu werden und um den Nutzern die Möglichkeit zu eröffnen, einen schnellen, unkomplizierten und zeitgemäßen Vertriebsweg zu nutzen, wurden die bisher getrennt geführten Daten des Automatisierten Liegenschaftsbuchs (ALB) und der Automatisierten Liegenschaftskarte (ALK) in 2011 in einem System, dem Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS[®]), zusammengeführt. Daten, die nicht automatisiert in das ALKIS[®]-Modell überführt werden konnten, müssen durch Nachmigrationen überführt werden.

Geoinformation

Mit Inkrafttreten des GDIG hat sich die Aufgabe des ressortübergreifenden Geodatenmanagements im L VermGeo SH erweitert und eine formelle Grundlage bekommen. Die Bereitstellung und Verwendung der Geobasisdaten ist in diesem Zusammenhang über die Nutzung der fachneutralen Kernkomponenten geregelt. Damit ist eine wesentliche Grundlage für die GDI-SH in Form von einheitlichen Geobasisdaten gelegt. Die Aufgaben werden im Rahmen von Servicestellen wahrgenommen. Erweitert hat sich die Zuständigkeit des L VermGeo SH als Kst. GDI-SH, die für Land und Kommunen als zentrale Kontaktstelle für die Datenbereitstellung gemäß der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2007 zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft - INSPIRE - fungiert. Über die INSPIRE-Initiative sind künftig Geodaten aus 34 Annexthemen standardisiert bereitzustellen. Neben den eigenen Geobasisdaten sind auch Fachdaten von Land und Kommunen als Dienste anzubieten. Da über INSPIRE ein eigenes Datenmodell gesetzlich verpflichtend eingebracht worden ist, sind landesweit die betroffenen Geodaten aufzubereiten und in Form von Diensten bereitzustellen. Mit Beschluss 2013-1 des LG GDI-SH vom 13.01.2013 ist das Konzept Zielarchitektur Geodateninfrastruktur Schleswig-Holstein angenommen worden. Die GDI wird nunmehr auf dieser Basis ausgebaut. INSPIRE-relevante Geodaten werden standardisiert und zentral bereitgestellt. Vorhandene GDI-Bausteine für die Präsentation (DigitalerAtlasNord - DANord) und der Recherche von Daten (Metadatensuche über das schleswig-holsteinische Metainformationssystem - SH-MIS) werden integriert. Dem Geoserver kommt hierbei die zentrale Funktion als Daten- und Dienstzugriffsstelle für Geobasisdaten zu.

Reorganisation

Die zentrale Zusammenfassung der Aufgaben der Vermessungs- und Katasterverwaltung erfordert die organisatorische Bündelung der Aufgaben der acht Katasterämter und des Landesvermessungsamtes Schleswig-Holstein in einer Landesbehörde. Abgeleitet von notwendigen Grundgrößen der Behördenteile an einzelnen Standorten sieht das Konzept vor, dass es neben der zentralen Stelle in Kiel an vier weiteren Standorten im Land Außenstellen geben soll.

	<p><u>Strategische Ziele:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Verwaltung, Wirtschaft, Verteidigung, Wissenschaft usw. mit aktuellen, genauen, zuverlässigen Geoinformationen. ➤ Schutz des Eigentums an Grund und Boden. ➤ Aufgabenerfüllung auf der Grundlage moderner und betriebswirtschaftlich optimaler Arbeitsprozesse (Satellitenvermessung, Laserscane Erfassung, digitale Orthophotos, automatische Modell- und Kartographische Generalisierung, zentrale Photogrammetrie und Datenanalyse, Kst. GDI-SH und IT-Leitstelle). ➤ Reorganisation der Vermessungs- und Katasterverwaltung.
--	--

Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung im Bereich <u>Landesvermessung</u>	Kennzahlen/Indikatoren für			Qualitäten/Bürgerorientierung
	Mengen			
	2013 (Ist)	2014 (Plan)	2015 (Plan)	
Grundlagenvermessung	<u>Punkte</u>			
- Pflege geodätisches Grundnetz	49	49	49	<p>Das geodätische Grundnetz bildet zusammen mit den Höhen- und Schwerenetzen 1. Ordnung die Basis und Langzeitsicherung für den Raumbezug und den Satellitenpositionierungsdienst.</p> <p>Der amtliche Satellitenpositionierungsdienst der deutschen Landesvermessung (SAPOS®) wird für ganz Deutschland von den in der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV) organisierten Vermessungsverwaltungen der Bundesländer und den Fachbehörden mit Vermessungsaufgaben der Bundesministerien für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung, des Innern und der Verteidigung im Rahmen ihres hoheitlichen Auftrags betrieben. Er bildet mit seinen Referenzstationssystemen eine geodätische Grundinfrastruktur für den Raumbezug im Zentrum Europas. Eine hohe Verfügbarkeit ist eine unabdingbare Voraussetzung für den betriebswirtschaftlichen Einsatz des SAPOS® und die dadurch möglich werdende Einschränkung der Pflege und Erhaltung sowie des trigonometrischen Netzes als auch des Höhenfestpunktnetzes.</p>
- Positionierungsdienst	<u>Verfügbarkeit in %</u>			
	99,9	100	100	

Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung im Bereich <u>Landesvermessung</u>	Kennzahlen/Indikatoren für			Qualitäten/Bürgerorientierung
	Mengen			
	2013 (Ist)	2014 (Plan)	2015 (Plan)	
Topographische Landesaufnahme				
Bereitstellung des Amtlichen Topographisch-Kartographischen Informationssystems (ATKIS®)				Durch die Umstellung auf das AFIS®-ALKIS®-ATKIS® (AAA)-Modell konnte die periodische Aktualisierung nicht in vollem Umfang erbracht werden. Die Spitzenaktualität ist für die gesamte Landesfläche gewährleistet.
	<u>Fläche in km²</u>			
- ATKIS® - Digitales Landschaftsmodell 1:5.000 (Basis-DLM)	7.688	9.000	9.000	
- ATKIS® - Digitales Orthophoto (DOP)	7.448	7.000	7.000	Die DOP bilden einen wesentlichen Bestandteil aktueller Geobasisdaten. Intern dienen sie in erster Linie zur Aktualisierung des Basis-DLM. Sie sind im 3-jährigen Zyklus fortzuführen. Der Bildflug wird in Kooperation mit dem Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (MELUR) durchgeführt.
- ATKIS® - Digitales Gelände-Modell (DGM)	500	6.000	6.000	Das auf Laserscan-Befliegung basierende DGM ist mit Hilfe der digitalen Photogrammetrie zu aktualisieren, Bruchkanten sind festzulegen und an das Basis-DLM anzupassen. Um die Arbeitsleistung zu gewährleisten, sind weitere Entwicklungen und Softwaremodule erforderlich. Die geplante Aktualisierung von 6.000 km ² konnte aufgrund knapper Personalressourcen nicht realisiert werden.
- ATKIS® - Digitale Topographische Karte 1:5.000 (DTK5), 4359 Stück	16.000	16.000	16.000	Zur Vorhaltung eines aktuellen großmaßstäbigen topographischen Kartenwerks 1:5.000 (DTK5) ist die jährliche Bearbeitung der Landesfläche erforderlich. Die Daten des Basis-DLM werden dabei durch weitere aus ALKIS® ergänzt (Flurstücke, Gebäude). Die DTK5 wird aus diesen beiden Datensätzen jährlich landesweit, vollautomatisiert abgeleitet.

Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung im Bereich <u>Landesvermessung</u>	Kennzahlen/Indikatoren für			Qualitäten/Bürgerorientierung
	Mengen			
	2013 (Ist)	2014 (Plan)	2015 (Plan)	
Kartenwerke und digitale Modelle	<u>Kartenblätter</u>			<p>Aufgrund der Priorität der Digitalen Topographischen Karte 1:100.000 (DTK100), um den vereinbarungsgemäß festgelegten Bedarf der Bundeswehr bis Ende 2011 zu erfüllen, wurde diese landesweit im Rahmen der Modell- und kartographischen Generalisierung (AdV-Projekt) auf der Grundlage des ATKIS® Basis-DLM neu erstellt. Im Jahr 2016 muss die TK 100 spätestens aktualisiert werden. Im Rahmen dieses AdV-Projektes sollten bis Mitte 2014 zunächst die DTK50, und parallel dazu von 2014 bis 2017 die DTK25 neu erstellt werden. Aufgrund von knappen Personalressourcen verzögert sich die Neuerstellung.</p> <p>Aktuell kann der 5-jährige Fortführungszyklus der DTK25 und DTK50 nicht eingehalten werden. Aufgrund des höheren Automationsgrades bei der Modell- und kartographischen Generalisierung kann ab 2017 der Fortführungszyklus für diese drei DTK-Produkte voraussichtlich wieder erreicht werden.</p> <p>Die Kreiskarten und die flächendeckend geführten Freizeitkarten sind im Rahmen des Verwaltungsbedarfs und im Interesse des Tourismusbereichs zu aktualisieren.</p>
- Topographische Karte 1: 100.000 (TK100), 17 Stück	0	0	0	
- Topographische Karte 1: 50.000 (TK50), 54 Stück	27	27	0	
- Topographische Karte 1:25.000 (TK25), 177 Stück	0	29	59	
- Kreis- und Freizeitkarten	4	4	4	
	<u>Fläche in km²</u>			
- ATKIS®-Internetkarte Web AtlasDE	27.000	27.000	27.000	Die für Online-Dienste erstellten Internetkarten sind jährlich landesweit auf der Grundlage des ATKIS® Basis-DLM zu aktualisieren. Sie sind wesentlicher Bestandteil der Online-Dienste bzw. des DANord.

	Kennzahlen/Indikatoren für			
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung im Bereich <u>Landesvermessung</u>	Mengen			Qualitäten/Bürgerorientierung
	2013 (Ist)	2014 (Plan)	2015 (Plan)	
<p>- IT-Leitstelle</p> <p>Hard- und Softwareausstattung werden laufend ersetzt, jeweils 100 PC im Jahr. Ergänzungsbeschaffung von Flachbildschirmen für das AAA-Projekt:</p> <p style="text-align: center;"><u>Anzahl</u></p> <p style="text-align: center;">40 100 100</p> <p>Umzug mit den zentralen Komponenten des AAA-Verfahrens in das neue Dataport-Rechenzentrum RZ² in den Jahren 2014 und 2015.</p>				<p>Die in Kooperation mit weiteren Bundesländern entwickelten Softwarekomponenten zur Führung der Daten des AFIS[®]-ALKIS[®]-ATKIS[®]-Konzeptes der AdV sind unerlässlich zur einheitlichen Datenhaltung der amtlichen Geodaten des Liegenschaftskatasters und der Landesvermessung. Mit dem AAA-Projekt wird das Ziel verfolgt, bessere einheitliche Produkte und eine stärkere Verwendung der Geobasisdaten zu erreichen.</p> <p>Die länderübergreifende Zusammenarbeit bei fachlichen IT-Maßnahmen unterstreicht die Notwendigkeit einer IT-Leitstelle innerhalb des L VermGeo SH.</p>
<p>Zeitnahe Durchführung von Vermessungen und Aktualisierung der Nachweise (Fortführung des Liegenschaftskatasters)</p> <p style="text-align: center;"><u>Anzahl Auftragseingänge (Antragszahlen) je Produkt</u></p> <p>Produkte:</p> <p>- eigene Zerlegungen</p> <p>- eigene Gebäudeeinnmessungen</p> <p>- eigene Grenzherstellungen</p> <p>- eigene langgestreckte Anlagen</p> <p>- beigebrachte Zerlegungen</p> <p>- beigebrachte Gebäudeeinnmessungen</p> <p>- beigebrachte Grenzherstellungen</p> <p>- beigebrachte langgestreckte Anlagen</p>				<p>Ordnungsgemäße und kundengemäße Auftragsabwicklung.</p>
	537	400	300	
	3.108	3.000	2.500	
	156	150	130	
	10 km	8 km	8 km	
	3.378	3.500	3.600	
	7.793	8.000	8.500	
	1.027	1.100	1.100	
	41 km	40 km	40 km	

Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung im Bereich <u>Landesvermessung</u>	Kennzahlen/Indikatoren für			Qualitäten/Bürgerorientierung
	Mengen			
	2013 (Ist)	2014 (Plan)	2015 (Plan)	
- Katasterbenutzungen	42.205	41.000	40.000	Seit 2010 können auch Kommunen und Öffentlich bestellte Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure über den Geoserver amtliche Auszüge erteilen.
	Auszüge aus den Nachweisen des Liegenschaftskatasters			
- Erneuerungsarbeiten	<p>Erneuerung des Liegenschaftskatasters nach Flurbereinigungen.</p> <p>Insgesamt ist das Liegenschaftskataster noch für eine Fläche von ca. 55.000 ha neu aufzustellen (Stand 31.12.2013).</p> <p>Ist 2012: 4.000 ha Ist 2013: 8.000 ha</p> <p>In den Jahren 2014 bis 2015 soll jeweils das Liegenschaftskataster für eine Fläche von 10.000 ha neu aufgestellt werden.</p> <p>Dies ist auch Aufgabe für die Folgejahre.</p> <p style="text-align: center;"><u>Fläche in km²</u></p>			Flurbereinigungsverfahren verursachen umfangreiche Arbeiten, in der Regel sind sie mit Neuvermessungen der Verfahrensgebiete verbunden. Nach Abschluss der Flurbereinigungsschlussvermessungen ist das Liegenschaftskataster zu erneuern, um den Belangen der Planung einschließlich der Bauleitplanung, des Rechtsverkehrs, der Verwaltung und der Wirtschaft an ein grundstücksbezogenes Basisinformationssystem gerecht zu werden.
- Photogrammetrie	100	20	60	
- Koordinatenbestimmung	1,5	20	30	
- Analyseverfahren	4,6	20	30	
	In Folge des Umstiegs auf das Verfahren ALKIS® im Jahr 2011 und der Einarbeitung konnte in den Jahren 2012 und 2013 nur ein geringer Fortschritt in den oben genannten Bereichen erzielt werden.			
- Topographische Erfassung von Gebäuden	1.503	1.500	1.500	Durch die Bereitstellung topographisch erfasster Gebäudedaten wird ein wichtiger Beitrag zur Vollständigkeit und Aktualität der Gebäude im Liegenschaftskataster geleistet. Die Vervollständigung der Adressdaten ist ein wesentliches Qualitätskriterium des Liegenschaftskatasters.

	Kennzahlen/Indikatoren für	
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung im Bereich <u>Landesvermessung</u>	Mengen 2013 (Ist) 2014 (Plan) 2015 (Plan)	Qualitäten/Bürgerorientierung
<p>- Nachmigration</p> <p>- Qualitätssicherung</p> <p>Digitalisierung</p>	<p>Folgearbeiten nach dem Umstieg auf das bundeseinheitliche System ALKIS®.</p> <p>Bei der Migration der Altdaten konnten ca. 11.000 Objekte nicht automatisch umgesetzt werden. Diese Migrationsobjekte sind von 2012 bis 2014 händisch überführt worden.</p> <p>Durchführung eines Pilotverfahrens von 2013 bis 2015 zur integrativen Aktualisierung der tatsächlichen Nutzung auf Grundlage von Luft- und Fernerkundungsdaten.</p> <p>Um dem Anspruch an ein Informationssystem gerecht zu werden, sind Informationen nachzuerfassen bzw. zu ergänzen. Parallel dazu ist der Datenbestand einer ständigen Qualitätskontrolle zu unterziehen.</p> <p>Aufbau des Digitalen Archivs</p> <p>Die Katasterabteilungen führen umfangreiche Vermessungsunterlagen in analoger Form. Diese bestehen aus Papier und Folien in unterschiedlichen Formaten und Qualitäten. Zur Reduzierung der Bearbeitungszeiten im täglichen Gebrauch, zur Sicherung neuer Dokumente, zur Realisierung eines multiplen Zugriffs und zum Erhalt des Bestandes wird dieses Archiv auf digitale Führung umgestellt.</p>	<p>Das ALKIS®-Konzept ist Bestandteil des AFIS®-ALKIS®-ATKIS®-Konzeptes der AdV und ist unerlässlich zur Schaffung eines einheitlichen amtlichen Geodatenbestands der Vermessungs- und Katasterverwaltung aus den digitalen Daten des Liegenschaftskatasters, der Topographie und der Landesvermessung. Mit ALKIS® werden mehrere Ziele verfolgt, die letztlich zu besseren Produkten und einer stärkeren Kundenorientierung führen sollen.</p> <p>Die digitale Führung der Daten soll die Originale ersetzen und gleichzeitig als Gebrauchsarchiv dienen. Durch die Digitalisierung werden die bis zu 125 Jahre in Gebrauch befindlichen Dokumente vor dem Verfall bewahrt.</p>

	Kennzahlen/Indikatoren für	Qualitäten/Bürgerorientierung
<p>Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung im Bereich <u>Geoinformation</u></p> <p>- Geoportal als Baustein der Geodateninfrastruktur Schleswig-Holstein</p>	<p>1. Geoserver (Internetvertriebssystem) Nutzungswege:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Shop 2. Bezug von digitalen Daten, 3. Auszüge aus dem Liegenschaftskataster (ALKIS) 4. Auskunft- und Bearbeitungssystem 5. Geo-Webdienste <p><i>Plan 2014/15: Optimierung des digitalen (Geo)datenvertriebs</i></p> <p>2. SH-MIS: Bereitstellung von Metadaten für die GDI-SH und INSPIRE</p> <p>3. DANord: Präsentation von Geodaten</p> <p>4. INSPIRE-Datenbereitstellung: Daten- und Dienstebereitstellung von INSPIRE betroffenen Geodaten</p> <p><i>Plan: Aufbau Zielarchitektur bis 2017</i></p>	<p>Mit dem in Kooperation zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein entwickelten Geoserver werden über das Internet Geodaten und Geodatendienste für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung vertrieben und bereitgestellt. Der Geoserver ist eine wesentliche Grundlage der Geodateninfrastruktur Schleswig-Holstein und Bestandteil der E-Government-Strategie des Landes Schleswig-Holstein.</p> <p>Im Rahmen des GDIG ist ein Geoportal aufgebaut worden, über das Daten recherchiert (SH-MIS), präsentiert (DANord, ein Kooperationsprojekt der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg mit Beteiligung der Kommunen) und bereitgestellt (Geoserver, INSPIRE-Komponente) werden können.</p>
<p>- Zusammenlegung räumlich getrennter Abteilungen</p>	<p>Zusammenlegung der Standorte - der Abteilung 7 in Elmshorn.</p>	<p>Geeignete schlankere Strukturen öffentlicher Verwaltung zu schaffen, Bürokratie abzubauen, Verwaltungsprozesse zu vereinfachen, Effizienzpotentiale zu heben, vorhandene Ressourcen sparsam einzusetzen und eine konsequente Bürgerorientierung zu verwirklichen.</p>

	Wirtschaftlichkeit/Kosten	Fachliche Zielerreichung
Analyse und Optimierung sowie Standardisierung der internen Arbeitsabläufe zur Auftragsabwicklung (insbesondere) in den Marktleistungsbereichen zur Reduzierung der Produktkosten (Benchmarking zwischen den Katasterabteilungen).	<p>Nutzung eines auf der Kosten- und Leistungsrechnung basierenden Berichtswesens.</p> <p>In Folge des Umstiegs auf das Verfahren ALKIS® im Jahr 2011 und der Einarbeitung 2012 wurden anders als in den Vorjahren die eigenen Vermessungen nicht kostendeckend durchgeführt. Für 2015 soll weiterhin eine Kostendeckung erzielt werden.</p>	<p>Optimierung der Leistungserstellung bei mindestens gleichbleibend hoher Qualität.</p>
Externe Zielgruppen	<p>Bürgerinnen und Bürger Kommunen, Kreise und Ämter Notarinnen und Notare Wasser- und Bodenverbände Flurbereinigungsverwaltung Finanzverwaltung und Grundbuchämter Energieversorgungsunternehmen Sonstige andere Stellen der Verwaltung und der Wirtschaft</p>	
Vereinbarungszeitraum	2015	
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	<p>Einzelplan: 04 Kapitel: 03 Weitere Haushaltsmittel (Informationstechnologie) sind seit dem HH-Jahr 2013 im Kapitel 1402, Einzelplan 14, nachgewiesen.</p>	
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	<p>Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (Vermessungs- und Katastergesetz – VermKatG) vom 12. Mai 2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 128), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Dezember 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 782). Geodateninfrastrukturgesetz für das Land Schleswig-Holstein (GDIG) vom 15. Dezember 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 717), geändert durch Gesetz vom 19. Januar 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 89, 94). Landesverordnung zur Durchführung des Vermessungs- und Katastergesetzes vom 12. Mai 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 312). Landesverordnung zum Lenkungsgremium und zur Koordinierungsstelle Geodateninfrastruktur Schleswig-Holstein (Lenkungs- und Koordinierungsverordnung zur GDI-SH - GDILenKVO) vom 14. Februar 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 288). Landesverordnung über Gebühren des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein (VermGebVO) vom 6. November 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 716).</p> <p>Entgeltordnung des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein (VermEgO) vom 1. Januar 2013. Konzept „Zentrale Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung auf Landesebene“ vom 20.04.2010.</p>	
Zeitplan/Meilensteine	<p>SAPOS®: - 100 % Verfügbarkeit im Jahr 2015.</p> <p>ATKIS®: - Einhaltung des 5-Jahres-Zyklus‘ im Jahr 2015.</p> <p>Erneuerungsarbeiten: - Für Flurbereinigungsverfahren (Stand 31.12.2013), für die Schlussvermessungen durchgeführt werden können, soll das Liegenschaftskataster in den nächsten 7 Jahren neu aufgestellt werden.</p> <p>Zusammenlegung: Abteilung 7 im Jahr 2017.</p>	
Berichtswesen	<p>Interner Bericht: Jahresbericht zur Kosten- und Leistungsrechnung.</p>	

Zusätzliche Erläuterungen

für den
Aufgabenbereich:

Feuerwehrwesen

<p>Globale Zielbeschreibung und Unterziele</p>	<p>Das Globalziel ist die Sicherstellung des Feuerwehrwesens in Schleswig-Holstein. Das Feuerwehrwesen umfasst:</p> <ul style="list-style-type: none">• die Bekämpfung von Bränden und den Schutz von Menschen und Sachen vor Brandschäden (abwehrender Brandschutz),• die Hilfeleistung bei Not- und Unglücksfällen (Technische Hilfe),• die Verhütung von Bränden und Brandgefahren (vorbeugender Brandschutz, Mitwirkung der Feuerwehren bei Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung),• die Mitwirkung im Katastrophenschutz. <p>Es ist ein besonderes Teilgebiet der Gefahrenabwehr, das den Gemeinden und Kreisen als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe übertragen ist. Die Gemeinden halten öffentliche Feuerwehren vor, die Kreise überörtliche Einrichtungen.</p> <p>Zurzeit bestehen 4 Berufsfeuerwehren mit circa 740 Beamten und mehr als 1.370 freiwillige Feuerwehren mit circa 48.000 aktiven Mitgliedern. Den mehr als 425 Jugendfeuerwehren gehören circa 9.100 Jugendliche an. Weiter gibt es 27 Werkfeuerwehren mit mehr als 1.000 haupt- und nebenberuflichen Mitgliedern. Sie alle sind mit rund 2.000 Löschfahrzeugen und etwa 1.000 Spezialfahrzeugen ausgerüstet.</p> <p>Das Land fördert das Feuerwehrwesen. Seine Aufgaben sind im besonderen,</p> <ul style="list-style-type: none">• die Gemeinden und Kreise auf dem Gebiet des Feuerwehrwesens zu unterstützen und zu beraten,• eine Landesfeuerweherschule zu unterhalten,• den Gemeinden und Kreisen für den abwehrenden Brandschutz und die Technische Hilfe Zuwendungen zu gewähren und• die Brandschutzforschung und -normung zu unterstützen. <p>Das vielfältige Einsatzspektrum der Feuerwehren und der sachgerechte Einsatz der vorhandenen Ausrüstung erfordert besonders von den aktiven Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehren intensive Ausbildung und ständige Fortbildung in den Feuerwehren.</p> <p>Die Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein (LFS) mit Sitz in Harrislee ist eine nichtrechtsfähige Anstalt im Geschäftsbereich des Innenministeriums und bildet Fach- und insbesondere Führungskräfte in den Bereichen Feuerwehrwesen und Katastrophenschutz aus. Sie konzipiert und unterstützt die Ausbildung auf Kreis- und Ortsebene. Es werden jährlich über 250 Lehrgänge für ca. 25.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer (gerechnet auf Tagesbasis) angeboten. Alle Führungspositionen in den Freiwilligen Feuerwehren Schleswig-Holsteins haben als Voraussetzung eine oder mehrere Ausbildungen an der LFS.</p> <p>Weiterhin werden Angehörige der Berufsfeuerwehren und Werkfeuerwehren geschult. Ergänzt wird das Angebot durch Ausbildungsveranstaltungen für Dritte sowie durch zahlreiche Veranstaltungen wie Arbeitstreffen von Fachverbänden, Workshops zu ausgewählten Themen und Seminaren.</p> <p>Strategische Ziele:</p> <ol style="list-style-type: none">1) Erhalt und Fortentwicklung des flächendeckenden Feuerwehrwesens in Schleswig-Holstein2) Aus- und Fortbildung der Feuerwehrangehörigen3) Führungsausbildung im Katastrophenschutz4) Unterstützung der Forschung und Normung im Bereich des Feuerwehrwesens.
---	--

Kennzahlen/Indikatoren für									
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Mengen				Qualitäten / Bürgerorientierung				
	2013 (Ist)	2014 (Plan)	2015 (Plan)		2013	2014	2015		
Lehrgangsteilnehmertage – freiwillige Feuerwehren	14.103	16.000	14.700						
Lehrgangsteilnehmertage – Berufsfeuerwehren	4.990	4.500	5.530						
Lehrgangsteilnehmertage – Katastrophenschutz	1.256	3.500	3.200						
Sonstige kostenpflichtige und amtliche Veranstaltungen	4.600	4.500	4.000						
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Wirtschaftlichkeit / Kosten				Fachliche Zielerreichung				
	2013 (Ist)	2014 (Plan)	2015 (Plan)		2013	2014	2015		
Kosten der LFS pro Einwohner (in €)	1,13	1,18	1,18						
Investitionsmittel pro Einwohner (in €)	3,37	3,28	3,22						
Investitionsmittel pro Feuerwehrangehöriger (in €)	162,52	158,20	155,56						
Unterstützung von Gremien und Verbänden pro Feuerwehrangehöriger (in €)	5,13	5,15	6,00						
Kosten der Forschung und Normung pro Feuerwehrangehöriger (in €)	0,42	0,65	0,65						
Externe Zielgruppen	Die Menschen in Schleswig-Holstein.								
Vereinbarungszeitraum	2015								
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	Einzelplan: 04 Kapitel: 0405, 1204, 1220								
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	Gesetz über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren, Gesetz über den Finanzausgleich in Schleswig-Holstein, Gesetz über den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein.								
Zeitplan / Meilensteine	Daueraufgabe								
Berichtswesen	Jahresbericht der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein.								

Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Ausländer- und Migrationsangelegenheiten (Kapitel 0407)
hier: **Integration von Migrantinnen und Migranten (MG 02)**

<p>Globale Zielbeschreibung</p>	<p>In den Fokus der Förderung treten erweiterte Maßnahmen für Flüchtlinge und Strukturprojekte zur Verwirklichung von Chancengerechtigkeit in den staatlichen und nichtstaatlichen Strukturen sowie der Aufbau einer Willkommens- und Anerkennungskultur und zur Etablierung eines besseren Integrationsmanagements auf Landes- und Kommunalebene. Dazu sind in 2015 neue Titel eingerichtet.</p> <p>Die Förderung des Integrationsprozesses von Migrantinnen und Migranten durch migrations-spezifische Beratung bleibt eine wichtige Säule der Integrationsförderung. Ihre Aufgabe ist es, den Integrationsprozess der Migrantinnen und Migranten mit Daueraufenthalt frühzeitig zu initiieren, zu steuern und zu begleiten sowie Beratung in konkreten migrations-spezifischen Krisensituationen anzubieten. Schleswig-Holstein ergänzt damit die nicht flächendeckenden und nicht für alle Migrantinnen und Migranten geöffneten bundesfinanzierten Beratungsangebote nach § 45 Aufenthaltsgesetz zu einem landesweiten wohnortnahen Angebot.</p> <p>Zu den bisherigen Zielen des Aktionsplans Integration, der durch die Migrations- und Integrationsstrategie ersetzt wurde, werden in 2015 zwei Projekte abschließend gefördert.</p>			
<p>Maßnahmen und Kennziffern zur Zielerreichung</p>	<p>Mengenergebnisse</p>	<p>Qualitätskennzahl/ - Indikator</p>	<p>Wirtschaftlichkeit/ Kosten</p>	<p>fachliche Zielerreichung</p>
<p>Informationsveranstaltungen</p>	<p>2013/2014</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Fachtagungen und Workshops zur Willkommenskultur und Migrations- und Integrationsstrategie der Landesregierung ▪ Organisation und Durchführung von Koordinierungsrunden bzw. Arbeitskreisen ▪ Begleitausschuss zum Aktionsplan 	<p>Anzahl der Teilnehmenden</p> <p>Sicherstellung von Öffentlichkeit für die Migrations- und Integrationsstrategie</p> <p>Vernetzungsgrad von Land, Kommunen und NGOs</p>	<p>Breite Wirksamkeit in der Öffentlichkeit gegenüber geringen Gesamtkosten</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Etablierung einer Willkommenskultur und Stärkung der Zusammenarbeit von Akteuren im Integrationsprozess ▪ Sicherstellung des Informations-transfers ▪ Spiegelung der strategisch-konzeptionellen Arbeit des MIB in die Kommunen ▪ Kommunale Vernetzung
<p>Gewährung einer Pauschale für die Betreuung dezentral untergebrachter Asylbewerberinnen und Asylbewerber</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kalkulation für 2015: 8.000 Asylsuchende, 380 € Betreuungskostenpauschale/ Person und Jahr → 3.040.000 € 			
<p>Integrationspreis</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verleihung von drei Preisgeldern durch themenbezogene Auszeichnung von Zivilgesellschaft in zweijährigem Rhythmus 	<p>Kriterien der Preisvergabe laut Ausschreibung</p>	<p>Breite Wirksamkeit in der Öffentlichkeit gegenüber geringen Gesamtkosten</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Öffentliche Würdigung von ehrenamtlichem Engagement

<p>Förderung von Sprache und Erstorientierung</p>	<p>2013/ 2014</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Organisation und Durchführung von sprachlichen Erstorientierungsmaßnahmen für Flüchtlinge in SH 	<p>Anzahl der Teilnehmenden an Kursen und Veranstaltungen</p> <p>Anzahl der Informationsveranstaltungen</p>		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sicherstellung eines sprachlichen Erstorientierungsangebots für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein
<p>Etablierung einer Willkommenskultur in Kommunen</p>	<p>2014</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Förderung von 4 Kreisen/ kreisfreien Städten für die Durchführung von Projekten 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Strukturaufbau ▪ Öffentlichkeitsarbeit 	<p>Abwägung von Aufwand und Kosten gegenüber geringer Beteiligung und Öffentlichkeitswirksamkeit</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Anerkennung von Aktivitäten zur Verbesserung von Integration und Teilhabe
<p>Projekte zum Aktionsplan Integration</p>	<p>2013</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ 3 Projekte mit 37 Veranstaltungen für Migrantinnen und Migranten mit 725 Teilnehmern ▪ 20 Veranstaltungen für Fachdienste mit 231 Teilnehmern ▪ 4 Schulungen für 66 Multiplikatoren (weitere von diesen durchgeführte Veranstaltungen mit 775 Teilnehmern) 			<ul style="list-style-type: none"> ▪ Informationsvermittlung zur Ermöglichung von mehr Teilhabe ▪ Schulung von Multiplikatoren ▪ Bessere Zusammenarbeit an Schnittstellen
<p>Migrationssozialberatung</p>	<p>2014</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ 29 Beratungsstellen mit 29,20 Personalstellen 3. Quartal 2014 7.887 Teilnehmer (51 % Frauen) ▪ 4.195 Migrantinnen und Migranten in der Beratung zur Integrationsförderung ▪ 3.692 Migrantinnen und Migranten in der Krisenberatung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Landesweites bedarfsgerechtes Angebot an migrationspezifischer Beratung ▪ 3. Quartal 2014 Ausgewählte Wirkungskennzahlen der Beratung zur Integrationsförderung: Sprachkursteilnahme 70 % Jobcenter-Übermittlung 81% Unabhängigkeit von staatlichen Transferleistungen 15 % Kita-Besuch der Kinder 85 % Elternbezogene Aktivitäten 84 % ▪ Kennzahlen aus der Krisenberatung: Fachdienst-Weiterleitung 78 % Fachdienst - Aufsuchen 86 % 	<p>Geringere Kosten bei Trägern öffentlicher Leistungen durch Unterstützung bei der Integration in den Arbeitsmarkt</p> <p>Geringere Folgekosten bei den Regeldiensten durch adäquate Inanspruchnahme</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Deckung des Beratungsbedarf im Integrationsprozess und in migrationspezifischen Bedarfslagen ▪ Bessere Zusammenarbeit an Schnittstellen

Position im Landeshaushalt	Einzelplan 04 Kapitel 0407			
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	<ul style="list-style-type: none"> - Freiwillige Leistungen des Landes. - Zur Betreuungskostenpauschale für dezentral untergebrachte Asylbewerberinnen und Asylbewerber: Erstattungserlass vom 25.2.2004, zuletzt geändert durch Erlass vom 24.2.2014 - Zur Migrationssozialberatung und zu den Projekten zum Aktionsplan Integration <ul style="list-style-type: none"> • Rahmenkonzept für eine Sozialberatung für Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein (Migrationssozialberatung) vom 10.01.2006, das in 2015 überarbeitet wird. • Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Migrationssozialberatung und Projekten zum Aktionsplan Integration vom 29. April 2013 (Amtsbl. Schl.-H. 2013, S.187), die bis zum 31. Dezember 2015 befristet ist. • Wirkung und Erfolge der Migrationssozialberatung - Controllingkonzept - vom 3.12.2007 			
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kammerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2013 T€	Soll 2014 T€	SOLL 2015 T€
	Gesamteinnahmen	56,9	10,0	20,0
	Gesamtausgaben	2.011,4	2.202,0	7.426,0
	davon			
	Sachausgaben inkl. Investitionen	6,8	2,0	6,0
	Zuwendungen mit Ausnahme von Investitionen	2.004,6	2.200,0	7.420,0
	Saldo	- 1.954,5	- 2.192,0	- 7.406,0

Zusätzliche Erläuterungen

für den Aufgabenbereich:

Ausländer- und Integrationsangelegenheiten (Kapitel 0407)

hier: Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten (MG 03)

Globale Zielbeschreibung und Unterziele	Weitestgehende Freihaltung der Kommunen von den Aufwendungen für dort untergebrachte Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Zu diesem Zweck werden den Kreisen (auch für die Ämter und Gemeinden) und kreisfreien Städten die Aufwendungen, die ihnen durch die Aufnahme und Unterbringung von Asylbegehrenden und weiteren nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) leistungsberechtigten Personen entstehen, vom Land erstattet.					
Kennzahlen/Indikatoren für die Erstattung von Aufwendungen nach dem AsylbLG						
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Mengen			Qualitäten / Bürgerorientierung		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Zahl der Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	6.714	9.900	13.500			
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Wirtschaftlichkeit / Kosten			Fachliche Zielerreichung		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Durchschnittlicher Erstattungsaufwand des Landes je Leistungsempfänger und Jahr (in €)	5.036	5.150	5.100			
Erstattungsausgaben je 1000 Einwohner/innen (in €)	11.600	17.800	25.500			
Externe Zielgruppen	Landkreise und kreisfreie Städte					
Vereinbarungszeitraum	2015					
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	Einzelplan: 04 Kapitel: 07 Maßnahmegruppe MG 03					
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	§ 2 Satz 3 des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes vom 11. Oktober 1993 (GVOBl. Schl.-H. S. 498), zuletzt geändert durch Art. 43 der Verordnung vom 4. April 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 143), Landesverordnung über die Erstattung von Aufwendungen für leistungsberechtigte Personen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Erstattungsverordnung) vom 5. Dezember 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 725), zuletzt geändert durch Art. 46 der Verordnung vom 4. April 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 143), Verwaltungsvorschriften in Form des Erstattungserlasses vom 25.2.2004.					
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2013 T€	Soll 2014 T€	SOLL 2015 T€		
	Gesamteinnahmen	475,4	250,0	300,0		
	Gesamtausgaben	36.238,9	48.370,5	85.809,0		
	davon Sachausgaben inkl. Investitionen	3.911,1	5.590,5	14.075,0		
	Zuwendungen mit Ausnahme von Investitionen	32.327,8	42.780,0	71.734,0		
	Saldo	- 35.763,5	- 48.120,0	- 85.509,0		

Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Ausländer- und Migrationsangelegenheiten (Kapitel 0407)
hier: Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein (TG 65)

<p>Globale Zielbeschreibung und Unterziele</p>	<p>Ziele des Landesamtes für Ausländerangelegenheiten (LfA) sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gewährleistung eines effizienten und guten asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahrens sowie • die Beschleunigung der Aufenthaltsbeendigung ausreisepflichtiger Personen. Zu erstem Ziel gehören die Erstaufnahme- und Verteilverfahren folgender Personengruppen: • Asylbegehrende im Sinne von § 1 Abs. 1 Asylverfahrensgesetz (AsylVfG), • unerlaubt eingereiste Ausländerinnen und Ausländer gemäß § 15a Aufenthaltsgesetz (AufenthG), • Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und deren Ehegattinnen und Ehegatten und Abkömmlinge, • Ausländerinnen und Ausländer, die nach § 22 AufenthG aufgenommen werden, • Ausländerinnen und Ausländer, die auf Grund einer Anordnung nach § 23 AufenthG einreisen und eine Aufenthaltserlaubnis oder eine Niederlassungserlaubnis erhalten, • Ausländerinnen und Ausländer, denen nach § 24 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. <p>Zu zweitem Ziel gehört, dass das LfA als landesweite Koordinierungsstelle für die Beschaffung von Heimreisedokumenten und die organisatorische Vorbereitung der Abschiebung vollziehbar ausreisepflichtiger Personen die Ausländerbehörden der Kreise und kreisfreien Städte bei der Erfüllung dieser Aufgaben unterstützt. Die Konzentrierung der Rückkehrförderung beim LfA dient der Bündelung von fachspezifischem Know-how und damit der Beschleunigung der Ausreise von nicht-bleibeberechtigten Personen einschließlich der damit verbundenen Reduzierung der Landesausgaben.</p> <p>In der Titelgruppe 65 sind die Personalausgaben und die Verwaltungsausgaben für das LfA zentral veranschlagt.</p>			
<p>Externe Zielgruppen</p>	<p>Ausländerinnen und Ausländer, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Ausländer-, Jugend- und Sozialbehörden der Kreise und kreisfreien Städte Schleswig-Holsteins, Bundespolizei und Landespolizei, Abschiebehafteinrichtung.</p>			
<p>Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt</p>	<p>Einzelplan 04 Kapitel 0407 Titelgruppe 65</p>			
<p>Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln</p>	<p>Das Land Schleswig-Holstein hat gemäß § 44 AsylVfG und § 15a AufenthG Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende und unerlaubt eingereiste Ausländerinnen und Ausländer vorzuhalten. Gemäß § 1 i.V.m. § 3 Landesaufnahmegesetz (LAufnG) verantwortet das LfA für das Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten die Aufnahme, Unterbringung und Verteilung der genannten Personen, derzeit zusätzlich unter anderem die von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern sowie jüdischen Zuwanderinnen und Zuwanderern. Die Landesoberbehörde ist gemäß § 3 Abs. 2 und 3 Ausländer- und Aufnahmeverordnung (AusAufnVO) zudem Ausländerbehörde für die in der Landesunterkunft wohnverpflichteten Personen. Die Verpflichtung für Asylsuchende, in einer Erstaufnahmeeinrichtung und später in einer Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen, erwächst aus §§ 47, 53 AsylVfG.</p> <p>Die Ausreisepflicht von nicht bleibeberechtigten Ausländerinnen und Ausländern statuieren die §§ 50 ff AufenthG. Gemäß § 4 AusAufnVO ist das Landesamt Koordinierungsstelle für Abschiebungen.</p>			
<p>Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen</p>	<p>Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe</p>	<p>Ist 2013 T€</p>	<p>SOLL 2014 T€</p>	<p>SOLL 2015 T€</p>
<p>Gesamteinnahmen</p>		<p>0,0</p>	<p>2,0</p>	<p>0,0</p>
<p>Gesamtausgaben</p>		<p>1.394,9</p>	<p>1.373,5</p>	<p>3.060,6</p>
<p>davon</p>				
<p>Personalausgaben</p>		<p>1.283,0</p>	<p>1.280,0</p>	<p>2.090,0</p>
<p>Sachausgaben inkl. Investitionen</p>		<p>111,9</p>	<p>93,5</p>	<p>970,0</p>
<p>Saldo</p>		<p>- 1.394,9</p>	<p>- 1.371,5</p>	<p>- 3.060,6</p>

Zusätzliche Erläuterungen

für den
Aufgabenbereich:

Polizei

Globale Zielbeschreibung und Unterziele	<p>Die Polizei hat die freiheitliche demokratische Grundordnung zu schützen. Ihr Handeln zielt dabei auf die Achtung und den Schutz der Würde des Menschen ab.</p> <p>Die Landespolizei leistet für die Menschen in Schleswig-Holstein einen wesentlichen Beitrag zur Inneren Sicherheit durch:</p> <ul style="list-style-type: none">• den Schutz der Menschen in Schleswig-Holstein vor Kriminalität,• den Schutz der Menschen vor den Gefahren des Straßenverkehrs (Unfallhäufigkeit/Unfallfolgen),• die Steigerung der Lebensqualität durch Erhöhung der subjektiven Sicherheit (erlebbarer Raum von Freiheit, Sicherheit und Rechtsfrieden),• die Intensivierung der Bekämpfung des (islamistischen) Terrorismus und die Gewährleistung der Anti-Terror-Maßnahmen zur Verhütung entsprechender Anschläge. <p>Die wesentlichen Aufgaben der Polizei sind der weitestgehende Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität, Verkehrsunfällen mit Toten und Verletzten und schnelle Hilfeleistung bei Gefahren- und Notfällen. Eine effektive reaktive und präventive Kriminalitätsbekämpfung, eine offensive repressive und präventive Verkehrssicherheitsarbeit, die Vermittlung eines hohen Sicherheitsgefühls sowie eine schnelle Einsatzreaktionsfähigkeit sollen durch eine effiziente Polizeiorganisation gewährleistet werden.</p> <p>Für die effektive Aufgabenwahrnehmung werden unter anderem folgende strategische Ziele verfolgt:</p> <ul style="list-style-type: none">• Im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung:<ul style="list-style-type: none">○ Bekämpfung des Terrorismus/Extremismus○ Bekämpfung der organisierten und schweren Kriminalität (inkl. Rockerkriminalität), der Korruptions- und Wirtschaftskriminalität○ Bekämpfung der Sexualdelikte, der Kinderpornografie○ Bekämpfung der Computerkriminalität○ Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls• Im Bereich der Verkehrssicherheitsarbeit:<ul style="list-style-type: none">○ Reduzierung der Verkehrsunfälle mit den Unfallursachen Alkohol, Medikamente und Drogen im Straßenverkehr sowie überhöhte Geschwindigkeit○ Reduzierung der Anzahl der verunglückten Radfahrer/-innen• Im Bereich der Gefahrenabwehr:<ul style="list-style-type: none">○ Hohe Präsenz und schnelle Hilfeleistung bei Sofortlagen○ Gewährleistung der maritimen Terrorabwehr○ Gewährleistung der Fischereiaufsicht
--	---

Kennzahlen/Indikatoren für		
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Wirtschaftlichkeit/Kosten	Qualitäten/ Bürgerorientierung
<p>Akkreditierung Kriminaltechnik</p> <p>Rechen- und Dienstleistungszentrum für die Telekommunikationsüberwachung</p> <p>AG Kriminalitätsbekämpfung</p> <p>AG Gewalt gegen Polizeibeamte</p> <p>AG Stellenverteilung</p>		<p>EU-Vorgabe, zeitlich gestaffelt.</p> <p>Kooperation Norddeutschland.</p> <p>Umsetzung der Empfehlungen, Anpassung der Organisation und Aufgaben in der Kriminalitätsbekämpfung.</p> <p>Aufbauend auf den zentralen Aussagen der Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) und des Lagebildes „Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte“: Erstellung von Datenblättern mit Problemschilderungen und ersten Lösungsansätzen.</p> <p>Fortschreibung/Aktualisierung der Berechnungsvorschriften</p>
<p>Schutz vor Kriminalität durch flächendeckende Präsenz</p> <p>Kriminalitätsbekämpfung</p> <p>Reduzierung der Verkehrsunfälle mit verletzten und getöteten Personen; konsequente Verfolgung von Verkehrsdelikten, z. B. Alkohol oder Drogen im Straßenverkehr § 316 StGB, § 24 a Abs. 1 und 2 StVG</p>	<p>Gesamtzahl der Beschäftigten*:</p> <p>2004 = 8.135 2005 = 8.114 2006 = 8.179 2007 = 8.204 2008 = 8.204 2009 = 8.182 2010 = 8.135 2011 = 8.138 2012 = 8.123 2013 = 8.203 2014 = 8.308 2015 = 8.338</p>	<p>Systematische Lageauswertung und lageangepasster Ressourceneinsatz.</p> <p>(* Planstellen und Stellen der Haushaltsjahre 2004 bis 2015 im Kapitel 0410 - Polizei - inklusive Stellen für Nachwuchskräfte.)</p> <p>Die Steigerung der Aufklärungserfolge durch Fortsetzung der Qualitätsoffensive im Strafverfahren ist ein wesentliches Ziel der Landespolizei Schleswig-Holstein.</p> <p>Durchführung von Schwerpunktkontrollen Alkohol und Drogen. Fortbildung von Beschäftigten „Drogenerkennung im Straßenverkehr“.</p>

Externe Zielgruppen	<ul style="list-style-type: none"> - Bürgerinnen und Bürger - Kommunen, Ämter und Kreise - Staatsanwaltschaften und Gerichte - Sonstige andere Stellen der Verwaltung und der Wirtschaft
Vereinbarungszeitraum	2015
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	Einzelplan 04 Kapitel 0410
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	<p>Insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Allgemeines Verwaltungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein (Landesverwaltungsgesetz – LVwG - i. d. F. der Bekanntmachung vom 2. Juni 1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 243; ber. S. 534), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.06.2013 (GVOBl. Schl.-H. Nr. 20-1 S. 254). - Strafprozessordnung (StPO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 07.04.1987 (BGBl. I S. 1074; ber. S. 1319), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.04.2014 (BGBl. I 2014 S. 410). - Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10.10.2013 (BGBl. I S. 3786).
Zeitplan/Meilensteine	<p>Fortschreibung des systematischen Zielvereinbarungsverfahrens. Nutzung eines effektiven Controllings und Berichtswesens. Einführung des Digitalfunks: Aktuell Umsetzung des „technischen Wirkbetriebes während der Aufbauphase“ Akkreditierung Kriminaltechnik LKA: Daktyloskopie bis 2015.</p>
Berichtswesen	Controllingberichte

Zusätzliche Erläuterungen

für den

Aufgabenbereich:

Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen
hier: **Soziale Wohnraumförderung**

<p>Globale Zielbeschreibung und Unterziele</p>	<p>Die soziale Wohnraumförderung verfolgt folgende Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> • bedarfsgerechte und nachhaltige Wohnraumversorgung für Haushalte, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können und auf Unterstützung angewiesen sind, • Erhaltung und Schaffung angemessener Wohnumfelder und stabiler Wohn- und Nachbarschaftsverhältnisse sowie Bewohner- und Quartiersstrukturen, • Unterstützung des effizienten Einsatzes und Verbrauchs von Energie bei Wohngebäuden als Beitrag zum Klimaschutz. <p>Zielgruppen der sozialen Wohnraumförderung sind insbesondere Haushalte mit Kindern, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung.</p> <p>Mit den Fördergegenständen für investive und soziale Maßnahmen der Wohnumfeld- und Quartiersförderung bzw. für Konzepte, Pilot- und Modellprojekte sowie vorbereitende Untersuchungen, soweit sie der Energieeinsparung und dem Klimaschutz im Bereich Wohnen besonders dienen bzw. die Ziele der sozialen Wohnraumförderung unterstützen, wurden Fördermöglichkeiten geschaffen, die Wohnraumförderung und Stadtentwicklung u. a. stärker miteinander verknüpfen sollen.</p>		
<p>Kennzahlen/Indikatoren für</p>			
<p>Ausgewählte Maßnahmen / Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung</p> <p>I. Mietwohnungsbau (MW)</p> <p>a) Neubau</p> <p>b) Bestand</p> <p>Summe MW</p> <p>II. Eigentum (ET)</p> <p>a) Neubau</p> <p> davon</p> <p> Oberzentren</p> <p> Umland HH</p> <p> Sonst. Kreise</p> <p>b) Bestandserwerb</p> <p>Summe ET</p>	<p>Mengen (in Wohneinheiten)</p>		<p>Qualitäten / Bürgerorientierung</p> <p>Ausrichtung der Förderbestimmungen auf die Zielgruppe durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mietobergrenzen: <ul style="list-style-type: none"> - Regionalstufe I 4,85 €/m² - Regionalstufe II 5,20 €/m² - Regionalstufe III 5,50 €/m² • Kostenobergrenzen der Bau- oder Erwerbsmaßnahme in Bezug auf das energetische Niveau (je m² Wohnfläche): <ul style="list-style-type: none"> - EffH_{SH} 70* 1.540 € - EffH_{SH} 55* 1.610 € - EffH_{SH} Plus* 1.730 € <p>Einkommensgrenzen für MW und ET nach § 8 Abs. 2 SHWoFG i. V. m. Abschnitt III der SHWoFG-DVO</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wohnflächengrenzen • Höhe der Förderdarlehen
	2013 (Ist)	10/2014 (Ist)	2011 bis 2014 (Plan pro Jahr)
<p>a) Neubau</p> <p>b) Bestand</p> <p>Summe MW</p>	180	752	780
	137	279	340
	317	1.031	1.120
<p>a) Neubau</p>	97	55	117
<p> davon</p>			
<p> Oberzentren</p>	21	9	
<p> Umland HH</p>	29	18	
<p> Sonst. Kreise</p>	47	28	
<p>b) Bestandserwerb</p>	5	1	58
<p>Summe ET</p>	102	56	175

			in Abhängigkeit von regionaler Prioritätensetzung • Niedrigverzinsten und zinslosen Krediten * EffH _{SH} = Effizienzhaus Schleswig-Holstein-Standard	
Ausgewählte Maßnahmen / Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Wirtschaftlichkeit / Kosten in Mio. €			Fachliche Zielerreichung
	2013 (Ist)	10/2014 (Ist)	2011 bis 2014 (Plan)	2013/2014 (Ist)
Programmvolumen inkl. Bundesmittel:			360,0	Programmzielerfüllung: 1. Wohneinheiten (WE)
I. Mietwohnungsbau (MW)			300,0	I.a. 932 WE I.b. <u>416 WE</u> 1.348 WE
a) Neubau	14,4	71,9		
b) Bestand	2,3	13,6		II.a. 152 WE
c) Abriss/Neubau u.a.	<u>2,9</u>	<u>6,8</u>		II.b. <u>6</u>
Summe MW	19,6	92,3		158 WE
II. Eigentum (ET)			60,0	2. Fördervolumen (€)
a) Neubau	5,3	44,7		Mietwohnungsbau 111,9 Mio. €
b) Bestandserwerb	<u>0,3</u>	<u>44,7</u>		Eigentum 50,3 Mio. €
Summe ET	5,6	44,7		
Externe Zielgruppen	Haushalte, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können und auf Unterstützung angewiesen sind.			
Vereinbarungszeitraum	2013/2014			
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	Einzelplan: 04 Kapitel: 0416 Die Finanzierung der Programme erfolgt aus dem Zweckvermögen Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung bei der IB.SH.			
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	Schleswig-Holsteinisches Wohnraumförderungsgesetz, Kabinettsbeschluss für das jeweilige Programmjahr, Investitionsbankgesetz, Föderalismusreformbegleitgesetz, Entflechtungsgesetz			
Zeitplan / Meilensteine				
Berichtswesen	Förderbericht des MIB			

Zusätzliche Erläuterungen

für den
Aufgabenbereich: Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen
hier: **Städtebauförderung**

Globale Zielbeschreibung und Unterziele	Ziel ist die Stärkung der Städte – insbesondere der Ober-, Mittel- und Unterzentren des Landes. Sie sollen als attraktive, zukunftsfähige Wohn- und Wirtschaftsstandorte und als Versorgungszentren auch für die Region weiterentwickelt werden.							
Kennzahlen/Indikatoren für								
Ausgewählte Maßnahmen/ Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Mengen (Mindestanzahl der Fördergebiete)				Qualitäten / Bürgerorientierung			
	2013 Ist	2014 Soll	2015 Soll	2016 Soll	2013 Ist	2014 Soll	2015 Soll	2016 Soll
Städtebauförderung (Bund-Länder-Programme)					Die Messung der Beteiligungsverfahren und -veranstaltungen im Zusammenhang mit Städtebauförderungsmaßnahmen, bei denen in geeignetem Zusammenhang durch Befragungen von Bürgerinnen und Bürgern auch die „Kundenzufriedenheit“ ermittelt werden kann, ist künftig geplant.			
1. Sanierung und Entwicklung	2	3	2	2				
2. Soziale Stadt	3	9	5	5				
3. Stadtumbau	6	3	10	10				
4. Aktive Stadt- und Ortsteilzentren	8	10	6	6				
5. Städtebaulicher Denkmalschutz	1	5	3	3				
6. Kleinere Städte und Gemeinden	5	4	10	5				

Ausgewählte Maßnahmen/ Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Wirtschaftlichkeit / Kosten (Verwaltungskosten je 1000 € Zuwendungsbetrag)				Fachliche Zielerreichung			
	2013 Ist	2014 Soll	2015 Soll	2016 Soll	2013 Ist	2014 Soll	2015 Soll	2016 Soll
Städtebau- förderung (B-L-Programme)	Ländervergleichskennzahl: Einsatz von mindestens 90% der Fördermittel in OZ , MZ und ZU							
1. Sanierung und Entwicklung	4,85	7,03	7,03	7,03	100 %	100 %	100 %	100 %
2. Soziale Stadt	37,34	9,93	9,34	9,34	100 %	100 %	100 %	100 %
3. Stadtumbau	12,58	4,42	9,65	9,65	100 %	100 %	100 %	100 %
4. Aktive Stadt- und Ortsteil- zentren	14,68	9,00	9,00	9,00	100 %	100 %	100 %	100 %
5. Städte- baulicher Denk- malschutz	8,65	9,88	9,61	9,61	100 %	100 %	100 %	100 %
6. Kleinere Städte und Gemeinden	14,56	10,01	10,01	10,01	100 %	100 %	100 %	100 %
Externe Zielgruppen	Städte, insbesondere Ober-, Mittel- und Unterzentren, Bürgerinnen und Bürger der geförderten Städte und ihrer Umlandgemeinden / Region							
Vereinbarungs- zeitraum	2015							
Position der Zielverein- barung im Landeshaushalt	Einzelplan: 04 Kapitel: 0416							
Formelle Grundlage für das Verwaltungshan- deln	Artikel 104 b GG, Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung, Besonderes Städtebaurecht (zweites Kapitel des BauGB), Städtebauförderungsrichtlinien 2015 und die Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO							
Zeitplan / Meilensteine	Jahresprogramme							
Berichtswesen	Jährliche Sachstands- und Ergebnisberichte der geförderten Gemeinden							

Übersicht der Statistiken des Landes Schleswig-Holstein:

Finanzministerium					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2012 T€	2013 T€	Periodizität
Ausg. u. Einnahmen öffentlicher Haushalte			277,2	235,7	
71121	Haushaltsansätze des öffentlichen Gesamthaushalts	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
71126	Haushaltsansätze der Länder	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
71136	Vierteljährliche Kassenergebnisse der Länder	Finanz- und Personalstatistikgesetz			vierteljährlich
71137	Vierteljährliche Kassenergebnisse der Gemeinden	Finanz- und Personalstatistikgesetz			vierteljährlich
71146	Rechnungsergebnisse der Länder	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
71147	Rechnungsergebnisse der Gemeinden	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
71148	Rechnungsergebnisse der Zweckverbände	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
Steuerhaushalt			22,0	32,5	
71211	Statistik über das Steueraufkommen des Bundes und der Länder	Finanz- und Personalstatistikgesetz			monatlich
71231	Realsteuervergleich	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
Schulden Länder, Gemeinden, Zweckverbände			49,4	70,6	
71316	Vierteljährliche Schulden der Länder	Finanz- und Personalstatistikgesetz			vierteljährlich
71321	Jährliche Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
71325	Jährliche Schulden der Sozialversicherungen	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
71326	Jährliche Schulden der Länder	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
71327	Jährliche Schulden der Gemeinden	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
71328	Jährliche Schulden der Zweckverbände	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
Vermögen (Aktiva)			13,4	20,7	
71411	Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
71415	Finanzvermögen der Sozialversicherung	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
71416	Finanzvermögen der Länder	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
71417	Finanzvermögen der Gemeinden	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
71418	Finanzvermögen der Zweckverbände	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
Sonstiges Öffentliche Haushalte			29,0	31,6	
71911	Berichtskreismanagement Finanz- und Personalstatistiken	Bundesstatistikgesetz			unregelmäßig
Jahres- und Vierteljahresabschlüsse			67,6	80,4	
72111	Jahresabschlüsse öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
72112	Vierteljahresdaten öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors	Finanz- und Personalstatistikgesetz			vierteljährlich
Schulden (öffentliche Fonds, Einrichtungen, Unternehmen)			23,3	44,1	
72211	Jährliche Schulden der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
72212	Vierteljährliche Schulden der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors	Finanz- und Personalstatistikgesetz			vierteljährlich

Finanzministerium					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2012	2013	Periodizität
			T€	T€	
Vermögen			2,1	3,6	
72311	Finanzvermögen der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
Sonstiges ÖFEU, Unternehmen mit Rechnungswesen			0,0	0,0	
72900	Sonstiges im Bereich öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit eigenem Rechnungswesen	Finanz- und Personalstatistikgesetz			unregelmäßig
Lohn- und Einkommensteuer			36,7	98,7	
73111	Lohn- und Einkommensteuerstatistik	Steuerstatistikgesetz			3-jährlich
73121	Statistik im Feststellungsverfahren	Steuerstatistikgesetz			jährlich
Körperschaftsteuer			30,7	21,9	
73211	Körperschaftsteuerstatistik	Steuerstatistikgesetz			3-jährlich
Umsatzsteuer Voranmeldungen			120,3	59,3	
73311	Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen)	Steuerstatistikgesetz			jährlich
Umsatzsteuer Veranlagungen			43,0	38,1	
73321	Umsatzsteuer (Veranlagungen)	Steuerstatistikgesetz			jährlich
Gewerbesteuern			15,8	8,4	
73511	Gewerbesteuerstatistik	Steuerstatistikgesetz			3-jährlich
Steuern vom Vermögen			24,2	12,8	
73611	Erbschaft- und Schenkungssteuerstatistik	Steuerstatistikgesetz			5-jährlich
Steuerverteilung			46,3	28,7	
73711	Lohnsteuerzerlegung	Steuerstatistikgesetz			jährlich
73721	Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer: Schlüsselzahlermittlung	Steuerstatistikgesetz			3-jährlich
73722	Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer: Modellrechnungen	Steuerstatistikgesetz			3-jährlich
Personal im öffentlichen Dienst			108,8	144,8	
74111	Personalstandstatistik des Bundes	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
74121	Personalstandstatistik der Länder, Gemeinden und -verbände	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
74211	Versorgungsempfängerstatistik	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
74900	Sonstiges im Bereich Personal im öffentlichen Dienst	Finanz- und Personalstatistikgesetz			jährlich
Geschäftsstatistiken Steuern			0,0	0,0	
79911	Tabaksteuerstatistik	Steuerstatistikgesetz			vierteljährlich
79921	Biersteuer-, Schaumweinsteuerstatistik	Steuerstatistikgesetz			monatlich
79931	Energiesteuerstatistik	Steuerstatistikgesetz			jährlich
79941	Branntweinmonopol- und Brantweinsteuerstatistik	Steuerstatistikgesetz			jährlich
79951	Geschäftsstatistik zur Lohn- und Einkommensteuer	Steuerstatistikgesetz			jährlich
Programmierung Umsatzsteuerstatistik			9,8	0,0	
79200	Verbundprogrammierung Umsatzsteuer				jährlich
Laufende Verdiensterhebungen			0,0	0,0	
Summen			919,6	931,9	

Ministerium für Justiz, Kultur und Europa					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2012 T€	2013 T€	Periodizität
Kultur			3,7	0,2	
21611	Kulturstatistik				
Insolvenzen, Jahresabschlüsse			118,1	0,0	
52411	Statistik über beantragte Insolvenzverfahren	Gerichtsverfassungsgesetz			monatlich
52431	Statistik über beendete Insolvenzverfahren und Restschuldbefreiung	Gerichtsverfassungsgesetz			jährlich
Statistik über beantragte Insolvenzverf.			0,0	105,2	
52411	Statistik über beantragte Insolvenzverfahren				
Stat. ü. beendete Insolvenzverf. u. Restschuldb.			0,0	72,5	
52431	Statistik über beendete Insolvenzverfahren und Restschuldbefreiung				
Justizgeschäftsstatistiken			125,8	147,7	
24211	Statistik bei den Staats- und Anwaltschaften (StA-Statistik)	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			jährlich
24221	Statistik über Straf- und Bußgeldverfahren (StP/OWi-Statistik)	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			jährlich
24231	Statistik über Zivilsachen (ZP-Statistik)	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			jährlich
24241	Statistik über Familiensachen (F-Statistik)	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			jährlich
24251	Statistik in der Verwaltungsgerichtsbarkeit (VwG-Statistik)	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			vierteljährlich
24261	Statistik in der Finanzgerichtsbarkeit (FG-Statistik)	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			vierteljährlich
Strafverfolgung und -vollzug			39,2	42,2	
24311	Strafverfolgungsstatistik	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			jährlich
24321	Anteil Strafvollzugvollzugsstatistik	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			jährlich
Bewährungshilfe			19,0	13,3	
24411	Bewährungshilfestatistik	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			jährlich
Arbeits- und Sozialgerichte			31,1	37,5	
24271	Sozialgerichtsbarkeit	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			jährlich, halbjährlich, vierteljährlich
24281	Arbeitsgerichtsbarkeit	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			jährlich, halbjährlich, vierteljährlich
Summen			336,9	418,8	

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2012 T€	2013 T€	Periodizität
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden			1,1	1,4	
42341	Holzbearbeitungsstatistik	Agrarstatistikgesetz			jährlich
Abfallwirtschaft			125,7	95,3	
32111	Erhebung der Abfallentsorgung	Umweltstatistikgesetz			jährlich
32121	Erhebung der öffentlich-rechtlichen Abfallentsorgung	Umweltstatistikgesetz			4-jährlich
32131	Erhebung der Einsammlung und Rücknahme von Verpackungen	Umweltstatistikgesetz			jährlich
32141	Erhebung über die Aufbereitung und Verwertung von Bau- und Abbruchabfällen	Umweltstatistikgesetz			2-jährlich
32151	Erhebung der besonders überwachungsbedürftigen Abfälle, über die Nachweise zu führen sind	Umweltstatistikgesetz			jährlich
32161	Erhebung über die Abfallerzeugung	Umweltstatistikgesetz			4-jährlich
Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung			88,9	56,9	
32211	Erhebung der öffentlichen Wasserversorgung	Umweltstatistikgesetz			3-jährlich
32212	Erhebung der öffentlichen Abwasserbeseitigung	Umweltstatistikgesetz			3-jährlich
32213	Erhebung der öffentlichen Abwasserbehandlung	Umweltstatistikgesetz			3-jährlich
32214	Erhebung des Klärschlammes	Umweltstatistikgesetz			jährlich
32221	Erhebung der nichtöffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung	Umweltstatistikgesetz			3-jährlich
32251	Erhebung über die Wassereigenversorgung und -entsorgung privater Haushalte	Umweltstatistikgesetz			3-jährlich
32271	Erhebung der Wasser- und Abwasserentgelte	Umweltstatistikgesetz			3-jährlich
Wassergefährdende Stoffe			19,0	10,0	
32311	Statistik über Unfälle beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	Umweltstatistikgesetz			jährlich
32331	Erhebung der Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	Umweltstatistikgesetz			5-jährlich
Luftverunreinigungen			19,6	14,2	
32421	Erhebung bestimmter klimawirksamer Stoffe	Umweltstatistikgesetz			jährlich
Umweltschutzausgaben und -produkte			39,2	28,6	
32511	Erhebung der Investitionen für den Umweltschutz	Umweltstatistikgesetz			jährlich
32531	Erhebung der Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz	Umweltstatistikgesetz			jährlich
Umweltstatistiken (GLU)			5,4	11,3	
32911	Gesamtleitdatei "Umweltstatistiken"(GLU)	Umweltstatistikgesetz			

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2012	2013	Periodizität
			T€	T€	
Energiestatistiken			108,0	165,4	
43311	Monatsbericht über die Elektrizitätsversorgung	Energiestatistikgesetz			monatlich
43321	Monatsbericht über die Gasversorgung	Energiestatistikgesetz			monatlich
43331	Erhebung über Stromabsatz, Erlöse	Energiestatistikgesetz			jährlich
43341	Erhebung über Abgabe, Ein- und Ausfuhr von Gas sowie Erlöse	Energiestatistikgesetz			jährlich
43351	Erhebung über Stromerzeugungsanlagen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	Energiestatistikgesetz			jährlich
43371	Jahreserhebung über die Stromeinspeisung bei Netzbetreibern	Energiestatistikgesetz			jährlich
43381	Jahreserhebung über Klärgas	Energiestatistikgesetz			jährlich
43391	Jahreserhebung über Flüssiggas	Energiestatistikgesetz			jährlich
43411	Jahreserhebung über Erzeugung, Verwendung, Bezug und Abgabe von Wärme	Energiestatistikgesetz			jährlich
43421	Erhebung über Geothermie	Energiestatistikgesetz			jährlich
43521	Erhebung über Biotreibstoffe	Energiestatistikgesetz			jährlich
43531	Jahreserhebung über die Energieverwendung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	Energiestatistikgesetz			jährlich
Energiebilanz			50,6	14,8	
43611	Projekt Energiebilanz	Vertrag mit dem Land SH			jährlich
UGR			142,1	124,2	
85111	Emittentenstruktur (Luftschadstoffe, Abfall, Abwasserentsorgung etc.)	Landtagsbeschluss			
85121	Physische Input-, Outputtabellen	Landtagsbeschluss			
85131	Einzelne Materialien	Landtagsbeschluss			
85211	Bodennutzung	Landtagsbeschluss			
85311	Umweltzustandsindikatoren	Landtagsbeschluss			
85411	Ausgaben und Anlagevermögen für Umweltschutz	Landtagsbeschluss			
85421	Umweltbezogene Steuern und Gebühren	Landtagsbeschluss			
85511	Vermeidungskosten	Landtagsbeschluss			
85900	Sonstiges im Bereich UGR	Landtagsbeschluss			
Betriebsregister Landwirtschaft			212,1	182,2	
41111	Betriebsregister Landwirtschaft	Agrarstatistikgesetz			monatlich
Landwirtschaftszählung - Gartenbau			1,2	1,5	
41145	Landwirtschaftszählung - Gartenbau	Agrarstatistikgesetz			10-jährlich

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2012	2013	Periodizität
			T€	T€	
Bodennutzung und Ernte			363,1	350,0	
41213	Allgemeine Zierpflanzenerhebung	Agrarstatistikgesetz			4-jährlich
41214	Erhebung über die Speisepilze	Agrarstatistikgesetz			jährlich
41215	Gemüseerhebung	Agrarstatistikgesetz			halbjährlich
41221	Baumschulerhebung	Agrarstatistikgesetz			4-jährlich
41231	Baumobstanbauerhebung	Agrarstatistikgesetz			5-jährlich
41232	Erhebung über die Strauchbeeren	Agrarstatistikgesetz			jährlich
41241	Ernte- und Betriebsberichterstattungen (EBE): Feldfrüchte und Grünland (einschließlich Anbauflächen und Vorräte)	Agrarstatistikgesetz			9 x je Jahr
41243	Ernte- und Betriebsberichterstattungen (EBE): Obst	Agrarstatistikgesetz			vierteljährlich
41246	Besondere Ernte- und Qualitätsermittlung	Agrarstatistikgesetz			jährlich
41255	Erhebung der Weinbestände	Agrarstatistikgesetz			jährlich
Sonstiges Land- und Forstwirtschaft, Fischerei			27,8	17,9	
41900	Sonstiges im Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Agrarstatistikgesetz			laufend
Preise Land- und Forstwirtschaft			0,0	0,0	
61211	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	Preisstatistikgesetz			
61221	Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	Preisstatistikgesetz			
61231	Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte	Preisstatistikgesetz			
Bodenmarkt			12,7	18,8	
61521	Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke	Preisstatistikgesetz			jährlich
Verdiensterhebung in der Landwirtschaft			0,0	0,3	
62311	Verdiensterhebung in der Landwirtschaft	Verdienststatistikgesetz			4-jährlich
Struktur land- und forstwirtschaftliche Betriebe			24,6	0,0	
41121	Allgemeine Agrarstrukturerhebung	Agrarstatistikgesetz			4-jährlich
41122	Repräsentative Agrarstrukturerhebung	Agrarstatistikgesetz			4-jährlich
Bodennutzungshaupterhebung			261,7	15,6	
41271	Bodennutzungshaupterhebung	Agrarstatistikgesetz			jährlich
Viehbestand und tierische Erzeugung			198,8	264,0	
41312	Erhebung über die Viehbestände (Rinder im Mai und November)	Agrarstatistikgesetz			halbjährlich
41313	Repräsentative Erhebung über die Viehbestände (Schweine) im Mai und November)	Agrarstatistikgesetz			halbjährlich

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2012	2013	Periodizität
			€	€	
41314	Repräsentative Erhebung über die Viehbestände (Schafe) im November)	Agrarstatistikgesetz			jährlich
41323	Geflügelstatistik: Erhebung in Unternehmen mit Legehennenhaltung	Agrarstatistikgesetz			monatlich
41331	Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik	Agrarstatistikgesetz			monatlich
41341	Milcherzeugungs- und Milchverwendungsstatistik	Agrarstatistikgesetz			monatlich
EG ASE 2005			0,0	0,0	
41123	Gemeinschaftliche Agrarstrukturerhebung	Agrarstatistikgesetz			2-jährlich
EG ASE 2007			0,0	-1,0	
41123	Gemeinschaftliche Agrarstrukturerhebung	Agrarstatistikgesetz			2-jährlich
Landwirtschaftszählung - LZ 2010			198,7	56,9	
41141	Landwirtschaftszählung - Haupterhebung, allgemein: Landwirtschaft, nationaler Teil	Agrarstatistikgesetz			10-jährlich
EG Landwirtschaftszählg. u. ELPM 2010 (ASE 2010, EU-VO 1166/2008)			0,0	-40,3	
	Landwirtschaftszählung - Erhebung über landwirtsch. Produktionsmethoden (ELPM)				
	Landwirtschaftszählung - Haupterhebung, allg.: EU-Teil				
Aquakulturstatistik			60,6	32,1	
41362	Aquakulturstatistik	Agrarstatistikgesetz			
Tierärzte-Erhebung			32,8	-1,5	
41911	§7-Erhebung über tierärztliche Versorgung von Nutztieren				
EG Landwirtschaftszählung und ASE 2010			1,1	0,0	
41151	Landwirtschaftszählung - Erhebung über landwirtsch. Produktionsmethoden (ELPM)	Agrarstatistikgesetz			
41141	Landwirtschaftszählung	Agrarstatistikgesetz			10-jährlich
EG ASE 2013			23,7	548,3	
41123	Gemeinschaftliche Agrarstrukturerhebung				
EG ASE 2016			0,0	1,8	
	Gemeinschaftliche Agrarstrukturerhebung				
ASE 2013 - nationaler Teil			7,3	79,7	
99170	ASE 2013 - nationaler Teil				
Klimaschutz			1,2	0,0	
99148	Klimaschutz	Emissionsberichterstattungsverordnung zum Agrarstatistikgesetz			nur in 2011
Summen			2.027,0	2.048,8	

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2012	2013	Periodizität
			T€	T€	
Berufsbildung			13,7	16,2	
21211	Berufsbildungsstatistik 31.12.	Berufsbildungsgesetz			jährlich
Laufende Wirtschaftsrechnungen			93,8	3,5	
63111	Laufende Wirtschaftsrechnungen: Allgemeine Angaben	Wirtschaftsrechnungsgesetz			jährlich
63121	Laufende Wirtschaftsrechnungen: Haushaltsbuch	Wirtschaftsrechnungsgesetz			jährlich
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe			74,5	457,3	
63211	Einkommens- und Verbrauchsstichproben: Einführungsinterview, Allgemeine Angaben	Wirtschaftsrechnungsgesetz			5-jährlich
63221	Einkommens- und Verbrauchsstichproben: Haushaltsbuch	Wirtschaftsrechnungsgesetz			5-jährlich
63231	Einkommens- und Verbrauchsstichproben: Feinanschreibung NGT	Wirtschaftsrechnungsgesetz			5-jährlich
Dauerstichprobe			64,2	60,7	
63311	Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte	Mikrozensusgesetz			jährlich
EU-SILC			60,7	56,3	
63411	EU-SILC: Personenbogen	EU-SILC-Verordnung			jährlich
63421	EU-SILC: Haushaltsbogen	EU-SILC-Verordnung			jährlich
IKT Haushalte 2011 (EU-förderungsfähig)			0,0	-0,9	
99139	Informations- und Kommunikationstechnologien				
IKT (Haushalte) Allgemein			12,9	0,0	
99161	Erhebung über die private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien	Informationsgesellschaftsstatistikgesetz			jährlich
IKT (Haushalte)			21,7	14,8	
IKT (Haushalte) Allgemein			0,0	5,2	
63931	Erhebung über die private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien				
Kreditinstitute			0,0	0,0	
47211	Kreditstatistik	Gesetz über Deutsche Bundesbank			
47241	Statistik der Bausparkassen	Gesetz über Deutsche Bundesbank			
47251	Statistik der Einlagen und aufgenommenen Kredite	Gesetz über Deutsche Bundesbank			
47271	Statistik der Forderungen und Verbindlichkeiten	Gesetz über Deutsche Bundesbank			
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden			109,9	134,9	
42221	Jahresbericht für Betriebe im verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			jährlich
42231	Investitionserhebung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			jährlich
42261	Schätzung von Angaben für fachliche Unternehmensteile im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EU-Strukturverordnung			jährlich
42271	Jahresbericht für Betriebe im verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			jährlich
42331	Wehrgüterstatistik	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			monatlich

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2012	2013	Periodizität
			T€	T€	
Monatsbericht Verarbeitendes Gewerbe			184,9	185,6	
42111	Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung für Betriebe im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			monatlich
Produktionserhebung im Verarbeitenden Gewerbe			162,6	170,1	
42121	Monatliche Produktionserhebung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			monatlich
42131	Vierteljährliche Produktionserhebung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			vierteljährlich
Energie- und Wasserversorgung			38,3	34,1	
43111	Monatsbericht im Bereich der Energie- und Wasserversorgung	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			monatlich
43211	Investitionserhebung im Bereich der Energie- und Wasserversorgung	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			jährlich
43221	Kostenstrukturerhebung im Bereich der Energie- und Wasserversorgung	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			jährlich
Baugewerbe			319,3	352,2	
44111	Monatsbericht im Bauhauptgewerbe (einschl. Auftragseingangsindizes)	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			monatlich
44131	Vierteljahreserhebung im Ausbaugewerbe	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			vierteljährlich
44141	Statistik über den Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe (einschl. Indizes)	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			vierteljährlich
44211	Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung im Bauhauptgewerbe	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			jährlich
44221	Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung im Ausbaugewerbe	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			jährlich
44231	Totalerhebung im Bauhauptgewerbe	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			jährlich
44241	Zusatzerhebung im Ausbaugewerbe	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz			jährlich
Eisenbahnverkehr, Straßenpersonenverkehr			19,8	19,9	
46181	Vierteljährliche Statistik des gewerblichen Personennahverkehrs und des Omnibusfernverkehrs	Verkehrsstatistikgesetz			vierteljährlich
46182	Jährliche / 5-jährliche Statistik des gewerblichen Personennahverkehrs und des Omnibusfernverkehrs	Verkehrsstatistikgesetz			jährlich
Gewerbeanzeigen			160,7	165,5	
52311	Gewerbeanzeigenstatistik	Gewerbeordnung			monatlich
Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen			7,0	4,6	
52911	Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen	Informationsgesellschaftsstatistikgesetz			jährlich
Handwerk, handwerksähnliches Gewerbe			48,6	35,7	
53111	Handwerkszählung	Handwerksstatistikgesetz			jährlich
53211	Vierteljährliche Handwerksberichterstattung	Handwerksstatistikgesetz			vierteljährlich
VGR der Länder			201,7	214,8	
82111	Entstehungsrechnung	VO zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen			jährlich

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2012	2013	Periodizität
			T€	T€	
82211	Verteilungsrechnung Inländerkonzept	VO zum Europäischen System Volkswirtschaftl. Gesamtrechnungen			jährlich
82311	Verteilungsrechnung Inlandskonzept	VO zum Europäischen System Volkswirtschaftl. Gesamtrechnungen			jährlich
82411	Umverteilungsrechnung	VO zum Europäischen System Volkswirtschaftl. Gesamtrechnungen			jährlich
82511	Verwendungsrechnung	VO zum Europäischen System Volkswirtschaftl. Gesamtrechnungen			jährlich
82611	VGR-Bezugszahlen	VO zum Europäischen System Volkswirtschaftl. Gesamtrechnungen			jährlich
82711	Kreisberechnungen	VO zum Europäischen System Volkswirtschaftl. Gesamtrechnungen			jährlich
82900	Sonstiges im Bereich VGR der Länder	ESVG95			
Erwerbstätigenrechnung			129,5	137,5	
13311	Länderberechnung Erwerbstätige	verschiedene Verordnungen zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen			vierteljährlich
13312	Kreisberechnungen Erwerbstätige	VO zum Europäischen System Volkswirtschaftl. Gesamtrechnungen			jährlich
13313	Länderberechnungen zum Arbeitsvolumen	VO zum Europäischen System Volkswirtschaftl. Gesamtrechnungen			vierteljährlich
Tourismus			574,8	495,0	
45511	Monatserhebung im Tourismus	Beherbergungsstatistikgesetz			monatlich
Verbraucherpreise			433,5	455,3	
61131	Index der Einzelhandelspreise	Preisstatistikgesetz			monatlich
Verbraucherpreisindex für Deutschland			0,0	0,0	
61111	Verbraucherpreisindex für Deutschland	Preisstatistikgesetz			monatlich
Harmonisierter Verbraucherpreisindex in der EU			0,0	0,0	
61121	Harmonisierter Verbraucherpreisindex EU	Preisstatistikgesetz			monatlich
61241	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	Preisstatistikgesetz			
61281	Index der Großhandelsverkaufspreise	Preisstatistikgesetz			
Preise für Bauleistungen			43,2	36,9	
61261	Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke	Preisstatistikgesetz			vierteljährlich
Bodenmarkt			12,7	18,8	
61511	Statistik der Kaufwerte für Bauland	Preisstatistikgesetz			vierteljährlich
Handel, Instandhaltung, Reparatur Kfz, Gebrauchsgüter			154,7	225,0	
45211	Monatserhebung im Großhandel und in der Handelsvermittlung	Handelsstatistikgesetz			monatlich
45212	Monatserhebung im Kfz- und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz	Handelsstatistikgesetz			monatlich
45213	Jahreserhebung im Handel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	Handelsstatistikgesetz			jährlich
Gastgewerbe			61,2	59,9	
45411	Monatserhebung im Gastgewerbe	Handelsstatistikgesetz			monatlich
45421	Jahreserhebung im Gastgewerbe	Handelsstatistikgesetz			jährlich

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2012	2013	Periodizität
			T€	T€	
URS (95)			614,3	579,5	
52111	Unternehmensregister-System 95 (URS 95)	Europäische und nationale Vorschriften, u. a. : • Verordnung (EWG) Nr. 2186/93, Nr. 696/93 und Nr. 177/2008 • Statistikregistergesetz - StatRegG • VerwaltungsdatenverwendungsG			laufend
URS (neu)			19,0	36,0	
52121	Unternehmensregister-System neu	gleiche Rechtsgrundlagen wie für 52111 URS 95			laufend
MEG II und andere neue Aufgaben			44,3	49,9	
99137	MEG II und andere neue Aufgaben	Mittelstandsentlastungsgesetz			laufend/ monatlich
Verwaltungsdatenspeicher Beschäftigte			1,1	0,8	
99141	Verwaltungsdatenspeicher Beschäftigte	Verwaltungsdatenverwendungsgesetz			monatlich
Binnen- und Seeschifffahrt			96,5	126,0	
46321	Güterverkehrsstatistik der Binnenschifffahrt	Verkehrstatistikgesetz			monatlich
46331	Seeverkehrsstatistik	Verkehrstatistikgesetz			monatlich
Dienstleistungen			0,0	0,0	
47400	Dienstleistungen				laufend
Dienstleistungsstatistik auf Grundlage der Konjunkturverordnung der EU			28,4	16,7	
47414	Dienstleistungsstatistik auf Grundlage der Konjunkturverordnung der EU	Dienstleistungskonjunkturstatistikgesetz			vierteljährlich
Dienstleistungsstatistik auf Grundlage der Strukturverordnung der EU			199,1	216,9	
47415	Dienstleistungsstatistik auf Grundlage der Strukturverordnung der EU	Dienstleistungstatistikgesetz			jährlich
Piloterhebungen im Bereich Dienstleistungen			0,0	0,0	
47416	Piloterhebungen				unregelmäßig
Außenhandel			40,9	48,8	
51900	Sonstiges im Bereich Außenhandel	Außenhandelsstatistikgesetz			unregelmäßig
Verdienststruktur			72,3	10,1	
62111	Verdienststrukturerhebung	Verdienststatistikgesetz			4-jährlich
Verdiensterhebung Prod. Gewerbe, Handel etc.			221,2	194,4	
62321	Vierteljährliche Verdiensterhebung	Verdienststatistikgesetz			vierteljährlich
Arbeitskosten			11,8	223,5	
62411	Arbeitskostenerhebung	Verdienststatistikgesetz			4-jährlich
Summen			4.352,8	4.861,4	

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2012	2013	Periodizität
			T€	T€	
Todesursachen			127,2	145,9	
23211	Todesursachenstatistik	Bevölkerungstatistikgesetz			jährlich
Schulstatistik			17,3	17,7	
21131	Statistik der Schulen des Gesundheitswesens	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			jährlich
Hochschulen			115,8	121,7	
21311	Statistik der Studenten	Hochschulstatistikgesetz			halbjährlich
21321	Statistik der Prüfungen	Hochschulstatistikgesetz			halbjährlich
21331	Statistik der Gasthörer	Hochschulstatistikgesetz			jährlich
21341	Personal- und Stellenstatistik	Hochschulstatistikgesetz			jährlich
21351	Statistik der Habilitationen	Hochschulstatistikgesetz			jährlich
21371	Hochschulfinanzstatistik, jährlich	Hochschulstatistikgesetz			jährlich
21372	Hochschulfinanzstatistik vj	Hochschulstatistikgesetz			vierteljährlich
21381	Hochschulstatistische Kennzahlen	Hochschulstatistikgesetz			
Ausbildungsförderung			3,5	3,4	
21411	Statistik der Bundesausbildungsförderung (BAföG)	Bundesausbildungsförderungsgesetz			jährlich
21421	Statistik der Aufstiegsfortbildungsförderung (AFBG / Meister-BAföG)	Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz			jährlich
Sozialhilfe			151,3	132,7	
22111	Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe	Sozialgesetzbuch			jährlich
22121	Statistik der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (ohne Kurzzeitempänger) - Empfänger am 31.12.	Sozialgesetzbuch			jährlich
22122	Statistik der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (ohne Kurzzeitempänger) - Zu- und Abgänge	Sozialgesetzbuch			vierteljährlich
22123	Statistik der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt mit kurzzeitiger Hilfestellung	Sozialgesetzbuch			vierteljährlich
22124	Stichprobe der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt	Sozialgesetzbuch			jährlich
22131	Statistik der Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII	Sozialgesetzbuch			jährlich
22132	Stichprobe über die Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII	Sozialgesetzbuch			jährlich
22151	Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	Sozialgesetzbuch			jährlich
22152	Stichprobe über die Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	Sozialgesetzbuch			jährlich
Pflege			55,1	47,4	
22411	Statistik über ambulante Pflegeeinrichtungen (Pflegedienste)	Pflegestatistikverordnung			2-jährlich
22412	Statistik über stationäre Pflegeeinrichtungen (Pflegeheime)	Pflegestatistikverordnung			2-jährlich
22421	Statistik über die Empfänger von Pflegegeldleistungen	Pflegestatistikverordnung			

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2012 T€	2013 T€	Periodizität
Kinder- und Jugendhilfe – ohne Kindertagesbetreuung			129,3	180,1	
22517	Statistik der erzieherischen Hilfe, der Eingliederungshilfe für seelisch Behinderte und der Hilfe für junge Volljährige	Sozialgesetzbuch			jährlich
22521	Statistik der Adoptionen	Sozialgesetzbuch			jährlich
22522	Statistik der Pflegeerlaubnis, Pfleg-, Vormund-, Beistandschaften, Sorgerecht, Sorgeerklärungen	Sozialgesetzbuch			jährlich
22523	Statistik der vorläufigen Schutzmaßnahmen	Sozialgesetzbuch			jährlich
22531	Statistik der Maßnahmen der Jugendarbeit	Sozialgesetzbuch			4-jährlich
22542	Statistik der Einrichtungen und tätigen Personen - ohne Tageseinrichtungen	Sozialgesetzbuch			4-jährlich
22551	Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Kinder- und Jugendhilfe	Sozialgesetzbuch			jährlich
Kindertagesbetreuung			127,2	143,0	
22541	Statistik der Kinder und tätigen Personen in Tageseinrichtungen	Sozialgesetzbuch			4-jährlich
22543	Statistik der Kinder und tätigen Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege	Sozialgesetzbuch			jährlich
22544	Statistik der Plätze in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege	Sozialgesetzbuch			jährlich
22545	Statistik über Personen in Großtagespflegestellen und die dort betreuten Kinder	Sozialgesetzbuch			jährlich
Behinderte, Kriegsoffer			5,3	7,4	
22711	Statistik der schwerbehinderten Menschen	Sozialgesetzbuch			2-jährlich
22731	Statistik der Kriegsofferfürsorge	Kriegsofferfürsorgestatistikgesetz			2-jährlich
Sozialberichterstattung in der amtlichen Statistik			13,4	6,9	
22811	Sozialberichterstattung in der amtlichen Statistik	Sozialgesetzbuch			jährlich
Sonstige Öffentliche Sozialleistungen			0,0	0,0	
22922	Statistik zum Elterngeld	Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit			vierteljährlich
Krankenhausstatistik			70,2	94,4	
23111	Grunddaten der Krankenhäuser	Krankenhausstatistik-Verordnung			jährlich
23112	Grunddaten der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	Krankenhausstatistik-Verordnung			jährlich
23121	Kostennachweis der Krankenhäuser	Krankenhausstatistik-Verordnung			jährlich
23131	Diagnosen der Krankenhauspatienten	Krankenhausstatistik-Verordnung			jährlich
23132	Diagnosen der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungspatienten	Krankenhausstatistik-Verordnung			jährlich
Zeitbudgeterhebung 2012			23,9	12,1	
63911	Zeitbudgeterhebung 2012				
Strafverfolgung und -vollzug			0,7	0,8	
24321	Anteil Maßregelvollzugsstatistik	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			jährlich
Summen			840,2	913,6	

Ministerium für Schule und Berufsbildung					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2012 T€	2013 T€	Periodizität
Allgemeinbildende u. berufliche Schulen			558,9	573,8	
21111	Statistik der allgemeinbildenden Schulen	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			jährlich
21121	Statistik der beruflichen Schulen	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			jährlich
21141	Statistik der Lehrerseminare, des Lehrernachwuchses	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse			jährlich
Statistik d. berufl. Weiterbildung (CVTS 4)			14,4	0,0	
21521	Statistik d. berufl. Weiterbildung (CVTS 4)				
Schulstatistik			276,2	395,3	
	Projekt Schulstatistik	Vereinbarung ab 2011			laufend
Sonstiges Bildung und Kultur			73,2	80,1	
21901	Lehrerstatistik	Runderlass über die Durchführung der Erhebung stat. Daten für die Zwecke der Schulaufsicht-Verwaltung-Planung (Schulstatistik)			laufend
21902	Schulfinanzstatistik				
Summen			922,7	1.049,1	

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2012 T€	2013 T€	Periodizität
Fortschreibung Bevölkerungsstand			72,9	49,9	
12411	Fortschreibung des Bevölkerungsstandes	Bevölkerungstatistikgesetz			monatlich
Bevölkerungsvorausberechnungen			18,0	27,2	
12421	Bevölkerungsvorausberechnungen	Vereinbarung zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Ländern			3-jährlich
Einbürgerungen Ausländer			5,8	11,7	
12511	Einbürgerungsstatistik	Staatsangehörigkeitsgesetz Gesetz über das Ausländerzentralregister (AZR- Gesetz)			jährlich
12521	Ausländerstatistik				
Natürliche Bevölkerungsbewegungen			118,9	143,1	
12611	Statistik der Eheschließungen	Bevölkerungstatistikgesetz			monatlich
12612	Statistik der Geburten	Bevölkerungstatistikgesetz			monatlich
12613	Statistik der Sterbefälle	Bevölkerungstatistikgesetz			monatlich
12621	Sterbetafeln				
12631	Statistik rechtskräftiger Urteile in Ehesachen	Bevölkerungstatistikgesetz			jährlich
12651	Begründung von Lebenspartnerschaften	Bevölkerungstatistikgesetz.			monatlich
12661	Aufhebung von Lebenspartnerschaften	Bevölkerungstatistikgesetz.			monatlich
Wanderungen			172,3	164,0	
12711	Wanderungsstatistik	Bevölkerungstatistikgesetz			monatlich
Überprüfung der Einwohnerzahlen			38,5	49,0	
12920	Überprüfung der Einwohnerzahlen				laufend
Volkszählungen - Zensus			4.379,0	685,5	
12111	Volkszählung	Zensusgesetz 2011			10-jährlich
Mikrozensus			840,3	850,4	
12211	Grundprogramm des Mikrozensus	Mikrozensusgesetz			jährlich
12212	Zusatzprogramm des Mikrozensus	Mikrozensusgesetz			jährlich
Bundestagswahlen			0,0	0,0	
14111	Allgemeine Bundestagswahlstatistik	Wahlstatistikgesetz			4-jährlich
14121	Repräsentative Bundestagswahlstatistik	Wahlstatistikgesetz			4-jährlich
Europawahlen			0,0	0,0	
14211	Allgemeine Europawahlstatistik	Wahlstatistikgesetz			5-jährlich
14221	Repräsentative Europawahlstatistik	Wahlstatistikgesetz			5-jährlich
Landtagswahlen			326,4	0,0	
14311	Landtagswahlstatistik	Landeswahlgesetz			5-jährlich
Kommunalwahlen			39,5	0,0	
14411	Kreistagswahlen	Gemeinde- und Kreiswahlgesetz			5-jährlich
Volksentscheide			0,0	0,0	
14511	Volksentscheide	Volksabstimmungsgesetz/Landeswahlgesetz			unregelmäßig
Sonstiges im Bereich Wahlen			110,7	403,1	
14901	Wahlkoordination				
Verwaltungsdatenspeicher Umsatz und Beschäftigte			0,0	3,6	
52941	Verwaltungsdatenspeicher				

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten					
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2012 T€	2013 T€	Periodizität
Kommunale Finanzstatistiken			76,4	130,6	
79901	Kommunaler Finanzausgleich SH	Finanzausgleichsgesetz S-H			jährlich
79902	Berechnung Gemeindeanteil Einkommensteuer und	Gemeindefinanzreformgesetz			5 x p. a.
79903	Berechnung Gemeindeanteil Umsatzsteuer	Gemeindefinanzreformgesetz			1/4-jährlich
79904	Berechnung Sonderausgleich § 35 FAG	Finanzausgleichsgesetz S-H			jährlich
Straßenverkehr (o. Personenbeförderung)			164,0	113,9	
46241	Statistik der Straßenverkehrsunfälle	Straßenverkehrsunfallstatistikgesetz			monatlich
Flächennutzung			13,9	19,0	
33111	Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung	Agrarstatistikgesetz			4-jährlich
33141	Jährliche Erhebung der Siedlungs- und Verkehrsflächen	Agrarstatistikgesetz			jährlich
33900	Sonstiges im Bereich Flächennutzung	Agrarstatistikgesetz			
Beschäftigtenstatistik			7,2	5,6	
13111	Vierteljährliche Bestandsauszählungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten				
Arbeitsmarktstatistik BfA			1,2	1,0	
13211	Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit				
Bautätigkeit			371,5	465,0	
31111	Statistik der Baugenehmigungen	Hochbaustatistikgesetz			monatlich
31121	Statistik der Baufertigstellungen	Hochbaustatistikgesetz			jährlich
31131	Statistik des Bauüberhangs	Hochbaustatistikgesetz			jährlich
31141	Statistik des Bauabgangs	Hochbaustatistikgesetz			jährlich
Gebäude und Wohnungen			11,4	3,6	
31231	Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes	Hochbaustatistikgesetz			jährlich
Asylbewerberleistungen			26,7	22,7	
22211	Statistik der Ausgaben und Einnahmen für Asylbewerberleistungen	Asylbewerberleistungsgesetz			jährlich
22221	Statistik der Empfänger von Asylbewerberleistungen - Empfänger am 31.12.	Asylbewerberleistungsgesetz			jährlich
22231	Statistik der Empfänger von besonderen Asylbewerberleistungen	Asylbewerberleistungsgesetz			jährlich
Wohngeld			72,6	73,3	
22311	Allgemeines Wohngeld zum 31.12.	Wohngeldgesetz			jährlich
22312	Allgemeines Wohngeld - Quartale	Wohngeldgesetz			vierteljährlich
22313	Stichprobe zum Allgemeinen Wohngeld	Wohngeldgesetz			jährlich
Raumbezug Statistische Daten			32,7	57,9	
99136	Raumbezug Statistische Daten	Geodateninfrastrukturgesetz			
zAGRA			0,0	0,0	
99124	zAGRA	Verbundverfahren (Agrarstatistikgesetz)			
AGRA2010			366,7	322,7	
99125	AGRA 2010	Verbundverfahren (Agrarstatistikgesetz)			
AGRA2010 - zentrale Produktion			126,9	162,2	
99147	AGRA2010 - zentrale Produktion	Verbundverfahren (Agrarstatistikgesetz)			
AGRA			0,0	0,0	
41511	Verbundprogrammierung AGRA	Verbundverfahren (Agrarstatistikgesetz)			
Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten					

EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2012 T€	2013 T€	Periodizität
Herkunfts- u. Informationssystem Tier (HIT)			16,0	36,3	
99131	Herkunfts- u. Informationssystem Tier (HIT)	Verbundverfahren (Agrarstatistikgesetz)			
AGRATAB 2010			3,0	21,3	
99146	AGRATAB 2010	Verbundverfahren (Agrarstatistikgesetz)			
Projekt Düngemittelerhebung			0,0	0,0	
99135	Projekt Düngemittelerhebung	Patenlandaufgabe			
AGRA2010			72,3	30,2	
99156	AGRA 2010 - Integration der Aquakulturstatistik				
Gebiet			30,2	8,8	
11111	Feststellung des Gebietsstands	Landesregelungen			monatlich
Sonstiges Bereich Gebiet			16,1	10,4	
11911	Gemeindeverzeichnis	Landesregelungen			jährlich
INSPIRE / GDI			5,4	3,7	
99165	INSPIRE / GDI				
Regionale Daten			58,7	19,9	
99120	Regionale Daten				
Sonstige Gemeinkosten					
	BASIS - Wartung und Pflege		457,3	711,0	
	Projekt "SIGMA" (Zentrale Dokumenten-Eingangsverarbeitung)		400,5	0,0	
	Projekt Neuorganisation „ProNeuS“		330,5	0,0	
	Betrieb Eingangsverarbeitungszentrum		228,6	0,0	
	Projekt "ESARI" (IT-Verfahren im Statistikamt)		73,8	0,0	
	Projekt LIS-Statistische Berichte		42,2	68,2	
	Projekt IT Sicherheit nach BSI		37,6	0,0	
	Forschungsdatenzentrum		36,9	46,6	
	Projekt "Elektron. Dokumentenmanagement"		22,9	2,9	
	Repräsentative Wahlstatistik		0,0	69,1	
	Eignungsprüfung LPachtVG-Daten		0,0	33,9	
	Übriges		5,4	1,2	
	Projekt "eZeit"		5,0	0,0	
	Auftragsarbeiten für Dritte		3,1	3,3	
	Projekt "TFO" (Organisationsoptimierung)		0,0	0,0	
	Projekt "Einführung Landesinformationssystem"		0,0	68,2	
	Projekt "Geschäftsmodell" (Prüfauftrag LRH)		0,0	0,0	
	Referenzsystem Eingangsverarbeitung Zensus 2011		-36,9	0,0	
Summe			9.202,1	4.900,0	

Stellenplan Stellenübersichten

	Seite
Kap. 04 01 Ministerium	154
Kap. 04 03 Vermessung und Geoinformation	159
Kap. 04 04 Bundesangelegenheiten, Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund	161
Kap. 04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz	163
Kap. 04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten	165
Kap. 04 10 Polizei	167
Abschluss Stellenpläne und -übersichten	172
Hebungen 2015	174
Umwandlungen 2015	175
Übertragungen 2015	176
kw-Vermerke	177
ku-Vermerke	179
Neue Stellen 2015	180
Einsparungen 2015	181

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		Vom Soll 2014 waren am 01.02.2014 besetzt mit	
		2014	2015	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
FESTE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
Planmäßige Beamtinnen und Beamte					
B9	Staatssekretäre/-innen	1	2		
B7	Ministerialdirigenten/-innen	1	1		
B5	Ministerialdirigenten/-innen	4	4		
B2	Ministerialräte/-innen	5	5		
Summe [Planmäßige Beamtinnen und Beamte]:		11	12	0	0
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
Planmäßige Beamtinnen und Beamte					
A16	Ministerialräte/-innen	19	19		2
A15	Regierungsdirektoren/-innen, Regierungsbaudirektoren/-innen, Branddirektoren/-innen, Regierungsvermessungsdirektoren/-innen, Regierungsvolkswirtschaftsdirektoren/-innen	19	19		1
A14	Oberregierungsräte/-innen, Oberregierungsbauräte/-innen, Oberbrandräte/-innen, Oberregierungsvolkswirtschaftsräte/-innen, Oberregierungsvermessungsräte/-innen	6	9		1
A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen, Regierungsvolkswirtschaftsräte/-innen, Regierungsvermessungsräte/-innen, Brandräte/-innen	3	0		1
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	61	61 ¹⁾		
A13 LG 2.1	Erste Polizeihauptkommissare/-innen, Erste Kriminalhauptkommissare/-innen	2	2		
A12	Amtsräte/-innen	47	48		5
A11	Regierungsamtmänner/-frauen, Regierungsvermessungsamtmänner/-frauen, Regierungsbrandamtmänner/-frauen, Regierungsbauamtmänner/-frauen, Bibliotheksamtmänner/-frauen	42	42		8
A10	Regierungsoberinspektoren/-innen, Regierungsoberbauinspektoren/-innen, Regierungsoberbrandinspektoren/-innen, Regierungsvermessungsoberinspektoren/-innen, Bibliotheks-oberinspektoren/-innen	10	10		2
A9 LG 2.1	Regierungsinspektoren/-innen	1	2		
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	24	24 ²⁾		

04 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen					
--	--	--	--	--	--

A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	16	16		
Summe [Planmäßige Beamtinnen und Beamte]:		250	252	0	20
Summe :		261	264	0	20

- 1) 1 Planstelle ist mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 13 zur Bes.Gruppe A 13 SHBesO A und B ausgestattet.
- 2) 7 Planstellen sind mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes.Gruppe A 9 SHBesO A und B ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A13 LG 2.1		für ein freigestelltes Personalratmitglied	(aus HH 1992)
1 Stelle	A9 LG 2.1	am 31.07.2016	gem. § 15 Nr. 1 HG 2013 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach drei Jahren	(aus HH 2014)
1 Stelle	A9 LG 2.1	am 31.07.2017	gem. § 15 Nr. 1 HG 2014 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach drei Jahren	(aus HH 2015)

Planstellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle	B7	in B5	Änderung Landesbesoldungsordnung / Haushaltsbegleitgesetz 2011/2012	(aus HH 2011/2012)
----------	----	-------	---	--------------------

Vermerke:

1 Stelle	A11	darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
1 Stelle	A10	darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)

Nachrichtlich:

Freistellung mit Dienstbezügen
- die Planstelle ist im Stellenplan enthalten -

	2014	2015
1. für die Tätigkeit an der Verwaltungsfachhochschule Altenholz gemäß § 14 Abs. 16 HG 2013 - Fachbereich Allgemeine Verwaltung		
1.1 A 15 LG 2.2	1	1
<i>Summe zu 1.</i>	1	1
Zusammen	1	1

04 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Planmäßige Beamtinnen und Beamte													
1	B9			1								+1	Übertragung von 0601 42201 gemäß § 50 (1) LHO
Planmäßige Beamtinnen und Beamte													
2	A14							3				+3	Hebungen aus A 13 LG 2.2 (Strukturverbesserung)
3	A13 LG 2.2								3			-3	Hebungen nach A 14 (Strukturverbesserung)
4	A12			1								+1	übertragen von 0407 - 422 65 (TG65) (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
5	A9 LG 2.1	1										+1	gem. § 15 Nr. 1 HG 2014 - Übernahme Nachwuchskraft
Summe:		1		2				3	3			+3	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle A9 LG am 31.07.2017 gem. § 15 Nr. 1 HG 2014 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach drei Jahren (aus HH 2015)
2.1

Stellenanzahl
2014 2015

428 01

Entgeltgruppe

E15	4	4
E13	15	15
E12	7	7
E11	10	10
E10	8	8
E9	12	12
E8	9	15
E7	2	0
E6	13	16
E5	27	14
Summe :	107	101

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E15 (aus HH 2004/2005)

Vermerke:

10 Stellen E9 dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E 9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6) (aus HH 2013)

1 Stelle E6 darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

1 Stelle E5 darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

1 Stelle E5 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2007/2008)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E8							4				+6	Hebungen aus E 6 (Beförderungspaket 2015)
2								2					Hebungen aus E 7 (Beförderungspaket 2015)
3	E7								2			-2	Hebungen nach E 8 (Beförderungspaket 2015)
4	E6							7				+3	Hebungen aus E 5 (Beförderungspaket 2015)
5									4				Hebungen nach E 8 (Beförderungspaket 2015)
6	E5		6									-13	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
7									7				Hebungen nach E 6 (Beförderungspaket 2015)
Summe:			6					13	13			-6	

Stellenanzahl		Vom Soll 2014 waren am 01.02.2014 besetzt mit	
2014	2015	beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern

422 62 (62)

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen	21	22		
Anw. LG 2.1	Regierungsinspektoranwälter/-innen	61	77		
Anw. LG 1.2	Anwörter/-innen mittlerer Dienst	35	37		
Summe :		117	136	0	0

Planstellen künftig wegfallend:

5 Stellen	Anw. LG 2.1	am 31.07.2016	Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen.	(aus HH 2013)
5 Stellen	Anw. LG 2.1	am 31.07.2017	Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen.	(aus HH 2014)
17 Stellen	Anw. LG 2.1	am 31.12.2018	Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen	(aus HH 2015)
6 Stellen	Anw. LG 1.2	am 31.07.2015	Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen.	(aus HH 2013)
2 Stellen	Anw. LG 1.2	am 31.12.2017	Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen.	(aus HH 2015)

Vermerke:

1 Stelle	A13 LG 2.2	darf im Haushaltsjahr 2015 mit einem Mitarbeiter/einer Mitarbeiterin des MJKE besetzt werden.	(aus HH 2015)
----------	------------	---	---------------

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A13 LG 2.2							1				+1	Hebung aus Anw. LG 2.1 (Strukturverbesserung)
2	Anw. LG 2.1	17										+16	Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen.
3									1				Hebung nach A 13 LG 2.2 (Strukturverbesserung)
4	Anw. LG 1.2	2										+2	Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen
Summe:		19						1	1			+19	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

- 17 Stellen Anw. LG am 31.12.2018 Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen (aus HH 2015)
2.1
- 2 Stellen Anw. LG am 31.12.2017 Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen. (aus HH 2015)
1.2

Vermerke:

- 1 Stelle A13 LG darf im Haushaltsjahr 2015 mit einem Mitarbeiter/einer Mitarbeiterin des MJKE besetzt werden. (aus HH 2015)
2.2

Stellenanzahl
2014 **2015**

428 63 (63)

Entgeltgruppe

Cheffahrer	23	23
PKW-Fahrer	13	13

Summe : 36 **36**

04 03 Vermessung und Geoinformation

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		Vom Soll 2014 waren am 01.02.2014 besetzt mit	
		2014	2015	beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern
422 01					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
FESTE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
Landesamt für Vermessung und Geoinformation					
B3	Direktor/-in des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation	1	1		
Summe [Landesamt für Vermessung und Geoinformation]:		1	1	0	0
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
Landesamt für Vermessung und Geoinformation					
A16	Leitende Regierungvermessungsdirektoren/-innen	3	3		
A15	Regierungsvermessungsdirektoren/-innen	9	9		
A14	Oberregierungsvermessungsräte/-innen	11	11		1
A13 LG 2.2	Regierungsvermessungsräte/-innen	2	2		
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	12	12		
A12	Amtsräte/-innen	28	28		
A11	Regierungsvermessungsamtänner/-frauen, Regierungskartographenamtänner/-frauen	29	29		
A10	Regierungsvermessungsoberinspektoren/-innen, Regierungskartographenoberinspektoren/-innen	2	2		
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	17	17 ¹⁾		
A8	Regierungsvermessungshauptsekretäre/-innen, Regierungskartographenhauptsekretäre/-innen	5	3		
Anw. LG 2.2	Regierungsvermessungsreferendare/-innen	3	3		
Summe [Landesamt für Vermessung und Geoinformation]:		121	119	0	1
Summe :		122	120	0	1

1) 1 Planstelle ist mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes. Gruppe A 9 SHBesO A und B ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A12	am 30.09.2015	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit	(aus HH 2007/2008)
1 Stelle	A12	am 31.10.2015	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit	(aus HH 2007/2008)
1 Stelle	A8	am 31.05.2018	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit	(aus HH 2009/2010)

04 04 Bundesangelegenheiten, Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Erläuterung: Übertragen von 0302 infolge Änderung Geschäftsverteilung.

	Stellenanzahl		Vom Soll 2014 waren am 01.02.2014 besetzt mit	
	2014	2015	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
B5 Ministerialdirigenten/-innen	1	1		
B2 Ministerialräte/-innen	1	1		
AUFSTIEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A16 Ministerialräte/-innen	1	1		
A15 Regierungsdirektoren/-innen	2	1		
A14 Oberregierungsräte/-innen	0	0		
A13 LG Regierungsräte/-innen	0	1		
2.2				
A11 Regierungsamtmänner/-frauen	1	1		
Summe :	6	6	0	0

Vermerke:

1 Stelle B5 kann auch für das Kapitel 0401 in Anspruch genommen werden. (aus HH 2001)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A15						1					-1	Realisierung kw-Vermerk aus HH 2004/2005
2	A13 LG 2.2					1						+1	Realisierung kw-Vermerk aus HH 2004/2005
Summe:						1	1					0	

	Stellenanzahl	
	2014	2015
428 01		
<i>Entgeltgruppe</i>		
E15 Ü	0	0
E15	2	2
E12	3	3
E10	2	2
E9	3	2
E8	1	2
E6	5	4
E5	3	2
E4	0	0
Cheffahrer	0	0
Summe :	19	17

04 04 Bundesangelegenheiten, Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E12

(aus HH 2004/2005)

Vermerke:

1 Stelle E5 darf nur zur Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden

(aus HH 2007/2008)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E9		1									-1	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
2	E8							1				+1	Umwandlung von E6 gem. § 14 Abs. 12 HG 2014
3	E6									1		-1	Umwandlung nach E8 gem. § 14 Abs. 12 HG 2014
4	E5		1									-1	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020
Summe:			2					1	1			-2	

04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2014 waren am 01.02.2014 besetzt mit	
	2014	2015	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01				
Bedarf an Beamtinnen und Beamten				
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
A15 Branddirektoren/-innen	1	1		
A13 LG Oberamtsräte/-innen	1	1		
2.1				
A12 Amtsräte/-innen	3	3		2
A11 Regierungsbrandamtmänner/- frauen	6	6		2
A9 LG 2.1 Regierungsbrandinspektoren-/ innen	1	1		1
Summe :	12	12	0	5

	Stellenanzahl			
	2014	2015		
422 03				
Bedarf an Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst				
<i>Bes. Gruppe</i>				
Anw. LG Brandreferendare/-innen			1	1
2.2				
Anw. LG Regierungsoberbrandinspektoranwärter/-innen			1	1
2.1				
Summe :			2	2

	Stellenanzahl			
	2014	2015		
428 01				
<i>Entgeltgruppe</i>				
E12			2	3
E11			4	5
E9			2	0
E8			4	4
E6			2	2
E5			5	5
E4			4	4
Summe :			23	23

04 05 Feuerwehresen, Katastrophen- und Zivilschutz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E12							1				+1	Hebung aus E 11 (Strukturverbesserung)
2	E11							2				+1	Hebungen aus E 9 (Beförderungspaket 2015)
3										1			Hebung nach E 12 (Strukturverbesserung)
4	E9									2		-2	Hebungen nach E 11 (Beförderungspaket 2015)
Summe:								3	3			0	

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2014 waren am 01.02.2014 besetzt mit	
	2014	2015	beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern
422 65 (65)				
Bedarf an Beamtinnen und Beamten Landesamt für Ausländerangelegenheiten				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A16	Leitende Regierungsdirektoren/-innen	0	1	
A15	Regierungsdirektoren/-innen	1	1	
A14	Oberregierungsräte/-innen	1	0	
A13 LG	Oberamtsräte/-innen	2	2	
2.1				
A12	Amtsräte/-innen	1	0	
A11	Regierungsamtmänner/-frauen	3	3	
A10	Regierungsoberinspektoren/-innen	1	1	1
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	5	5 ¹⁾	
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	1	1	1
Summe :		15	14	0

1) 1 Planstelle ist mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet.

Vermerke:

1 Stelle A11 darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A16							1				+1	Hebung aus A 15 (Strukturverbesserung)
2	A15							1				0	Hebung aus A 14 (Strukturverbesserung)
3									1				Hebung nach A 16 (Strukturverbesserung)
4	A14								1			-1	Hebung nach A 15 (Strukturverbesserung)
5	A12				1							-1	übertragen nach 0401 - 422 01 (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
Summe:					1			2	2			-1	

	Stellenanzahl	
	2014	2015
428 65 (65)		
<i>Entgeltgruppe</i>		
E11	2	2
E9	7	13
E8	2	2
E6	9	3
E5	1	1
Summe :	21	21

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Vermerke:

- 4 Stellen E9 dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6). (aus HH 2013)
- 6 Stellen E9 dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6). (aus HH 2015)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E9							6				+6	Hebungen aus E 6 (Anpassung an den tatsächlichen Bedarf) Hebungen nach E 9 (Anpassung an den tatsächlichen Bedarf)
2	E6								6			-6	
Summe:								6	6			0	

neue Vermerke:

Vermerke:

- 6 Stellen E9 dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6). (aus HH 2015)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen
--

	Stellenanzahl		Vom Soll 2014 waren am 01.02.2014 besetzt mit	
	2014	2015	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01				
Bedarf an Beamtinnen und Beamten				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
B3	Landespolizeidirektor/-in, Direktor/ -in des Landeskriminalamtes	2	2	
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
A16	Leitende Regierungsmedizinalkommissare/-innen	1	1	
A16	Leitende Polizeidirektoren/-innen, Leitende Kriminaldirektoren/-innen	13	13	3)
A15	Polizeidirektoren/-innen, Kriminaldirektoren/-innen	30	30	
A15	Regierungsdirektoren/-innen, Regierungsmedizinalkommissare/-innen, Wissenschaftliche Direktoren/-innen, Polizeischulrektoren/-innen	11	11	
A14	Polizeioberkommissare/-innen, Kriminaloberkommissare/-innen	32	32	
A14	Oberregierungsräte/-innen, Polizei- schulkommissare/-innen, Wissenschaftliche Oberkommissare/-innen	9	9	
A13 LG 2.2	Polizeiräte/-innen, Kriminalräte/- innen	18	18	
A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen, Wissen- schaftliche Räte/-innen	3	3	
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen, Polizeischu- loberlehrer/-innen	17	19	
A13 LG 2.1	Erste Polizeihauptkommissare/- innen, Erste Kriminalhaupt- kommissare/-innen	173	173	
A12	Amtsräte/-innen	15	15	
A12	Polizeihauptkommissare/-innen, Kriminalhauptkommissare/-innen	347	362	
A11	Regierungsamtmänner/-frauen	17	15	
A11	Polizeihauptkommissare/-innen, Kriminalhauptkommissare/-innen	949	1.024	2
A10	Regierungsoberinspektoren/- innen	15	15	
A10	Polizeioberkommissare/-innen, Kriminaloberkommissare/-innen	1.583	1.493	
A9 LG 2.1	Regierungsinspektoren/-innen	5	5	
A9 LG 2.1	Polizeikommissare/-innen, Kriminalkommissare/-innen	864	864	
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	51	51	1)
A9 LG 1.2	Polizeihauptmeister/-innen	1.408	1.408	2)
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	6	6	
A8	Polizeiobermeister/-innen	763	763	
A7	Polizeimeister/-innen	356	356	
Summe :		6.688	6.688	0 2

1) 15 Planstellen sind mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes. Gruppe A 9 SHBesO A und B ausgestattet.

04 10 Polizei

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

- 2) 100 Planstellen sind mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes. Gruppe A 9 SHBesO A und B ausgestattet.
- 3) 5 Planstellen sind mit einer Amtszulage gemäß Vorbemerkung Nr. 5 SHBesO A und B ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A13 LG 2.1	(EPHK) für freigestelltes Personalratsmitglied (HG 2007/2008)	(aus HH 2009/2010)
2 Stellen	A10	(POK) für freigestellte Personalratsmitglieder (HG 2007/2008)	(aus HH 2009/2010)

Dienstwohnungen:

2015

- 0 Beamtinnen, Beamte des ländlichen Dienstes BesGr. A 7 bis A 9

Nachrichtlich:

Freistellung von Polizeivollzugsbeamten/-innen für Tätigkeiten an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung in Altenholz gemäß § 14 Abs. 16 Haushaltsgesetz 2013:

	2014	2015
1. Fachbereich Polizei		
1.1 A 15 LG 2.2	1	2
1.1 A 14 LG 2.2	1	
1.2 A 13 LG 2.2	1	
1.3 A 13 LG 2.1	1	1
1.4 A 12 LG 2.1	1	2
<i>Summe zu 1.</i>	5	5
Zusammen	5	5

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A13 LG 2.1							2				+2	Hebung aus A 12 (Strukturverbesserungen)
2	A12							2				0	Hebung aus A 11 (Strukturverbesserungen)
3									2				Hebung nach A 13 (Strukturverbesserungen)
4	A12							15				+15	Hebung aus A 11 (Strukturverbesserungen)
5	A11								2			-2	Hebung nach A 12 (Strukturverbesserungen)
6	A11							90				+75	Hebung aus A 10 (Strukturverbesserungen)
7									15				Hebung nach A 12 (Strukturverbesserungen)
8	A10								90			-90	Hebung nach A 11 (Strukturverbesserungen)
Summe:								109	109			0	

Stellenanzahl
2014 2015

422 03

Bedarf an Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst

Bes.Gruppe

Anw. LG 2.1	Polizeikommissaranwärter/-innen, Kriminalkommissaranwärter/-innen	260	275
Anw. LG 1.2	Polizeimeisteranwärter/-innen, Kriminalmeisteranwärter/-innen	460	475

Summe : 720 **750**

Planstellen künftig wegfallend:

25 Stellen	Anw. LG 2.1	am 31.12.2016	Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen	(aus HH 2013)
50 Stellen	Anw. LG 2.1	am 31.12.2017	Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen	(aus HH 2014)
15 Stellen	Anw. LG 2.1	am 31.12.2018	Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen	(aus HH 2015)
55 Stellen	Anw. LG 1.2	am 31.12.2016	Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen.	(aus HH 2013)
55 Stellen	Anw. LG 1.2	am 31.12.2017	Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen	(aus HH 2014)
15 Stellen	Anw. LG 1.2	am 31.12.2018	Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen	(aus HH 2015)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Anw. LG 2.1	15										+15	Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen, kw zum 31.12.2018
2	Anw. LG 1.2	15										+15	Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen, kw zum 31.12.2018
Summe:		30										+30	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

- 15 Stellen Anw. LG am 31.12.2018 Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen (aus HH 2015)
2.1
- 15 Stellen Anw. LG am 31.12.2018 Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen (aus HH 2015)
1.2

Einstellungen 2015: 240 Anwärterinnen und Anwärter

	Stellenanzahl	
	2014	2015
428 01		
<i>Entgeltgruppe</i>		
E15	1	1
E14	4	4
E13	5	5
E12	5	6
E11	46	57
E10	21	9
E9	146	154
E8	56	48
E7	16	22
E6	354	359
E5	180	169
E4	45	48
E3	18	15
Auszu-bild.	3	3
Summe :	900	900

Vermerke:

- 86 Stellen E9 dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. kleine E 9: Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6) (aus HH 2013)
- 4 Stellen E8 dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)
- 1 Stelle E8 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2004/2005)
- 4 Stellen E6 dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)
- 2 Stellen E6 dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2004/2005)
- 1 Stelle E6 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2004/2005)
- 1 Stelle E6 darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2006)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

15 Stellen	E5	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
2 Stellen	E5	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2002)
1 Stelle	E5	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2003)
4 Stellen	E5	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2003)
5 Stellen	E5	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
3 Stellen	E5	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	E5	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
2 Stellen	E3	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2002)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E12							1				+1	gem. § 11 Abs. 3 HG 2001/2012; Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
2	E11							12				+11	gem. § 11 Abs. 3 HG 2001/2012; Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
3									1				gem. § 11 Abs. 3 HG 2001/2012; Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
4	E10								12			-12	gem. § 11 Abs. 3 HG 2001/2012; Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
5	E9							8				+8	Hebung zur Einstellung von IT-Fachkräften (Digitalfunk)
6	E8								8			-8	Hebung zur Einstellung von IT-Fachkräften (Digitalfunk)
7	E7							6				+6	Hebung aus E6 gemäß tatsächlicher Besetzung
8	E6							11				+5	Hebung aus E5 gemäß tatsächlicher Besetzung
9									6				Hebung nach E7 gemäß tatsächlicher Besetzung
10	E5								11			-11	Hebung nach E6 gemäß tatsächlicher Besetzung
11	E4							3				+3	Hebung aus E3 gem. tatsächlicher Besetzung
12	E3								3			-3	Hebung nach E4 gem. tatsächlicher Besetzung
Summe:								41	41			0	

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2015

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Beamtinnen und Beamte			Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 428 01 428 TG	Nachwuchskräfte	Summe Spalte 4-8
			422 01 422 TG	Z. A. 422 02	im Vorb.D. 422 03			
1	2	3	4	5	6	7	8	9
04 01	Ministerium	2015	400	-	-	137	-	537
		2014	378	-	-	143	-	521
04 03	Vermessung und Geoinformation	2015	120	-	-	453	28	601
		2014	122	-	-	475	28	625
04 04	Bundesangelegenheiten, Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund	2015	6	-	-	17	-	23
		2014	6	-	-	19	-	25
04 05	Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz	2015	12	-	2	23	-	37
		2014	12	-	2	23	-	37
04 07	Ausländer- und Integrationsangelegenheiten	2015	14	-	-	21	-	35
		2014	15	-	-	21	-	36
04 10	Polizei	2015	6.688	-	750	897	3	8.338
		2014	6.688	-	720	897	3	8.308
Summe		2015	7.240	-	752	1.548	31	9.571
		2014	7.221	-	722	1.578	31	9.552

Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2015

in Wirtschaftsbetrieben			Leerstellen		Jahr	Bezeichnung	Kapitel
Planstellen	Stellen	Summe Spalte 10+11					
10	11	12	13	14	15	16	17
-	-	-	-	-	2015	Ministerium	04 01
-	-	-	-	-	2014		
-	-	-	-	-	2015	Vermessung und Geoinformation	04 03
-	-	-	-	-	2014		
-	-	-	-	-	2015	Bundesangelegenheiten, Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund	04 04
-	-	-	-	-	2014		
-	-	-	-	-	2015	Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz	04 05
-	-	-	-	-	2014		
-	-	-	-	-	2015	Ausländer- und Integrationsangelegenheiten	04 07
-	-	-	-	-	2014		
-	-	-	-	-	2015	Polizei	04 10
-	-	-	-	-	2014		
-	-	-	-	-	2015		Summe
-	-	-	-	-	2014		

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

Hebungen 2015

Kapitel	Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		Zahl
	aus BesGr.	in BesGr.	aus EntgeltGr.	in EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6
04 01	Ministerium				
	A13 LG 2.2 Anw. LG 2.1	A14 A13 LG 2.2	E7	E8	3
			E6	E8	1
			E5	E6	2
					4
04 04	Bundesangelegenheiten, Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund				
			E6	E8	1
04 05	Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz				
			E11	E12	1
04 07	Ausländer- und Integrationsangelegenheiten				
	A15 A14	A16 A15			1
			E6	E9	1
04 10	Polizei				
	A12	A13 LG 2.1			2
	A11	A12			15
	A11	A12			2
	A10	A11			90
			E11	E12	1
			E10	E11	12
			E8	E9	8
			E6	E7	6
			E5	E6	11
		E3	E4	3	
Summe	115	115	64	64	179

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

Umwandlungen 2015

Kapitel	aus			in			Zahl
	422 01 Planmäßige Beamtinnen und Beamte BesGr.	422 02 Beamtete Hilfskräfte BesGr.	428 01 428 61 ff Arbeit- nehmerinnen und Arbeitnehmer EntgeltGr.	422 01 Planmäßige Beamtinnen und Beamte BesGr.	422 02 Beamtete Hilfskräfte BesGr.	428 01 428 61 ff Arbeit- nehmerinnen und Arbeitnehmer EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6	7	8
04 04	Bundesangelegenheiten, Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund						
	A15			A13 LG 2.2			1
Summe	1	0	0	1	0	0	1

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

Übertragungen 2015

Kapitel	Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		Zahl
	aus BesGr.	in BesGr.	aus EntgeltGr.	in EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6
04 07	Ausländer- und Integrationsangelegenheiten				
nach 04 01					
	A12	A12			1
Summe	1	1	0	0	1

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

kw-Vermerke 2014

Kapitel Titel BesGr. EntgeltGr.	Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	kw-Vermerke			Bemerkung
				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8
04 01 Ministerium							
422 01							
A13 LG 2.1	1	1992	für ein freigestelltes Personalratmitglied am 31.07.2016 gem. § 15 Nr. 1 HG 2013 mit Aus- scheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach drei Jahren			1	
A9 LG 2.1	1	2014				1	
422 62							
Anw. LG 2.1	5	2013	am 31.07.2016 Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen.			5	Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen.
Anw. LG 2.1	5	2014	am 31.07.2017 Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen.			5	
Anw. LG 1.2	6	2013	am 31.07.2015 Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen.			6	Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen.
428 01							
E15	1	2004/2005				1	
04 03 Vermessung und Geoinformation							
422 01							
A12	1	2007/2008	am 30.09.2015 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inan- spruchnahme der Altersteilzeit			1	
A12	1	2007/2008	am 31.10.2015 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inan- spruchnahme der Altersteilzeit			1	
A8	1	2007/2008	am 31.08.2014 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inan- spruchnahme der Altersteilzeit	1(*)			Wegfall am 01.09.2014
A8	1	2009/2010	am 31.05.2018 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inan- spruchnahme der Altersteilzeit			1	
04 04 Bundesangelegenheiten, Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund							
428 01							
E12	1	2004/2005				1	

in Spalte 5: kw-Vermerk im Jahr 2014 realisiert und im HH 2015 nachvollzogen
in Spalte 6: kw-Vermerk im HH 2015 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 7: kw-Vermerk im HH 2015 unverändert weiter ausgebracht

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

kw-Vermerke 2014

Kapitel Titel BesGr. EntgeltGr.	Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	kw-Vermerke			Bemerkung
				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8
04 10 Polizei							
422 01							
A13 LG 2.1	1	2009/2010	(EPHK) für freigestelltes Personalratsmit- glied (HG 2007/2008)			1	
A10	2	2009/2010	(POK) für freigestellte Personalratsmit- glieder (HG 2007/2008)			2	
422 03							
Anw. LG 2.1	25	2013	am 31.12.2016 Bedarf aufgrund steigender Ruhestands- zahlen			25	Die Festlegung für die Anzahl der not- wendigen Anwärterstellen erfolgt mit der jeweiligen Haushaltsaufstellung.
Anw. LG 2.1	50	2014	am 31.12.2017 Bedarf aufgrund steigender Ruhestands- zahlen			50	
Anw. LG 1.2	55	2013	am 31.12.2016 Bedarf aufgrund steigender Ruhestand- zahlen.			55	Die Festlegung für die Anzahl der not- wendigen Anwärterstellen erfolgt mit der jeweiligen Haushaltsaufstellung.
Anw. LG 1.2	55	2014	am 31.12.2017 Bedarf aufgrund steigender Ruhestands- zahlen			55	
Summe				1	0	211	

in Spalte 5: kw-Vermerk im Jahr 2014 realisiert und im HH 2015 nachvollzogen
in Spalte 6: kw-Vermerk im HH 2015 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 7: kw-Vermerk im HH 2015 unverändert weiter ausgebracht

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

ku-Vermerke 2014

Kapitel Titel		Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	ku-Vermerke			Bemerkung
aus BesGr. EntgeltGr.	in BesGr. EntgeltGr.				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
04 01 Ministerium								
422 01								
B7	B5	1	2011/2012	Änderung Landesbesoldungsord- nung / Haushaltsbegleitgesetz 2011/2012			1	Von 0901-422 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsver- teilung wegen Regierungs- neubildung
04 04 Bundesangelegenheiten, Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund								
422 01								
A15	A13 LG 2.2	1	2004/2005		1			
Summe					1	0	1	

in Spalte 6: ku-Vermerk im Jahr 2014 realisiert und im HH 2015 nachvollzogen
in Spalte 7: ku-Vermerk im HH 2015 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 8: ku-Vermerk im HH 2015 unverändert weiter ausgebracht

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

Neue Stellen 2015

Kapitel	Beamtinnen und Beamte	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	Zahl
	BesGr.	EntgeltGr.		
1	2	3	4	5
04 01	Ministerium			
	A9 LG 2.1 Anw. LG 2.1		gem. § 15 Nr. 1 HG 2014 - Übernahme Nachwuchskraft Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandsanzahlen.	1 17
	Anw. LG 1.2		Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandsanzahlen	2
04 10	Polizei			
	Anw. LG 2.1		Bedarf aufgrund steigender Ruhestandsanzahlen, kw zum 31.12.2018	15
	Anw. LG 1.2		Bedarf aufgrund steigender Ruhestandsanzahlen, kw zum 31.12.2018	15
Summe	50	0		50

04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

Einsparungen 2015

Kapitel	Beamtinnen und Beamte	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	Zahl
	BesGr.	EntgeltGr.		
1	2	3	4	5
04 01	Ministerium			6
		E5	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020	
04 03	Vermessung und Geoinformation			1 1 22
	A8		Realisierung kw-Vermerk aus HH 2007/2008 (10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020)	
	A8	E5	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020	
04 04	Bundesangelegenheiten, Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund			1 1
		E9	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020	
		E5	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020	
Summe	2	30		32